Donnerstag, 2. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 126 - 22.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Abrassimow aus der „DDR" abberufen

dpa/rtr/DW. Moskau

Der sowjetische Botschafter in der „DDR", Pjotr Abrassimow, ist von seinem Posten abgelöst und zum Vorsitzenden des neu gebildeten Staatskomitees der UdSSR für Auslands-Tourismus ernannt worden. Politische Beobachter in Moskau vermuten, daß hinter der Abberufung Abrassimows der Wunsch von Partei- und Staatschef Andropow steht, die wichtige Botschaft in Ost-Berlin mit einem Mann seines Vertrauens zu besetzen. Der Moskauer Rundfunk hatte gestern auf Anfrage die Rückberufung Abrassimows bestätigt. Der 71jährige Diplomat war seit März 1975 zum zweiten Mal als Botschafter in Ost-Berlin tätig gewesen. Zuvor hatte er denselben Posten bereits von 1962 bis 1971 inne. Er gilt als einer der erfahrensten Diplomaten der UdSSR und hatte an den Botschaften in China, Polen und Frankreich gedient. Maßgeblich war Abrassimow, der dem Zentralkomitee seit 1961 als Vollmitglied angehört, an der Aushandlung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin in den Jahren 1970/71 beteiligt. Er machte in seiner zweiten Amtszeit immer wieder durch eine sehr restriktive Auslegung des Berlin-Abkommens von sich reden.

ZITAT DES TAGES



„Auch das Widerstandsrecht macht den Bürger nicht zum Richter in eigener politischer Sache."

Der Völkerrechtler Professor Dieter Blumenwitz in einem WELT-Interview (Seite 8) FOTO: SVEN SIMON

Hermlin für Toleranz

dpa, Berlin

Toleranz gegenüber der Friedensbewegung in Mitteldeutschland hat der „DDR"-Schriftsteller Stephan Hermlin gefordert. Vor dem in Ost-Berlin tagenden Schriftsteller-Kongreß sagte Hermlin, daß jeder ermutigt werden müsse, seinen Beitrag zu leisten, auch wenn man nicht jedem seiner Gedanken zustimmen könne. Gerade in der Jugend ruhten Energien, wenn es um den Frieden gehe. Der Schriftsteller spielte dabei offenbar auf das Vorgehen der „DDR"-Behörden gegen eigenständige Friedensarbeit an. Seite 15

Nur 70 Ausreisende

dpa, Moskau

Mit nur 70 genehmigten Ausreiseanträgen ist die Zahl der Deutschen, die im Mai aus der Sowjetunion aussiedeln durften, auf einen neuen Tiefstand gesunken. Nach Angaben der deutschen Botschaft in Moskau sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres insgesamt 530 Ausreisegenehmigungen erteilt worden. Bereits im vergangenen Jahr hatten nur knapp 2000 Deutsche aus der UdSSR ausreisen können.

Standort Braunschweig

rtr, Hannover

Das erste Institut für angewandte Mikroelektronik in der Bundesrepublik Deutschland soll in Braunschweig errichtet werden. Wie ein Sprecher der niedersächsischen Landesregierung gestern mitteilte, soll das Institut mit 60 Mitarbeitern vor allem anwendungsorientierte Forschung betreiben, wobei auch Unternehmen beraten und unterstützt werden sollen. Ein Sprecher der Stadt Hannover, die mit Braunschweig als Standort konkurriert hatte, nannte die Entscheidung der Landesregierung kurzsichtig. Die niedersächsische Industrie, die das Institut wegen der Nähe der Universität in Hannover haben wollte, werde deshalb nur zögernde Unterstützung bieten.

Bonn rechnet mit 0,5 Prozent Wachstum

HH. Bonn

Die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit einem geringen Wirtschaftswachstum von real 0,5 Prozent. Dagegen hatte der im Januar veröffentlichte Jahreswirtschaftsbericht noch Stagnation für 1983 unterstellt. Auf den Arbeitsmarkt dürften sich aber keine Auswirkungen aus der neuen Einschätzung ergeben, zu der der Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" der Bundesregierung auf seiner letzten Sitzung in der vergangenen Woche gekommen war. Ein entsprechender Bericht der heute erscheinenden „Wirtschaftswoche" wurde gestern vom Bundeswirtschaftsministerium auf Anfrage bestätigt. Für 1984 erwartete danach der Arbeitskreis ein reales Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent. Diese Zahl liegt auch den Eckdaten zum Haushaltsentwurf 1984 zugrunde. Die Arbeitslosenquote soll diesen Schätzungen zufolge von 8,5 Prozent im Jahresdurchschnitt 1983 auf 9 Prozent 1984 steigen (Zunahme von 2,35 auf 2,5 Millionen). Um 8,5 Prozent sollen 1983 die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wachsen, während bisher 5 bis 6 Prozent erwartet wurden.

Planstellen bleiben

HH. Bonn

Die Bundesregierung plant auch 1984 keine pauschale Kürzung der Planstellen und Stellen bei den Bundesverwaltungen. Das erklärte Finanzstaatssekretär Obert in einem Gespräch mit dem Vorstand des Bundes der deutschen Zollbeamten.

Kampf gegen Abkommen

AP, Beirut

Der syrische Präsident Assad ist nach eigenen Angaben dazu entschlossen, gegen das libanesisch-israelische Truppenabzugsabkommen „zu kämpfen und es zu untergraben". In einer Erklärung, die gestern von Radio Damaskus aus Anlaß des überraschenden Besuchs Assads in Libyen veröffentlicht wurde, hieß es, die israelisch-libanesische Vereinbarung befinde sich „in einem toten Stadium, im Zustand des Zusammenbruchs".

WIRTSCHAFT

Türkische Umschuldung

rtr, Ankara

Investitionshilfen als Alternative zur direkten Schuldentilgung hat die Türkei ausländischen Unternehmen angeboten. Nach einem gestern veröffentlichten amtlichen Dekret könnten die betroffenen 1752 ausländischen Firmen, die in der Türkei über konvertible Lira-Konten verfügen, dieses Geld in der Türkei investieren und die Erträge daraus in Devisen erhalten. Wie es dazu hieß, handele es sich um ein Angebot an die Firmen, nicht aber um eine Forderung.

Abkommen erneuert

AP, Frankfurt

Der Elektrokonzern AEG-Telefunken hat sein Rahmenabkommen mit der Sowjetunion erneuert, das für die Dauer von fünf Jahren die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit regelt. Wie das Unternehmen gestern mitteilte, soll das Abkommen der AEG, die eine der größten westlichen Technologielieferanten im sibirischen Erdgas-Röhren-Geschäft ist, neue Aufträge bei sowjetischen Projekten sichern und ihr den Zugang zu Informationen über neue technische Entwicklungen in der sowjetischen Industrie eröffnen.

Aktien schwach

DW. Frankfurt

Furcht vor weiteren Zinssteigerungen hält die Anleger vom Markt fern. Auch der Rentenmarkt war schwach. WELT-Aktienindex 131,9 (133,6). Dollarmittelkurs 2,5411 (2,5190) Mark. Goldpreis pro Feinunze 416,25 (437,50) Dollar.

WETTER

Vereinzelt Gewitter

DW. Essen

In ganz Deutschland wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern oder Gewittern. Tagestemperaturen zwischen 20 und 23 Grad. In der Nacht Werte zwischen 12 und 15 Grad.

Heute in der WELT

Jaruzelski setzt sich durch ZK verschiebt Entscheidungen

Politische Zukunft des Partei- und Regierungschefs bleibt ungewiß

DW. Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat sich auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der KP mit seiner politischen Linie durchgesetzt. Ob Jaruzelski aber eine dauerhafte Stabilisierung seiner Position gelungen ist, wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen. Denn alle wichtigen Entscheidungen wurden auf den Herbst verschoben.

Das betrifft nicht nur ideologische Fragen, denen dieses Plenum eigentlich gewidmet sein sollte, sondern auch die personelle Besetzung der Führungsgremien. Jaruzelski wollte unmittelbar vor dem Papst-Besuch in diesem Monat und vor der für Mitte Juni erwarteten Ideologie-Beratung im ZK der sowjetischen KP Personaldiskussionen verhindern.

Erstes Anzeichen für einen Erfolg des Generals war bereits die Tatsache, daß der Rechenschaftsbericht von dem Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär Josef Czyrek und nicht von dem an sich im ZK für Innenpolitik zuständigen Miroslaw Milewski vorgelegt wurde. Milewski gilt als Sprecher der Parteikader, die die Einschränkung ihrer Rolle durch die Militarisierung des Regimes nicht mehr hinnehmen wollen und zudem für eine stärker an der Ideologie ausgerichteten Politik eintreten.

Czyrek richtete zudem deutliche Worte an die Adresse der Kritiker aus den Parteireihen. Er verurteilte „sektiererischen Dogmatismus" und „opportunistischen Revisionismus". Das Politbüromitglied suchte außerdem ausführlich die Machtübernahme der Militärs am 30. Dezember 1981 zu rechtfertigen. Czyrek würdigte die Erfolge bei der Bekämpfung der „Feinde des Sozialismus" und griff einige Würdenträger der katholischen Kirche des Landes wegen politischer Aktivitäten ungewöhnlich scharf an. In einigen Fällen sei das politische Gebaren von Kirchenvertretungen „für die Nation und den Staat und zweifellos auch für die Kirche schädlich gewesen". Obwohl die Kirche meist für Gemeinsamkeit mit der politischen Führung eintrete, seien von Gotteshäusern gelegentlich Unruhen ausgegangen. „Wir können und werden darüber nicht schweigen", hieß es in der Erklärung.

General Jaruzelski bestätigte, daß ideologische Fragen erst auf der nächsten Sitzung des ZK diskutiert werden sollen. Bei den Vorbereitungen für die jetzt beendete Tagung sei man zu dem Schluß gekommen, daß zunächst die aktuellen Aufgaben der Partei geklärt und erst dann die langfristigen ideologischen Aufgaben festgelegt werden müssen. Beobachtern fiel auf, daß die Rede Jaruzelskis in manchen Passagen den Ton einer Rechtfertigung hatte.

Der Papstbesuch vom 16.–23. Juni wurde während des ZK-Plenums als Beitrag zur Festigung des sozialen Friedens und der nationalen Verständigung bezeichnet. Er sei „eine Zusicherung und ein Prüfstein guter Beziehungen zwischen Staat und Kirche heute und morgen".

Bonn: Es bleibt bei der Pershing 2

Verzicht auf Stationierung dementiert / Wörner für beide Teile des NATO-Beschlusses

RÜDIGER MONIAC, Brüssel

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner bezeichnete alle Berichte, der Westen erwäge im Falle einer Nachrüstung den Verzicht auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen, als falsch. Die „Süddeutsche Zeitung" hatte am Mittwoch ihre Aufmachung der ersten Seite mit dem Satz begonnen: „Bei einem angemessenen Abbau von sowjetischen SS-20-Raketen ist die NATO offenbar bereit, für die in Genf angestrebte Zwischenlösung auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen zu verzichten und die Nachrüstung auf Marschflugkörper zu beschränken." Wörner nannte das eine „glatte Ente". Er fuhr fort: „Wenn man auf Spekulationen im einzelnen nicht eingeht und daraus eine Tatsache wird, muß ich in Zukunft Pressekonferenzen geben, die einen ganzen Tag lang dauern." Dieser Zeitungsbericht gibt nach Wörners Worten weder den Verlauf der Gespräche zwischen ihm und dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger noch den der anschließenden Pressekonferenz in Bonn wieder.

Wörner, der am Mittwochvormittag an der Sitzung der NATO-Verteidigungsminister im Brüsseler Allianzhauptquartier teilgenommen hatte, verdeutlichte vor Journalisten in Brüssel, wie schon in Bonn, den Standpunkt der Bundesregierung, Washingtons und der gesamten NATO und sagte, der Schlüssel zum Erfolg bei den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa liege in der Geschlossenheit und Festigkeit des Westens. „Der Weg dazu heißt, den Doppelbeschluß in allen seinen Teilen konsequent zu verwirklichen." Wer, wie in dem Zeitungsbericht geschehen, „Spekulationen dieser Art in der Öffentlichkeit nährt, wer alle drei, vier Wochen neue Vorstellungen entwikkelt, wie man den Sowjets entgegenkommen könnte, der erreicht damit das Gegenteil dessen, das er haben will." Denn die Sowjetunion würde nach Wörners Worten aus diesen „Signalen" nur eines schließen, daß der Westen nicht in der Lage ist, eine Position über einige Zeit gemeinsam zu vertreten. Der deutsche Minister führt in Brüssel fort, deshalb hätten der US-Verteidigungsminister und er in Bonn auf der Pressekonferenz gemeinsam erklärt, „alles muß am Verhandlungstisch geklärt werden. Spekulationen dieser Art führen nicht weiter."

Wörner bestätigte in Brüssel, die Vorbereitungen für eine Stationierung der Mittelstreckenwaffen der NATO liefe nach Plan: „Wenn wir stationieren müssen, dann mit Sicherheit nicht vor Ende dieses Jahres. Ich verbürge mich dafür, daß vor diesem Zeitpunkt die entsprechenden Waffen nicht in der Bundesrepublik Deutschland erscheinen." Damit erläuterte Wörner, ohne es selbst direkt zu sagen, daß auf deutschem Boden dann die Pershing-2-Raketen aufgestellt werden sollen, da zum Ende 1983 für die Bundesrepublik keine anderen Systeme im Doppelbeschluß

● Fortsetzung Seite 8

SPD diskutiert über das Bündnis

Brandt: Mit Treffen Reagan–Andropow Scheitern in Genf verhindern / Fraktion in Klausur

EVI KEIL, Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am Mittwoch in Bonn in ganztägiger Klausur über die Sicherheitspolitik mit Schwerpunkt der nuklearen Mittelstreckenwaffen beraten. In der lebhaften Diskussion forderte der Parteivorsitzende Willy Brandt für den Fall, daß die Verhandlungen in Genf scheitern sollten, ein Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Jurij Andropow. Brandt sagte: „Sollte – was wir nicht hoffen – Genf ergebnislos verlaufen, müssen die Gespräche auf höherer Ebene fortgesetzt werden. Es kann nicht sein, daß der mögliche Beginn eines weiteren Wettrüstens im Mittelstreckenbereich ausschließlich davon abhängig gemacht wird, wieweit die beiden Unterhändler, Nitze und Kwizinski, in Genf mit ihren begrenzten Kompetenzen zusammenfinden." Als die „höheren Ebenen der Politik", auf denen dann weiterverhandelt werden müsse, nannte Brandt zunächst ein Treffen der Außenminister und dann eine Begegnung der ersten Männer der Sowjetunion und der USA. „In einer so lebenswichtigen Frage für die Welt kann nicht ausschließlich über Unterhändler miteinander diskutiert werden", meinte Brandt.

Wie AP ergänzend meldet, hat sich der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt während der Klausur dafür ausgesprochen, daß bei dem von der SPD für den Spätherbst angestrebten Votum des Bundestages über die Nachrüstung die Abstimmung in der SPD-Fraktion freigegeben wird.

*

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Abgeordneten berieten über den Entwurf einer „Handreichung" der Fraktion zur Politik der NATO, zur Strategiedebatte und zu den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Europa.

Der unter Federführung des stellvertretenden Fraktionschefs Horst Ehmke erarbeitete Entwurf faßt im wesentlichen die derzeitige Beschlußlage der SPD seit den Parteitagen 1979 in Berlin, 1982 in München und im Januar in Dortmund zur Nachrüstungsfrage zusammen, die eine Entscheidung über die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen erst im Licht des Verhandlungsergebnisses in diesem Herbst vorsieht und jeden „Automatismus" der Stationierung ablehnt.

Ergänzt wird dies durch die Einbringung der wichtigsten Argumente aus SPD-Kreisen in den vergangenen Monaten, wie der Forderung nach einer Antwort des Westens auf den vom Sowjetblock vorgeschlagenen Gewaltverzicht, die Einbeziehung der britischen und französischen Mittelstreckenwaffen in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, den von Schweden vorgebrachten Gedanken einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und – hier trägt das Papier deutlich die Handschrift Egon Bahrs – die Forderung nach Stationierung solcher Waffen ausschließlich auf See.

Auf dem Parteitag, der nach wie vor für den 1./2. November angesetzt ist, wird jedoch nicht nur über die Raketenfrage, sondern auch über die Bündnisverpflichtung als Prinzipienfrage diskutiert werden. Hier hat das Fraktionspapier, das heute noch von einer Redaktionskommission überarbeitet und morgen der Öffentlichkeit vorgelegt

■ Fortsetzung Seite 8

Abschiebungen aus „DDR" verurteilt

Weizsäcker klagt Diktatur an, „die friedliche junge Leute aus Jena" ausweist

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Ungewöhnlich scharfe Kritik an den Menschenrechts-Verletzungen in der „DDR" äußerte Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker gestern vor der Fraktion der Europäischen Volkspartei im EG-Parlament. Bei einer Sitzung im Reichstagsgebäude sprach er im Hinblick auf die Abschiebung von Mitgliedern der Friedensbewegung aus Jena von einer „Diktatur, die es offenbar für besonders probat hält, friedliebende junge Menschen einfach abzuschieben".

Weizsäcker sagte über die jungen Mitglieder der Jenaer Friedensbewegung: „Bei uns in West-Berlin sind sie angekommen. Man hat sie praktisch bei Mitternacht über die Sektorengrenze hinübergeschoben." Der Vorgang beweise jedoch, daß sich „das Eintreten für die Menschenrechte letzten Endes auch wirklich lohnt".

Man müsse dabei, sagte Weizsäcker, zwischen Fällen unterscheiden, bei denen es am wirkungsvollsten sei, sich „auf diskrete Weise" zu verwenden. Wörtlich fuhr der CDU-Politiker fort: „Auf der anderen Seite aber dürfen wir ein politisches Regime, das die Menschenrechte nicht ernst nimmt, natürlich auch nicht aus der öffentlichen Kritik entlassen." Die Mahnung, die Menschenrechte zu verwirklichen, müsse so lange eine „unbequeme Mahnung sein, bis wir den Menschenrechten nähergekommen sind".

Der Gast der Europa-Parlamentarier fügte hinzu: „Gerade wir in Berlin haben allen Grund dazu, uns gar nicht so sehr darum zu kümmern, wie in der fernen Welt auf anderen Kontinenten die Dinge in Ordnung kommen, sondern bei unseren eigenen Landsleuten unmittelbar vor der Tür, hundert Meter entfernt von dem Ort, an dem wir uns hier versammelt haben."

Der prominente Deutschland-Politiker setzte sich auch vehement mit der Ostberliner Haltung gegenüber der eigenen und fremden Friedensbewegungen auseinander: „Wenn eine Regierung in Ost-Berlin sich anheischig macht, Friedensbewegungen im westlichen Europa zu unterstützen, die ‚Frieden schaffen ohne Waffen' auf ihre Fahnen schreiben, dann muß diese Regierung doch erst einmal ihrer eigenen Bevölkerung erklären, warum sie die Friedensbewegung ihres Staates gerne unter das Motto ‚Der Frieden muß bewaffnet sein' stellt."

Damit liege die Widersprüchlichkeit einer Position, „die mit den Menschenrechten nicht sorgfältig umgeht, auf der Hand. Es gilt nun, mit dieser Widersprüchlichkeit öffentlich und argumentativ so umzugehen, daß sie diejenigen auch wirklich in Schwierigkeiten bringt, die diese Widersprüchlichkeit produzieren."

Die Absage des Besuchs von SED-Chef Honecker in der Bundesrepublik Deutschland sei von der „Bevölkerung in der DDR mit großem Mißfallen" registriert worden, sagte Weizsäcker. Die Bevölkerung unterstütze, begrüße und heiße alle Beziehungen zu westlichen Regierungen gut, „wenn sie der DDR einen gewissen Spielraum einräumen, selbst wenn dies von einer nicht gewählten und nicht geliebten Führung" ausgehe.

DER KOMMENTAR

Galgenfrist

JÜRGEN LIMINSKI

Selten hat die bevorstehende Ankunft eines Mannes ohne Legionen so sehr die Generäle einer Militärdiktatur, zudem Brüder noch mächtigerer Generäle, in ihren Bann gezogen. Denn noch ist der Papst in Rom, da suchen die befehlsgewohnten Militärs in Polen bereits die unberechenbare Kraft seines Charismas zu bändigen. Wie anders ist die unverhüllte Warnung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei zu verstehen, der Besuch sei ein „Prüfstein für die guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche, jetzt und in Zukunft"?

Es bedurfte der ahnungsvollen Warnung vor einer bösen Zukunft nicht. Rom und die polnische Hierarchie sind bestrebt, den Deckel auf dem Topf zu halten. Primas Glemp mahnte erst vor wenigen Tagen noch etwa 300 seiner Priester, die Linie des „Realismus" nicht zu verlassen. Er weiß, daß Jaruzelskis Stimme die Worte eines anderen intoniert. Der Papst reist in ein ideologisch und von eigenen Militärs besetztes Land, und die Eigenbesetzung ist der polnischen Kirche immer noch lieber als eine andere, fremde, blutigere Lösung.

Jaruzelski spricht aber auch in eigener Sache. Er weiß: Die Sowjets wünschen diesen Besuch nicht, weil der polnische Papst die Massen mobilisiert und den Wall des inneren Widerstandes, der stellenweise schon Risse der Resignation zeigte und abzubröckeln schien, wieder festigen und an manchen Stellen, vielleicht auch östlich von Königsberg, sogar neu errichen wird. Wenn dies geschieht, schlagen die Wellen der Weichsel über dem General zusammen. Ohne den Besuch und dessen kalmierende Wirkung aber, die sich Jaruzelski davon erhofft, versinkt das Land ebenfalls in Chaos, nur langsamer.

Es steht schlecht um den Partei-, Regierungs- und Armeechef. Die interne Kritik der Moskau-treuen Hartköpfe ist nur in stiller Erwartung der kommenden Dinge verstummt. Die Verschiebung personeller Entscheidungen im ZK läßt darauf schließen, daß der Machtkampf in diesem Gremium noch nicht entschieden ist. Jaruzelski hat sich noch eine letzte Chance eingeräumt. Man mag es auch als das bezeichnen, was es ist: eine politische Galgenfrist.

Reagan: Kreml nutzte Detente für Aufrüstung

dpa/AP, Williamsburg/Cartagena

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan ist der Ansicht, die frühere Entspannungspolitik sei „nur eine Decke, unter der die Sowjetunion die größte Militärmacht aufgebaut hat". In einem Interview mit einer kleinen Gruppe von Journalisten wies Reagan unmittelbar nach dem Ende des westlichen Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg den von der Sowjetunion erhobenen Vorwurf zurück, er habe die amerikanisch-sowjetische Entspannungspolitik „ausgelöscht".

„Ich glaube nicht, daß wir diese Art von Detente brauchen." Reagan vertrat jedoch gleichzeitig die Auffassung, daß in Zukunft bessere Beziehungen mit den Sowjets möglich sein würden. Dies werde sich möglicherweise jedoch noch nicht in der näheren Zukunft zeigen, „weil es schrecklich viel Rhetorik für den Gebrauch zu Hause gibt".

Reagan sagte, er sehe keinen Durchbruch bei den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen. „Offen gesagt, meine Ansicht ist, daß die Verhandlungen nicht zum Kern kommen werden, bis sie (die Sowjets) sehen, daß wir mit der geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen voranschreiten."

In der kolumbianischen Stadt Cartagena erklärte der nicaraguanische Außenminister Miguel d'Escoto, in Mittelamerika werde es zum Krieg kommen, wenn es den anderen lateinamerikanischen Staaten nicht gelinge, die dortigen Konflikte zu lösen. In Cartagena begann gestern eine Konferenz von 16 Außenministern aus Mittelamerika und der Karibik.

SPD kritisiert US-Politik in Lateinamerika

AP/dpa, Bonn

Etwa 400 Abgeordnete und Funktionsträger der SPD haben in einem offenen Brief an den amerikanischen Kongreß die Politik der US-Regierung gegenüber Lateinamerika und insbesondere Nicaragua als friedensgefährdend und die Menschenrechte verachtend bezeichnet.

In dem gestern in Bonn veröffentlichten Brief, der von über 50 Bundestagsabgeordneten, mehr als 70 Landtagsparlamentariern und mehreren Mitgliedern des SPD-Bundesvorstands unterzeichnet ist, wird der amerikanischen Führung eine Politik der wirtschaftlichen und militärischen Destabilisierung Nicaraguas vorgeworfen. Präsident Reagan lasten die Unterzeichner an, seit seinem Amtsantritt um den Sturz der Regierung in Managua bemüht zu sein.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz, warf auf einer Pressekonferenz in Bonn der Regierung Reagan vor, sie wolle „Nicaragua die Kehle zuschnüren". Die amerikanische Politik gefährde durch Intervention und militärische Aufrüstung der nicaraguanischen Nachbarländer den Frieden in der Region, unterminiere das Selbstbestimmungsrecht der Völker und blockiere die dortige soziale Entwicklung. Die US-Regierung scheine davon auszugehen, daß die große Entscheidungsschlacht zwischen Ost und West in der Dritten Welt, besonders in Mittelamerika, heranreife. In der Bundesregierung sieht Holtz Tendenzen, auf den Kurs Reagans einzuschwenken. Positiv sei jedoch, daß Bonn die Entwicklungshilfe für Nicaragua nicht eingestellt habe, sagte er.

Es bleibt bei der Rentenanpassung Mitte 1984

Verschiebung um ein halbes Jahr vorerst fallengelassen

HEINZ HECK, Bonn

Nach dem Treffen der Minister Blüm, Lambsdorff und Stoltenberg gestern abend gilt in Bonn als sicher, daß es bei der Rentenanpassung am 1. Juli 1984 bleibt. Auch wenn über das Treffen offiziell noch nichts bekannt wurde, ist damit die bisher erwogene neuerliche Verschiebung um ein halbes Jahr vom Tisch. Offen ist noch, ob Blüm für die damit beabsichtigte Einsparung von etwa 1,2 Milliarden Mark allein 1984 finanzielle Zugeständnisse an anderer Stelle hat machen müssen.

Sowohl die Delegierten des Kölner CDU-Parteitages wie auch die Mitglieder der Bonner Unionsfraktion hatten sich mit Nachdruck gegen diese Sparmaßnahme ausgesprochen.

Während der Koalitionspartner FDP bisher auch unter Hinweis auf die nach dem 6. März getroffene Koalitionsvereinbarung die Möglichkeit einer Verschiebung zumindest offenhielt, hat die FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer gestern in einem Zeitungsinterview bereits eingelenkt: „Wenn Norbert Blüm ein Konzept bringt, das nicht nur die kurzfristigen Liquiditätsprobleme der Rentenversicherung löst, sondern eine langfristige Konsolidierung gewährleistet, wird keiner auf der Verschiebung bestehen." Blüm wird sein langfristiges Konzept allerdings erst in der ersten Jahreshälfte 1984 vorlegen.

Über dieses Konzept berät auch, wie berichtet, die von CDU-Generalsekretär Geißler geleitete Parteikommission „Soziale Sicherheit" am kommenden Montag. In dem Kommissionspapier werden die „willkürlichen und widersprüchlichen" staatlichen Eingriffe der letzten Jahre in die Rentenversicherung kritisiert, die zu den „bestehenden Zweifeln an der Solidität der gesetzlichen Alterssicherung entscheidend beigetragen" hätten. Dem Papier zufolge „muß sich die gesetzliche Rentenversicherung durch eine längerfristige Perspektive und Kontinuität auszeichnen. Sie ist durch tiefgreifende Veränderungen in der Altersstruktur und der wirtschaftlichen Grundlage gefährdet". Das Papier gibt keine Empfehlungen zur Höhe des Beitragssatzes.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zins-Pessimisten

Von Peter Gillies

Die Stimmung am Kapitalmarkt ist schlecht, dem Aufschwung also höchst abträglich. Die Zinsen steigen, der Dollar gewann auch gestern weiter an Wert.

Daß die Zins-Pessimisten jetzt wieder dominieren, wird vielfach auf den Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg zurückgeführt. Dort hatte man – Stimmenverhältnis sechs zu eins – die Hauptursache für die ärgerlich hohen Zinsen ausgemacht: die USA und ihr riesiges Haushaltsdefizit. Die attraktiven Renditen locken Kapital an und machen den Dollar begehrt.

Die Kritik an der amerikanischen Finanzpolitik ist berechtigt. Aber vor Einäugigkeit sei gewarnt: Erstens finanzieren die USA den Sicherheitsschirm, unter dem sich ihre Partner bewegen; zweitens haben hohe Zinsen zwar internationale, aber auch hausgemachte Ursachen. Besonders merkwürdig klingt es, wenn Industriestaaten, die sich zu Hause als unfähig erweisen, ihre Handelsbilanz, den Staatshaushalt oder die Währung in Ordnung zu bringen, die USA auf die Anklagebank setzen.

Die Verkettung mit dem Dollar ist gewiß groß, aber nicht schicksalhaft starr. Die enorme Zinssenkung bei uns hat gezeigt, wie man sich abkoppeln kann: durch Stabilität zu Hause, durch ernsthafte Bemühungen, die Staatsfinanzen ins Lot zu bringen. Damit geriet die Mark unter Aufwertungsverdacht, und die Bundesbank war in der Lage, die Zinsen zu senken.

Die derzeitige Schwäche der Mark macht deutlich, daß die Finanzmärkte mißtrauisch sind. Die deutsche Staatsverschuldung bleibt besorgniserregend hoch, trotz einiger Ansätze zur Konsolidierung. Auch die hiesigen Konjunkturaussichten haben sich – im Gegensatz zu den amerikanischen übrigens – wieder umwölkt. Wenn jeder sein eigenes Haus in Ordnung bringt, hat die Phantasie auf Zinssenkungen wieder eine Chance.

Figaro hier . . .

Von Manfred Schell

Die Einigung mit der rumänischen Regierung über die weitere Aussiedlung von monatlich 11 000 Deutschen ist perfekt. Die Konditionen dieser Übereinkunft sind, soweit sie bisher aus Bukarest mitgeteilt, für Bonn akzeptabel.

Bedrängten Deutschen in Siebenbürgen und im Banat, die dort keine Zukunft mehr sehen, wird damit geholfen. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt für die Aussiedler eine höhere Pauschalsumme (pro Kopf 7800 Mark) als in früheren Jahren, und sie wird außerdem dem Umschuldungsabkommen mit dem wirtschaftlich am Boden liegenden Rumänien zustimmen. Über einen Kredit, der nach rumänischen Wünschen bis an die Milliardengrenze heranreichen soll, wird gesondert verhandelt.

Bundesaußenminister Genscher hat die Einigung mit Rumänien binnen eines Stundenbesuchs in Bukarest verkündet. Dieser Blitzreise hätte es freilich nicht bedurft, denn die Ergebnisse lagen schon bei dem kürzlichen Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß bei Staats- und Parteichef Ceausescu auf dem Tisch.

So handelt sich Genscher mal wieder den Vorwurf ein, er betreibe Außenpolitik zu sehr unter dem Blickwinkel der Medienträchtigkeit. Strauß hat ihm dies vorgehalten. Auf der Bundespressekonferenz hatte die Ankündigung von Genschers Reise Gelächter ausgelöst: Wo Strauß war, muß da auch Genscher hin?

Ein Journalist stellte hernach spöttisch die Frage, wann der Außenminister denn nach Togo fliege, dem kürzlichen Reiseziel des CSU-Vorsitzenden. Ein anderer Beobachter der politischen Szene wollte vom Auswärtigen Amt wissen, ob Genscher nach der Rückkehr aus Rumänien tatsächlich einen ganzen Tag in Bonn bleibe. Figaro hier, Figaro dort . . .

Der Außenminister sollte über die hinter solchen Spitzen offenbare Kritik nachdenken. Erst kürzlich hat ihm ein bekannter Parteifreund aus Hessen vorgehalten, die FDP brauche gerade jetzt „in der Führung der Bundespartei eine Persönlichkeit, die sich in erster Linie um die Partei kümmert".

Es wäre wohl nötig. Vielleicht könnte Genscher dann auch verhindern, daß sein Vertrauter Möllemann gefährliche und politisch törichte Aussagen über einen eventuellen Koalitionsbruch noch vor 1987 macht.

Ankaras Veto

Von Evangelos Antonaros

Daß die Türkei nur eine „kontrollierte Demokratie" erhalten soll, ist längst bekannt. Doch das überraschende Verbot der soeben gegründeten „Großtürkischen Partei" und die Verbannung von zahlreichen früheren und künftigen Politikern haben aufs neue gezeigt, wie schwer sich die herrschenden Generale mit dem Parlamentarismus tun.

Die Argumente, mit denen Ankara das Parteiverbot begründete, wirken nicht eben überzeugend. Daß sich die Türken nach 32monatiger Abstinenz, möglicherweise ein bißchen übereifrig, mit der Politik beschäftigen, ist nur zu verständlich. Ebenfalls normal ist, daß die Ideologien der 1980 verbotenen Parteien wieder zur Geltung kommen werden. Die Generale wären naiv, wenn sie glauben sollten, daß mit Dekreten eine völlig neue Parteienlandschaft aus dem Boden gestampft werden könnte.

Eine andere Überlegung hat wohl das Verbot der „Großtürkischen Partei" diktiert: Indem sie diese Formation aus dem Verkehr zogen und deren Spitzenleute internierten, wollten die Militärs einer anderen Partei den Rücken stärken. Die „Nationalistische Demokratische Partei" des Ex-Generals Turgut Sunalp soll die Parlamentswahl am 6. November unbedingt gewinnen. Die „Großtürken" aber galten als Hauptkonkurrent, denn sie sind eine Nachfolgeorganisation der Partei Demirels. Und der jetzt ebenfalls verbannte Ex-Premier gilt weiterhin, allen Bemühungen der Generale zum Trotz, als der einflußreichste Politiker der Türkei.

Ankaras Militärs haben nun Linke und Rechte gegen sich aufgebracht. So können sie die angestrebte Stabilität wohl nur schwer verwirklichen.





Das Wunder des Atlas

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zittern vor dem Bluff?

Von Michael Voslensky

Seinerzeit hatte Chruschtschow gedroht, Atomraketen im Nahen Osten einzusetzen und auch Flughäfen in Westeuropa mit Atomraketen zu vernichten, von welchen amerikanische Aufklärungsflugzeuge U-2 starteten. Ich erinnere mich, wie er im Mai 1960 in der tschechoslowakischen Botschaft in Moskau mit dezidierter Miene erklärte: „Falls die U-2-Flüge fortgesetzt werden, ziehen wir in den Krieg." In den Krieg drohte er auch wegen Berlin zu ziehen und aus verschiedenen anderen Anlässen. Bekanntlich entpuppten sich alle Drohgebärden als Bluff.

Die Manier des unbekümmerten Bluffens hat sich aber in der sowjetischen Außenpolitik fest eingebürgert. Der dienstälteste Außenminister der Welt, Gromyko, erklärte vor vier Jahren, die Sowjetunion würde nach dem NATO-Doppelbeschluß nie und nimmer an Abrüstungsverhandlungen teilnehmen. Bald darauf verlangte er selbst neue Abrüstungsgespräche, und jetzt wirft die sowjetische Propaganda (von Hilfswilligen im Westen sekundiert) den USA vor, nicht ernst genug über Abrüstung zu verhandeln.

Tag für Tag ertönen immer neue Moskauer Drohungen an die Adresse des Westens: Verzichtet auf die Nachrüstung – oder . . ! Angedroht wird verschiedenes, was gerade einfällt. In der Presse war die Rede von der Drohung Moskaus, die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen abzubauen oder gar abzubrechen. Aber wer hat mehr Interesse am Technologie-Transfer oder an Weizenlieferungen in den Ostblock – die Sowjetunion oder der Westen bei hoher Verschuldung des Ostens? Natürlich die Sowjetunion.

Also könnte man diese Worte *ruhig* überhören. Aber den Gedankengang darf man nicht ignorieren. Denn unter die Wirtschaftsbeziehungen fallen auch sowjetische Gaslieferungen an Europa. Die sibirische Gasleitung ist noch nicht fertig, aber die Moskauer Erpressung fängt schon an.

Wirtschaftlich ist die Sowjetunion schwach, militärisch aber stark. Was wunder, daß man von sowjetischer Seite vor allem Drohungen mit militärischen Reaktionen vernimmt. So hieß es, man würde SS-20-Raketen auch *gegen die USA stationieren.* Also eine Wiederholung der Kuba-Krise? Dieses aussichtslose Abenteuer wird sich der Kreml ein zweites Mal nicht leisten.

Mit Vorliebe richtet Moskau seine militärischen Einschüchterungsversuche nicht gegen die USA, wo sie weniger wirksam sind, sondern gegen Europa. In diesem Sinne spricht man in Moskau davon, sowjetische Nuklear-Raketen nach dem Prinzip „Abschuß aus Warnung" anzuwenden: Die Raketen würden abgeschossen, sobald das sowjetische Frühwarnsystem den Anflug westlicher Raketen ankündigt.

Also droht man uns mit einem Nuklearschlag als Antwort auch auf konventionelle Raketen und mehr noch – auf eine mögliche *Störung im sowjetischen* Warnsystem. Wie verträgt sich das mit dem vielgepriesenen Verzicht Moskaus auf den Ersteinsatz der Atomwaffen?

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Ustinow ging in seinen Einschüchterungen Europas noch weiter – weit über die Grenzen des schon in der UN-Charta verankerten und im deutsch-sowjetischen Vertrag von 1970 festgehaltenen Verbots der Gewaltandrohung hinaus: Genüßlich bemerkte er kürzlich in einer Rede, im Falle eines Konfliktes wäre der sowjetische Raketenschlag für manches europäische Land „der letzte Schlag".

Sollen wir nun vor diesem „letzten Schlag" zittern und um die Gnade des Marschalls bitten? Wirklich nicht. Solange der Westen die Zweitschlag-Kapazität besitzt, bleiben die martialischen Worte eben Worte. Die aus Moskau dröhnenden Drohungen sind ein Bluff.

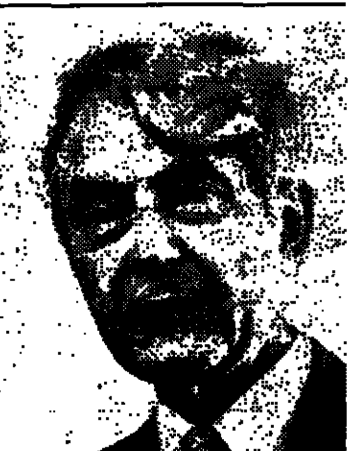
Warum? Kann die militärische Supermacht Sowjetunion wirklich keine „Sanktionen" gegen den widerspenstigen Westen in Gang setzen – dafür, daß er sich weigert, die sowjetische Überrüstung in Europa tatenlos hinzunehmen?

Der Kreml hat sich selbst dieser Möglichkeit beraubt. Seine Westpolitik – wenn man von der Friedens- und Freundschaftsrhetorik absieht – besteht doch darin, die normalen Beziehungen mit dem Westen strikt darauf zu reduzieren, was der UdSSR nützlich ist. Ansonsten wird der Westen bekämpft – mit allen Mitteln, bis auf einen offenen Bruch und Krieg. Da bleibt kein Spielraum mehr für nicht-deklamatorische „Sanktionen" Moskaus gegen den Westen. So wird es voraussichtlich bleiben, solange aus der Sicht des Kreml sich das militärische Kräfteverhältnis in Europa nicht genügend „zugunsten des Sozialismus und zu Ungunsten des Kapitalismus" verschoben haben wird.

Ob es eines Tages dazu – und folglich zum Krieg in Europa – kommt, hängt von der Sicherheitspolitik des Westens ab. Man wird schon bald sehen können, in welche Richtung sie uns führen wird. Im Augenblick jedenfalls sind sowjetische Drohgebärden für Europa ungefährlich.

Vor dem Moskauer Bluff muß man nicht zittern. Aber man sollte die Drohung dennoch ernst nehmen: Als Vorgeschmack darauf, wie die Sowjetunion mit Europa reden würde, sollte die Zweitschlagkapazität des Westens diesen Teil des Kontinents nicht mehr schützen. Ein Bluff würde dann Ernst.

GAST-KOMMENTAR



Prof. Dr. Dr. Michael Voslensky ist Historiker und Politologe. Über die Position eines sowjetischen Dolmetschers beim Nürnberger Prozeß und die Tätigkeit im Weltfriedensrat (Wien, Prag) führte ihn seine Karriere an die Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Er war Ordinarius an der Lumumba-Universität in Moskau. Seit 1972 lebt er im Westen. Zur Zeit ist er Direktor des neugegründeten Sowjetforschungs-Instituts in München. Er wurde von Moskau ausgebürgert. Aufsehen erregte sein Bestseller „Nomenklatura, die herrschende Klasse der Sowjetunion" (Verlag F. Molden, München/Wien 1980).

IM GESPRÄCH Otto Hauser

Ein ganz Fixer aus Eßlingen

Von Xing-Hu Kuo

Mit seinen 30 Jahren ist Otto Hauser, Journalist und zuletzt Redaktionsmitglied der WELT, Baden-Württembergs jüngster Bundestagsabgeordneter. Aber sein Einzug ins Bonner Parlament hat einige bemerkenswerte Züge: Mit 50,7 Prozent der Erststimmen in seinem Wahlkreis Esslingen brach Hauser einen 20 Jahre alten Rekord. Der junge Redakteur holte der CDU ein verlorenes Direktmandat zurück, das der ehemalige Bundesverkehrsminister Volker Hauff (SPD) bis dahin gehalten hatte. Hauff kam nur über die Landesliste in den Bundestag.

War schon der Wahlsieg Hausers auch für Eingeweihte in Stuttgart eine Sensation, so zeigen die ersten Wochen des Parlamentsneulings, daß Hauser sich mit der Rolle eines „Hinterbänklers" keineswegs begnügen will. Zu diesem Zweck tat er sich mit drei anderen Bundestags-Newcomern aus dem „Musterländle" zusammen: mit Rainer Haungs aus Lahr, Udo Ehrbar (Heidelberg) und Bernd Schmidbauer (Rhein-Neckar). Die Gruppe, die sich selber gerne „Viererbande" nennt, ist also eine Art Unterstützungsverein auf Gegenseitigkeit. Der verteidigungs- und deutschlandpolitisch engagierte Hauser organisierte zum Beispiel mit seinen drei Kollegen kürzlich eine Reise nach Berlin; selbstverständlich stand die Behandlung der Transitreisenden bei den Gesprächen in der Bonner Ständigen Vertretung in Ost-Berlin auf ihrer Agenda.

Hauser, 1952 in Göppingen geboren, wurde zuerst als Bankkaufmann ausgebildet. An der Fachhochschule in Nürtingen studierte er Betriebswirtschaft. Zwei Jahre bei der Bundeswehr verstärkten das Interesse des jungen Offiziers für das Thema Verteidigung. Hauser ist deshalb froh, daß er in Bonn wunschgemäß in den Verteidigungsausschuß einrücken durfte. Ansonsten sitzt er noch im Postausschuß, wo es auch um die neuen Medien geht.



Holte Hauffs Direktmandat: MdB Otto Hauser FOTO: DW.

Hauser kam schon früh zur Union: In der Jungen Union Baden-Württemberg ist er seit 1979 Pressesprecher. Erst Mitte dieses Jahres gibt er das Amt wegen der neuen Verpflichtung in Bonn und Esslingen auf: „Ich will die meiste Zeit im Wahlkreis verbringen." MdB Hauser hat den Journalismus von der Pike auf gelernt – zuerst bei der „Esslinger Zeitung", zuletzt bei der WELT in Bonn. Seine Frau Eva ist dem schreibenden Gewerbe als Redakteurin der Göppinger Lokalzeitung treu geblieben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es zur Brüsseler Tagung der (europäischen) NATO-Verteidigungsminister:

Die Amerikaner sind nie zimperlich gewesen, wenn es darum ging, ihren europäischen Bündnispartnern die Leviten zu lesen. Jetzt wurde in Brüssel der Spieß umgedreht: Die USA bekamen von den in der Eurogruppe zusammengeschlossenen *Verteidigungsministern* außer Solidaritätsbekenntnissen auch herbe Kritik zu hören. Zwar ist es angesichts der Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen mehr denn je nötig, daß die NATO-Staaten diesseits des Atlantiks ihrem großen Verbündeten den Rücken stärken. Aber die Übereinstimmung in Grundsatzfragen kann nicht bedeuten, daß Ärgernisse in der Allianz unter den Teppich gekehrt werden. Und dazu gehört an erster Stelle das Ungleichgewicht in der Rüstungszusammenarbeit. Es geht einfach nicht an, daß Washington die Europäer trotz derer wirtschaftlichen Notlage immer wieder zu verstärkten Verteidigungsanstrengungen drängt, andererseits aber mit Rücksicht auf die Finanzmisere im eigenen Land Importbeschränkungen für Rüstungsgüter verfügt. Dies zeugt von einem nationalen Egoismus, wie er unter gleichberechtigten Partnern *unerträglich* ist. Hinzu kommt, daß die Vereinigten Staaten – und das nicht zum ersten Mal – ihre Verbündeten mit den Restriktionen vor vollendete Tatsachen stellten. Um so wichtiger war es, daß die europäischen Verteidigungsminister Washington eines unmißverständlich klarmachten: Die Zeiten sind vorbei, in denen sie amerikanische Eigenmächtigkeiten und Alleingänge widerspruchslos hinnahmen.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung mokiert sich über Gipfelveranstaltungen von der Williamsburger Art:

Sollte das nächste Wirtschaftsgipfeltreffen in London 1984 mit der gleichen einschmeichelnden Selbstzufriedenheit wie Williamsburg 1983 enden, könnten die sieben Weltpolitiker ihr diesmaliges Kommuniqué gleich wieder verwenden und sich zu Tee und Kuchen ins Café zurückziehen. Denn die Teilnehmer tagten in einer Atmosphäre von der Spannung eines Bischofstreffens, das die Vorzüge der zehn Gebote redet . . . Die Planer des nächsten Gipfeltreffens wären gut beraten, wenn sie sich auf frühere Zeiten besinnen und die Idee informeller Gespräche zwischen Regierungschefs wiederbeleben würden, die zu Aktionen führen könnten, statt zu einem Multimedia-Reklamezirkus.

Ruhr-Nachrichten

Das Dortmunder Blatt befaßt sich mit Bonns Kohlepolitik:

Das „Modell 90/90" des deutschen Steinkohlenbergbaus, nach dem die Bergbauexperten für 1990 einen Absatz von 90 Mill. Tonnen erwarten, mag aus der längst gebremsten Kohle-Euphorie der letzten Jahre zu hoch angesetzt sein. Dafür spricht schon, daß es für die Castrop-Rauxeler Zeche Erin keine Rettung gab. Kohle von einer neuen Erin-Sohle wäre billiger gewesen als aus einem neuen Anschlußbergwerk im Norden des Reviers. Der sinkende Ölpreis und *die strengen Entschwefelungsauf*lagen der neuen Großfeuerungsanlagenverordnung haben die Situation für die deutsche Steinkohle nicht verbessert. Doch neben der Versorgungssicherheit, die die heimische Steinkohle bietet, sollten die Energiepolitiker in Bonn bei der Suche nach neuen Modellzahlen die Bedeutung von Förderzahlen auf dem Arbeitsmarkt des Ruhrgebiets im Blick behalten. Um die Jahresförderung um drei Millionen zu senken, müßte eine Großanlage mit 6000 Beschäftigten stillgelegt werden.

Fuldaer Zeitung

Das Blatt schreibt über Bahr und die Nachrüstung:

Für neue Verwirrung sorgte der ostpolitische Vordenker der Sozialdemokraten, Egon Bahr: Unter Willy Brandt war er der heimliche Außenminister und agierte oft genug an Walter Scheel vorbei. In der Parteipostille „Vorwärts" vermutet der Abrüstungsexperte, wie er offiziell firmiert, eine Mehrheit von über 90 Prozent unter seinen Genossen gegen eine Stationierung amerikanischer Atomwaffen, „Schmidt bis Lafontaine, von Apel *bis Eppler". Woher weiß er das* eigentlich?

Herbst-Manöver – „etwa 25 Kilometer von der Großstadt T."

Wie die Nachrüstungsgegner von linken Juristen mit Handreichungen versehen werden / Von Werner Kahl

Die Verwunderung in politisch interessierten Kreisen über Äußerungen eines Bundesrichters zum Thema Stationierung und Grundgesetz macht deutlich, welche geringe Aufmerksamkeit eigentlich dem parteipolitischen Umfeld eines solchen Signalgebers gewidmet wird. Denn das, was Heinz Recken, der an den Bundesgerichtshof beförderte Pressereferent des ehemaligen sozialdemokratischen Bundesjustizministers Gerhard Jahn, via Deutschlandfunk jetzt im bedeutendsten innenpolitischen Streitfall unter die Leute brachte, brauchte justizpolitisch nicht mehr originär für die Öffentlichkeit formuliert zu werden. Das hatte vor dem Richter Recken bereits der mit dem linken SPD-Flügel zusammenarbeitende Bremer Rechtslehrer Wolfgang Däubler mit Akribie gesorgt.

Der Jura-Professor, durch Ehefrau Herta Däubler-Gmelin (SPD) *zudem mit der praktischen Rechts*politik im Bundestag verbunden, setzte sich in einer im Vorjahr publizierten Untersuchung „Stationierung und Grundgesetz" für eine zweite (juristische) Front neben der als *Massenbewegung* gewünschten Organisation der Nachrüstungsgegner ein. Als Herausgeber der Schrift zeichnet der zum Verweigerungsflügel in der SPD gerechnete Bundestagsabgeordnete Freimut Duve.

Es unterstreicht das Auseinanderstreben der SPD-Flügel in der Nachrüstungsdiskussion, daß in der jüngsten Ausgabe der „Zeit" der neue Mitherausgeber Helmut Schmidt (SPD) den Doppelbeschluß der NATO-Mitgliedstaaten im Dezember 1979 als „nach wie vor richtig" anerkennt. „Auch wenn im tagesjournalistischen Geschäft hier und dort ein anderer *Eindruck entstehen sollte*", so der Altbundeskanzler, „so kann ich in Sachen der sowjetischen Mittelstreckenbedrohung bisher keinen Grund erkennen, mein Urteil und meine Zielsetzung zu ändern."

Mit anderen als seinen Eindrükken umschreibt der Publizist Schmidt schonend das Echo des Kampfgetümmels in der eigenen Partei, das den Blätterwald in der Medienlandschaft so heftig rauschen läßt.

Wie in den einschlägigen Kampfschriften der Gegner einer Nachrüstung und Stationierung moderner Raketenwaffen inzwischen üblich, leitete auch der Bremer Hochschullehrer Däubler seine Untersuchung mit einem Szenario ein. Es befaßt sich mit dem Eindringen von Demonstranten in einen amerikanischen Luftwaffenstützpunkt „etwa 25 Kilometer von der Großstadt T. entfernt". Zur Überraschung aller, heißt es weiter, seien die festgenommenen Demonstranten vom Schöffengericht in „T." wegen erwiesener Unschuld freigesprochen worden, denn die Verfassungsväter hätten als Folge des Weltkrieges bewußt und für alle Zeiten auf den Krieg als Mittel der Politik verzichtet. „T." stehe allerdings nicht für eine deutsche Stadt, wie Däubler verrät, sondern für Tokio; der Fall habe sich in dem japanischen Ort Sunakawa im Jahre 1957 zugetragen. Erst im kleingedruckten Anhang auf Seite 178 stellt der Autor klar, daß sein „praktischer Fall" einer Korrektur bedarf. Das von ihm als Muster zitierte freisprechende Urteil hatte keinen Bestand; es wurde vom obersten japanischen Gericht kassiert. Unbekümmert darum regt der Bremer Jurist für den Hausgebrauch der deutschen „Friedensbewegung" zum Nachdenken darüber an: „Würden sich auch bei uns gegebenenfalls Richter finden, die denselben Mut wie ihre japanischen Kollegen aufbrächten?"

In diese Richtung zielt anscheinend auch der Auftritt von Recken, dem Richter am Bundesgerichtshof, vor dem Rundfunkmikrofon. Ihm und anderen zur geflissentlichen Bedienung hatte der Bremer Orientierungshelfer Däubler – von Haus aus Arbeits- und Handelsrechtler – bereits die Frage gestellt: „Können denn deutsche Gerichte den amerikanischen Präsidenten und den deutschen Bundeskanzler daran hindern, den Beschluß vom Dezember 1979 Realität werden zu lassen?" Das Ergebnis seiner Untersuchung läuft darauf hinaus, daß jene Bürger, die in der Umgebung von Abschußrampen und Waffendepots wohnen, zur Verfassungsbeschwerde aufgefordert werden. In der gegenwärtigen Situation nicht nach rechtlichen Bremsen zu fragen und allein auf die politische Entscheidung und die Genfer Verhandlungen zu starren, erscheint ihm unverantwortlich.

Die Kehrseite der Medaille ist dem Juristen durchaus bewußt. Die Frage der Nachrüstung dürfe allerdings nicht als „Rechtsproblem" betrachtet werden, fügt er hinzu. Propagandisten sehen sehr wohl die Gefahr, daß möglicherweise viele Mitmarschierer die Hände in den Schoß legen, sobald die Gerichte eine Prozeßakte um die Stationierung angelegt haben. Anders ausgedrückt, so Däubler in seiner Doppelrolle als Jurist und Agitator: „Kein einziges Flugblatt, keine einzige Demonstration wird deshalb überflüssig, weil es einen Prozeß am Bundesverfassungsgericht gibt." Ein „Durchbruch" lasse sich auch in der Residenz des Rechts nicht mit juristischen Vorbehalten allein, sondern nur dann erreichen, wenn eine Massenbewegung auf die Beine gebracht werden kann. Das alles zusammen möglichst noch vor der Sommerpause. Es ist der Versuch, ein Dakapo der verfassungsgerichtlich in letzter Minute aufgeschobenen Volkszählung auf die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten zu übertragen.



Beim Engagement zur Selbsthilfe hilft die Jugendstiftung

Von XING-HU KUO

Rousseau wäre entzückt, die Grünen müßten eigentlich jubeln: Da schmieden drei Jugendliche wie einst im Mittelalter Feuerhaken, Zeltheringe und Kerzenhalter, frohen Mutes, ohne Bezahlung, nur zum Spaß. In einer Backstube wiederum versuchen etwa 15 junge Leute, selber Brot zu backen. Unterstützt von einer uralten Bäuerin, die ihre jahrzehntelangen Erfahrungen gerne weitergibt.

Mitten im hochindustrialisierten Deutschland gibt es diese Idylle, auf einem großen, um 1800 gebauten Bauernhof, dem „Selbacher Hof", inmitten des Neckartals, unweit von Heilbronn, umrahmt von uralten Nußbäumen in einem Weiler, wo nur etwa 20 Menschen leben.

Was auf diesem Bauernhof geschieht, gibt es bundesweit nicht ein zweites Mal: Jugendliche aus Baden-Württemberg und den benachbarten Bundesländern können hier nach Art der mittelalterlichen Gilden und Jugendbünde der 20er Jahre handwerkliche Fähigkeiten als Freizeitgestaltung erlernen.

Vorsitzender dieser „Gemeinnützigen Gemeinschaft zur Förderung bündischer Jugendgruppen e. V." ist der 40jährige Betriebswirt Dieter Wolf, im Hauptberuf leitender Angestellter bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim: „Wir wollen der Jugend die Möglichkeit bieten, ihre handwerklichen Fähigkeiten zu entwickeln und solche Talente fördern. Gleichzeitig sollen auf dem Handwerkerhof die Beziehungen zwischen den Generationen verbessert werden", erläutert er Ziele und Motive, die zur Gründung des „Handwerkerhofs" führten. So gibt es schon heute einen 75jährigen „Gildenmeister", einen Instrumentenbauer, der in der Schreinerei sein Handwerk den jungen Leuten zwischen 12 und 20 Jahren vermitteln wird. Geplant ist ferner die Errichtung einer Schmiede (an der provisorischen hätten Jugendliche ihr Können schon ausprobiert), einer Töpferei, Druckerei (Handsatz), Weberei und Spinnerei, eines Bereichs Textiles Werken und eines Fotolabors.

Während der Bauernhof für relativ wenig Geld Ende 1982 gekauft wurde, und zwar mit einem „Privatdarlehen", konnte das ehrgeizige Projekt nur dank einer Förderung durch die bundesweit einmalige „Jugendstiftung" in Baden-Württemberg verwirklicht werden. Diese vom Christlichen Jugenddorfwerk (CJD) Ende 1981 gegründete Organisation hat die Aufgabe, solche Gruppen und Initiativen zu unterstützen, die aus anderen Mitteln nicht gefördert werden können. Zu den bisher zehn genehmigten Projekten ist das Anliegen der bündischen Jugend das finanziell aufwendigste: 50 000 DM jährlich, allerdings nur für drei Jahre, stellt die Jugendstiftung dem „Handwerkerhof" zur Verfügung.

Dieter Wolf, „Chef" des Selbacher Hofs, unterstreicht, daß die Gilden-Renaissance „weder Rückkehr ins Mittelalter noch einen Ausstieg aus der Gesellschaft" bedeute, im Gegenteil: „Während im fertigen staatlichen Jugendhaus der junge Besucher fragt, ‚was wird mir heute geboten', lernt der Gast des Selbacher Hofs, selber anzupacken." Dadurch sollen die Selbständigkeit, Kreativität und das Mitmachen der jungen Menschen gefördert werden. Maximal sollen nach dem Ende der Renovierungsarbeiten an den Wochenenden etwa 50 „Handwerker" auf dem Bauernhof arbeiten, leben, und bei Musik und Gesang Spaß und Freude, zusammen mit den älteren Menschen, erleben können. Dabei werden auch die Dorfbewohner aktiv einbezogen: Deshalb ist schon heute die Resonanz im Weiler sehr positiv.

Szenenwechsel, doch auch hier hilft die „Jugendstiftung": Drei piepsende Jungvögel im Nest, die vergeblich nach ihren Rabeneltern schreien. Dies ist das Symbol der „Jugendhilfe Hallschlag e. V.", die von der Stiftung mit 28 000 Mark gefördert wurde.

Wer den Ortsteil Hallschlag besucht, weiß: Hier sind vorwiegend die Ärmsten der Armen zu Hause.

Pfarrer Günther Baltz fährt mit Sozialarbeiter Klaus Kurzweg in seinem Transporter durch die trostlose Gegend. „Einfachst-Wohnungen" werden die an Obdachlosenasyle erinnernden zweistöckigen Gebäude genannt, in denen in 207 Wohnungen rund 1000 Menschen zusammengepfercht sind. Auf 34 Quadratmetern „leben" im Durchschnitt vier Menschen. Kein Wunder, daß Apathie, Langeweile und Gleichgültigkeit vor allem die reichlich vorhandenen Kinder auf die Straße treiben. 30 Prozent der Einwohner Ausländer, vor allem Türken. Sozialschwache Randgruppen: Alkoholiker, Drogenabhängige, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger.

Deshalb haben der Pfarrer und einige ehrenamtliche Mitarbeiter vor zwei Jahren begonnen, in den Räumen der Gemeinde und auf einer wilden Wiese die Kinder buchstäblich von der Straße wegzuholen. Ihnen wurden Spielnachmittage angeboten. Aus Gemüse wurden Puppen gemacht, am Ende des Spiels zu einem Eintopf „nützlich" verarbeitet.

Vor allem zwei Zielgruppen will die auch „Spielplatzinitiative" genannte „Jugendhilfe Hallschlag" erreichen. Pfarrer Baltz: „Die sogenannten Schlüsselkinder. Wenn beide Eltern arbeiten müssen, bekommen sie den Hausschlüssel. Sie lungern dann auf der Straße herum, von niemandem beaufsichtigt oder betreut." Dann die Kinder des „Hallschlag-Typus", aus sozial schwachen Familien, die „seit Generationen den Schwung nicht kriegen". Bereits in den letzten zwei Jahren haben die ehrenamtlichen Mitarbeiter im Hallschlag an Wochenenden manchmal bis zu 50 bis 60 von den Eltern allein gelassene Kinder zusammengetrommelt. Damit diese Arbeit weitergeführt werden kann, will die Jugendhilfe ein 4800 Meter großes Grundstück in einen Spielplatz umwandeln. Und mehr ehrenamtliche Mitarbeiter gewinnen.

Wie nützlich die Jugendhilfe war, ist meßbar. Sozialarbeiter Kurzweg: „Als wir anfingen, war hier die Drogenszene sehr stark, die Jugendkriminalität die höchste in Stuttgart. Heute hat Hallschlag den Stadtdurchschnitt erreicht, eine erhebliche Verbesserung." Warum die Jugendhilfe bisher von niemand gefördert wurde? St. Bürokratius war schuld: Solche Vereine müssen mindestens zwei Jahre existieren, ehe der Staatssäckel etwas hergibt. Die „Jugendstiftung" stellte jedoch vor Erreichen dieser Frist 28 000 DM für Spielzeug und Werkmaterial in Hallschlag zur Verfügung.

Die Idee zur Gründung der Jugendstiftung in Baden-Württemberg kam vom CDU-Fraktionschef Erwin Teufel. Kein Wunder, daß bis heute SPD und FDP sich weigern, ihre reservierten Plätze im Kuratorium einzunehmen. Auch die „etablierten" Jugendverbände wie der Landesjugendring lehnen jede Zusammenarbeit mit der Stiftung ab. Sie vermuten, daß hier die nicht organisierte Jugend durch die Hintertür vor den Karren der CDU gespannt werden könnte.

Wolfgang Mierau (30), Geschäftsführer der Jugendstiftung auf der 800jährigen Burg Kaltenstein in Vaihingen-Enz, weist diese Vermutungen entschieden zurück: „Gerade weil wir überparteilich sind, hoffen wir, daß SPD und FDP sich alsbald an unserer Arbeit beteiligen." Auch die satzungsmäßig verankerte „christliche Nächstenliebe" und die Trägerschaft durch das Christliche Jugenddorfwerk dürften nicht zu eng ausgelegt werden.

Wichtigstes Kriterium für eine Förderung durch die Jugendstiftung ist, so Mierau, „ein ehrenamtliches Engagement für junge Leute", die aus anderen Fördermitteln keine Hilfe erwarten können. Und: Die Stiftung will Jugendliche erreichen, die sich aus diesem oder jenem Grunde einem vorhandenen Verband nicht anschließen möchten.



Auf dem „Selbacher Hof" im Neckartal feiern Gilden und Jugendbünde eine Wiederauferstehung. FOTO: DW.



Im Osten Japans ein fast alltägliches Bild: Demonstranten fordern die Rückgabe der von der Sowjetunion okkupierten Inseln. FOTO: CAMERA-PRESS

In Nemuro ist der Osten unvergessen

Von U. SIEMON-NETTO

Der hochgewachsene Japaner griff mit beiden Händen meine Rechte und beschwor mich mit landesunüblicher Direktheit: „Die Sowjets wissen längst, daß du hier bist. Wahrscheinlich hat man dich auch schon photographiert. Schreib bitte nicht, mit wem du hier gesprochen hast. Wir haben alle Angst, mein Freund, bring uns nicht in Gefahr!"

Wir saßen im Dachrestaurant des „Grand Hotel" von Nemuro, einer Hafenstadt, über der in Japan die Sonne zuerst aufgeht. Östlich von ihr beginnt der Machtbereich der Sowjetunion, deren Patrouillenboote an den wenigen nebelfreien Tagen mit bloßem Auge gesehen werden können. Moskau ist aber auch noch in anderer Weise präsent. „Mindestens 300 Spitzel arbeiten in Nemuro für die Russen", sagte mein Freund, „und denen entgeht nichts." Nordöstlich der nüchternen 47 000-Seelen-Stadt, wo das Ochotskische Meer und der Stille Ozean zusammentreffen, liegen jene Inseln, bei deren Erwähnung japanische Patrioten in Zorn geraten: Kunashiri, Etorofu, Shikotan und die Habomai-Inseln. Die Sowjets halten sie seit 1945 besetzt und machen auch keine Anstalten, sie wieder an Tokio zurückzugeben, so wie die Amerikaner das mit Okinawa getan hatten. Im Gegenteil: Die Russen bauen ihre Armee-, Marine- und Luftwaffenstützpunkte ständig aus und verlegen immer mehr Truppen in dieses 5000 Quadratkilometer große Gebiet, das den Umfang einer mittleren japanischen Präfektur hat.

Die Japaner nehmen den Verlust dieser fruchtbaren und an Gold, Silber und Schwefel reichen Territorien, aus denen 16 000 Menschen vertrieben worden waren, weit weniger gelassen hin als die Deutschen die Teilung und Amputation ihres Landes. Alle Parteien fordern die Rückgabe der Inseln. Die von Moskau unabhängige KP will sogar noch die östlich von ihnen liegenden Kurilen und die Halbinsel Sachalin zurückhaben. Aus diesen Regionen hatten die Russen 270 000 Japaner verjagt.

„Über sieben Millionen unserer Bürger haben bereits mit ihren Unterschriften dafür plädiert, daß wir unsere nördlichen Territorien wiederbekommen", sagte Shosako Muko, der zuständige Referatsleiter bei der Regierung der Präfektur Hokkaido, zu der auch Nemuro gehört. „Wir rechnen mit insgesamt 50 Millionen Unterschriften."

Moskau reagiert auf diese Kampagne nach bewährtem Muster: Einerseits sucht es mit dem Versprechen lukrativer Geschäfte Verbündete; andererseits schüchtert es die Küstenbewohner von Hokkaido massiv ein. Die Verbündeten sind teils konservative Geschäftsleute, teils Eigner von Fischkuttern, die meinen, daß ein von territorialen Forderungen ungetrübtes Verhältnis zwischen beiden Ländern große Handelsvorteile bringen könnte.

Ihr Instrument ist dabei die „Gesellschaft für japanisch-sowjetische Freundschaft", die nach Aussagen des in Tokio zu den Amerikanern übergelaufenen KGB-Majors Lewtschenko eine Frontorganisation des sowjetischen Geheimdienstes ist. Sie veröffentlicht prosowjetische Schriften und baut „Hallen der Freundschaft", in denen Vorträge und Debatten über die UdSSR veranstaltet und in denen russische Künstler musizieren und ausstellen. In Hokkaido gibt es 19 solcher Hallen. Die spektakulärste steht in der Hauptstadt Sapporo, ein kirchenähnliches Gebäude, über dessen Kuppel der Sowjetstern rot leuchtet.

Das mit Marmor ausgelegte Gebäude war von dem 78 Jahre alten Selfmademan Yasosaburo Shibano für umgerechnet sechs Millionen Mark gebaut worden. Shibano ist ein Mann mit Lenin-Bart, aber kapitalistischen Instinkten. Ihm gehören 26 Firmen, darunter ein großes Taxi-Unternehmen, für dessen Droschken es unter der „Halle der Freundschaft" eine Großgarage gibt. Ein anderes Unternehmen dieses Herrn, dessen von Leonid Breschnew gestiftetes und von einem Moskauer Lenin-Preisträger entworfenes Denkmal in der „Halle der Freundschaft" steht, ist eine japanisch-sowjetische Handelsgesellschaft, deren Gewinne ausschließlich dafür verwendet werden, Zuneigung zwischen den beiden Ländern zu fördern, eine Sache, für die sich Shibano einsetzt, seit er vor 15 Jahren die UdSSR besucht und für gut befunden hat.

Moskaus Lieblingsklischee vom Handel, der Frieden bringe, wird denn auch eifrig vom sowjetischen Generalkonsulat vertreten, einem zuchthausähnlichen grauen Klotz mit vier Stockwerken, dessen einziger Farbklecks der rote Cola-Automat vor dem Eingang ist. Fünfzehn Genossen arbeiten hier hinter einem Stahltor, das jeden Festungskommandanten freuen würde, unter einem Mann von enormer Leibesfülle. Der joviale Generalkonsul Jurij Rudnew ist aber nach Erkenntnissen westlicher Diplomaten nur nach außen hin der erste Mann. Wichtiger ist Vizekonsul Andrej Schudro, der aus der für die Unterwanderung des Auslandes zuständigen Internationalen Abteilung des Zentralkomitees kommt, ein für einen solchen Posten ungewöhnlich ranghoher Herr, dem jene Aktivitäten obliegen, die im Geheimdienstjargon „aktive Maßnahmen" heißen.

Dazu gehören zweifellos auch die Versuche, die Moskaus Ziele besonders störenden Demonstrationen für die Rückgabe der nördlichen Territorien durch Einschüchterungstaktiken einzudämmen. Eine regelmäßig praktizierte Taktik ist das Photographieren von Demonstranten. Lokalreporter in Nemuro erzählen, daß sie bei jedem dieser Aufmärsche von unbekannten, knipsenden „Kollegen" begleitet würden. Die Filme werden dann, so sagte Abteilungsleiter Muto von der Provinzregierung, an die Sowjetunion weitergeleitet. Das geschieht natürlich nicht im Generalkonsulat in Sapporo, sondern auf See. Wie ich in Nemuro hörte, sind Moskaus Agenten japanische Fischdampferkapitäne, die zum Dank für ihre Kooperation in jenen Gewässern fangen dürfen, die heute von der UdSSR als ihr Hoheitsgebiet reklamiert werden.

Dahinter stecken handfeste wirtschaftliche Interessen. Der Verlust dieser Gewässer brachte den Fischern von Hokkaido große Nachteile, zumal die Sowjetunion seit 1977 eine 200-Meilen-Zone beansprucht. Dies hatte nach Angaben des Bürgermeisters von Nemuro zur Folge, daß das Pro-Kopf-Einkommen in seiner Stadt schlagartig um 25 Prozent zurückging.

Japanische Fischer, die nicht mit den Russen kollaborieren wollen, müssen immer weiter aufs Meer hinausfahren, wozu sie größere Trawler benötigen, die ihnen wiederum hohe Schulden verursachen.

Da ist es schon leichter, mit Moskau zusammenzuarbeiten oder illegal in sowjetischen Gewässern zu fischen oder Seetang zu ernten. Dies zweite wiederum ist aber sehr gefährlich. „Seit Kriegsende sind 13 776 unserer Fischer von den Russen eingekerkert worden", sagte Muto, „zur Zeit sind sieben in sowjetischer Haft." Einer, der das mitgemacht hat, berichtete mir, daß dies keineswegs ein harmloses Erlebnis sei. Der Mann, ein Vater von drei Kindern, war zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er in Sibirien absitzen mußte. Dort hatte er für einen Lohn von umgerechnet 300 Mark im Monat Handschuhe und Taschentücher zu zu nähen; 200 Schnauztücher am Tag waren das Soll.

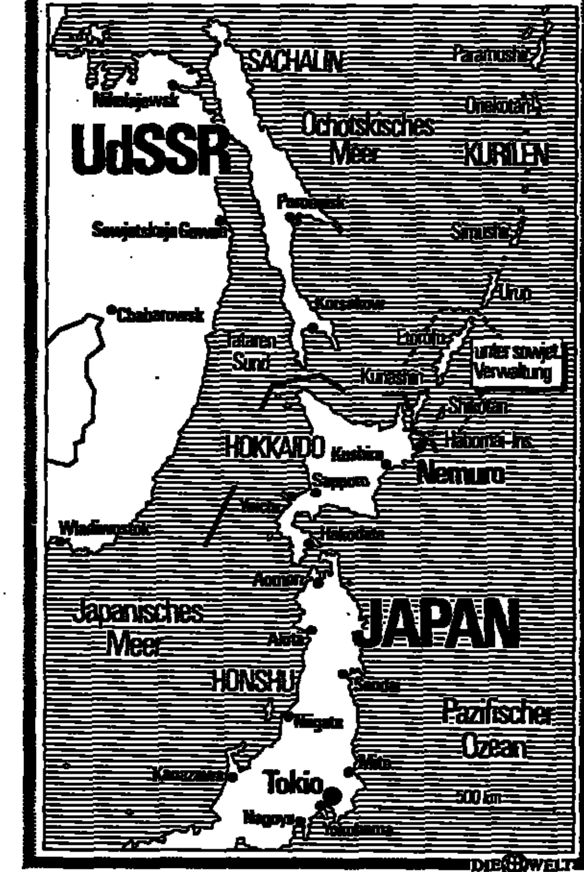
„Es war schon schlimm genug, daß ich meiner Familie nur belanglose Briefe schreiben durfte, am schlimmsten war jedoch das Essen, das ich noch dazu aus meinem Lohn bezahlen mußte: Schwarzbrot, Reis und eine eklige Suppe aus Fisch, Kartoffeln und Gemüse zum Frühstück, Mittagessen und Abendbrot."

Anfangs wurde der Fischer jeden Tag eine Stunde lang verhört. Dabei wurden ihm Photos von Demonstranten, Politikern und anderen prominenten Persönlichkeiten in Hokkaido vorgelegt. Das waren Bilder, die eindeutig von Kollaborateuren der Russen aufgenommen worden waren, Bilder, die dem Vernehmen nach auch die Patrouillenboote der Roten Marine mit sich führen.

Wer anhand dieser Photos als Aktivist in der Bewegung für die Rückgabe der „nördlichen Territorien" identifiziert wird, muß mit einer härteren Strafe rechnen. Wer sich aber andererseits als Mitglied der „Gesellschaft für japanisch-sowjetische Freundschaft" ausweist, dem kann es passieren, daß die Russen ihm die üppigsten Fanggründe zeigen.

„In Nemuro", so erzählte mir ein japanischer Journalist, „gibt es fünf oder sechs Trawlerkapitäne, die ständig mit den Russen in Kontakt sind und die nördlichen Territorien auch häufig besuchen. Ihre Kutter dienen als Mutterschiffe für Fangflotten von je 50 bis 60 Booten, die in sowjetischen Gewässern operieren dürfen. Ihre Besatzungen müssen sich natürlich erkenntlich erweisen, einmal, indem sie für die Freundschaft mit Moskau agitieren und zum anderen, indem sie knipsen oder ihre Frauen und Freundinnen knipsen lassen."

Sie müssen ihre Kameras aber keineswegs nur auf Demonstranten richten, sondern auch auf lohnendere Objekte, die zu photographieren wahrscheinlich in jedem anderen Lande streng verboten ist. Während meines Besuches in Nemuro wurde gerade ein prominenter Schiffseigner festgenommen. In seinem Haus fand die Polizei nicht nur ein komplettes Photolabor, sondern auch Aufnahmen von dem japanischen Torpedoboot-Stützpunkt Yoichi in Hokkaido. Anderswo wäre er wahrscheinlich einer langen Gefängnisstrafe sicher gewesen. Hier aber konnte er nur mit einer Geldstrafe belegt werden, weil er ein Boot widerrechtlich unter dem Namen eines Strohmannes registriert hatte. Für die offensichtliche Spionage aber ging er straffrei aus, weil Spionage in Japan nicht verboten ist.



Auftrag für Verhandlungen über Namibia

GITTA BAUER, New York

Der Weltsicherheitsrat hat UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar beauftragt, Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Namibia und die baldige Unabhängigkeit des von Südafrika verwalteten Territoriums zu führen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution werden Perez de Cuellar drei Monate Zeit gegeben, um dem Sicherheitsrat über den Ausgang seiner Gespräche mit Südafrika und der namibischen Untergrundbewegung Swapo zu berichten.

Die Resolution ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen zwischen Vertretern der westlichen Kontaktgruppe – USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und die Bundesrepublik Deutschland – und den Außenministern der „Frontstaaten" Tansania, Sambia, Zimbabwe, Angola, Botswana, Moçambique sowie Nigeria.

US-Außenminister George Shultz nutzte einen Kurzaufenthalt in der vergangenen Woche in New York zu Gesprächen mit den Schwarzafrikanern sowie Swapo-Chef Sam Nujoma. Die ursprüngliche Forderung der Swapo nach Androhung von Sanktionen gegen Südafrika wurde daraufhin fallengelassen.

In der fünftägigen UNO-Debatte waren Delegierte von 66 Ländern zu Wort gekommen. *Auch Südafrika*, vertreten durch seinen neuen UNO-Botschafter Kurt von Schirnding, hatte Gelegenheit, seinen Standpunkt darzulegen. „Wir sind für die Verwirklichung der Resolution 435 des Sicherheitsrats, aber *wir lassen uns nicht unter Zeit*druck setzen oder einschüchtern", stellte von Schirnding klar.

Die Bundesrepublik hatte Verständnis für die Haltung der Frontstaaten bekundet. Die Resolution zeige, so Botschafter Günther van Well, „daß die Frontstaaten sich durchgesetzt haben mit ihrer Bereitschaft zur Fortsetzung von Verhandlungen". Es sei keiner radikalen Gruppe gelungen, sie von diesem Weg abzubringen.

Swapo-Chef Nujoma äußerte auf einer Pressekonferenz Befriedigung über die Resolution. Er werde mit Generalsekretär de Cuellar kooperieren, gleichzeitig jedoch

den bewaffneten Kampf in Namibia intensivieren, sagte der Guerillaführer. Einen Widerspruch zwischen diesen beiden Absichten sieht Nujoma nach eigener Darstellung nicht. (SAD)

Computer-Lieferung beschlagnahmt

rtr, London

Der britische Zoll hat eine falsch deklarierte Lieferung von Computern in ein nicht genanntes Ostblockland beschlagnahmt. Ein Sprecher der Zollverwaltung sagte gestern, die beiden Computer-Systeme im Wert von rund 200 000 Pfund (etwa 800 000 Mark) seien als Satzmaschinen deklariert am 19. Mai auf einem Lastwagen in Dover entdeckt worden. Die Lieferung sei für Osteuropa bestimmt gewesen. Der Sprecher wollte jedoch weder das Bestimmungsland noch die Herkunft der Lieferung nennen.

Wie andere NATO-Staaten untersagt auch Großbritannien den Export bestimmter hochentwickelter Technologie in Ostblockstaaten.

CSSR: Geistliche appellieren an Husak

rtr, Wien

Eine Gruppe römisch-katholischer Geistlicher und Laien hat den tschechoslowakischen Staats- und Parteichef Husak in einem offenen Brief aufgefordert, der Verfolgung von Gläubigen durch *die* Sicherheitskräfte Einhalt zu gebieten. In dem auch in Wien veröffentlichten Schreiben hieß es, bei Polizeirazzien am 27. März seien in zwölf Städten der Slowakei und in mehreren Orten Böhmens Wohnungen aktiver Katholiken durchsucht worden. Acht Personen seien noch in Haft. Diese Verfolgung werde die christlichen Orden „nicht auslöschen, sondern dem Staat schaden, der sie verfolgt".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Warum die SED ihre Mark in Zürich verhökert

Von WERNER OBST

Beim Honecker-Vogel-Treffen kam wieder jener mysteriöse Vorgang zur Sprache, den selbst die Bevölkerung in der „DDR" nicht begreift. Gemeint ist die Kaufkraftparität von Ost- und Westmark im Devisenhandel. Seit langem wird die „DDR"-Mark mit 20 Pfennig (West) gehandelt, obwohl Berechnungen aus der Bundesrepublik auf ca. 81 Pfennig kommen, was die Binnenkaufkraft betrifft. Ost-Berlin rechnet noch großzügiger; denn auf der Basis eines „DDR"-Warenkorbes soll die eigene Landeswährung 1,30 DM wert sein, vor allem wegen extrem niedriger Mieten und billiger Grundnahrungsmittel. Doch hier beginnt das eigentliche Problem.

Die Mark der „DDR" ist eine reine Binnenwährung. Wenn sie frei gehandelt wird, entsteht der Kurs nun einmal aus Angebot und Nachfrage. Demzufolge müßten fünfmal mehr „DDR"-Mark angeboten werden als nachgefragt wird, und das ist in der Tat die konkrete Situation.

Hans-Jochen Vogel kann man das nicht einmal übelnehmen, wenn er sich da nicht auskennt. Er fährt schließlich etwa vierteljährlich hinüber, um Land und Leute erst einmal kennenzulernen, wie er zugibt. Allerdings, wenn er Erich Honeckers Version über die angebliche Notwendigkeit eines höheren Zwangsumtauschsatzes derart ahnungslos wiedergibt, dann muß dem Mann geholfen werden.

Honecker hat die Ende 1980 drastisch erhöhten Mindestumtauschbeträge auf eine Art und Weise begründet, die ihm möglicherweise sogar die eigenen Genossen übelnehmen. Denn wer innerhalb einer Woche die eigene Landeswährung derart beklagt, einmal gegenüber einer japanischen Zeitung, sodann gegenüber Hans-Jochen Vogel und dabei auch noch die Bundesrepublik verantwortlich macht, der schädigt die eigene Währung im Ausland mehr als alles andere zusammengenommen.

Die Mär vom Klassenfeind

Honecker muß deshalb von weitergehenden Überlegungen ausgegangen sein, als er die höheren Zwangsumtauschsätze mit erheblichen illegalen Geldbewegungen begründete. Er meinte damit die illegale Ein- und Ausfuhr von „DDR"-Mark durch Besucher aus der Bundesrepublik, die Ost-Berlin finanziell schädige. Das ist die alte Mär vom Klassenfeind, der für die wirtschaftlichen Probleme der „DDR" verantwortlich sein soll. Sie lief schon vor dem Mauerbau um, jetzt tischte sie Honecker wieder einmal auf. Es ist die Mär vom „Schwindel-Kurs", mit dessen Hilfe die „DDR" durch den kapitalistischen Westen ausgeplündert wird. *Das soll heißen, daß doch niemand* gegen höhere Umtauschsätze sein könne, wenn Ost-Berlin sich nur das zurückhole, was Besucher aus der Bundesrepublik hinaustragen.

Die Wahrheit erhellt schlagartig, für wie dumm die SED-Führung nicht nur die eigene Bevölkerung hält und wie sie führende SPD-Mitglieder einordnen zu können glaubt. Denn für den schlechten Wechselkurs der „DDR"-Mark ist allein die Regierung in Ost-Berlin verantwortlich.

Die Notenbank der „DDR" fährt regelmäßig ganze Lkw-Ladungen druckfrischen Papiergeldes nach Zürich und verhökert dort die landeseigene Mark sogar für weniger als 20 Pfennig (West). Außerdem tauschen volkseigene Betriebe in Zürich kofferweise Papiergeld der „DDR", um in den Besitz von Devisen zu kommen. Gelingt dies nicht, verursacht ein fehlendes Ersatzteil oder ein geringer Rohstoffengpaß Produktionsausfälle im Wert von Millionen. Die Generaldirektoren der Kombinate schauen über diese illegalen Praktiken ebenso hinweg wie die Ostberliner Parteizentrale. Hinzu kommen die Osteuropäer; auch sie tragen die wertlose „DDR"-Papiermark, die „DDR"-Touristen im Lande lassen, nach Zürich.

Die eigene Bevölkerung jedenfalls ist absolut unschuldig, und was Besucher aus der Bundesrepublik hinaustragen, macht bestenfalls einen Bruchteil dessen aus, was Ost-Berlin selbst in Umlauf bringt. So kommt ein Kreislauf zustande, der relativ stabil ist und funktioniert. Wenn die „DDR" in Zürich eine Milliarde ihrer Mark wechselt, löst sie knapp 200 Millionen harte DM ein. Sie braucht sie dringend; denn bei 26 Milliarden DM Schulden im Westen werden permanent Zinsen und Tilgungen fällig.

Stümperhafte Kurspflege

Dennoch ist diese Praxis für die „DDR"-Wirtschaft durchaus lukrativ. Ost-Berlin tauscht harte Devisen ein, rund 200 Millionen DM jährlich mit Waren abzudecken sind, fließen zurück, und so schließt sich der Geldkreislauf. Denn flösse noch weniger oder gar nichts zurück, dann wäre der Devisenmarkt ja sehr schnell übersättigt; der Ostmarkkurs müßte dann noch weiter sinken oder gar zusammenbrechen. Ost-Berlin pflegt deshalb den Kurs der eigenen Mark durchaus, allerdings eher wie ein stümperhafter Kleingärtner.

Soweit der eher peinliche Sachverhalt. Wenn er trotzdem in die Politik hineingezogen wird, dann lediglich deshalb: Ost-Berlin ist es leid, ständig mit der Zurücknahme der überhöhten Zwangsumtauschsätze belästigt zu werden. Die „DDR"-Regierung versteckt sich hinter finanztechnischen und währungspolitischen Gründen, für die man anderorts ein klares Wort hat: Devisenmangel. Erst wenn sich hier eine positive Entwicklung ergäbe, so *meint* Hans-Jochen Vogel, könne dies niedrigere Umtauschsätze zur Folge haben. Da kann er bis zum Sankt-Nimmerleinstag warten. Der „DDR"-Devisenmangel wird in den achtziger Jahren chronisch sein.

Das eigentliche Ziel jedoch, das Ost-Berlin anpeilt, ist etwas völlig anderes. Die Regierung will und muß im westlichen Ausland eigene Geschäftsbanken gründen, da sie anders weder aus der Misere des Außenhandels noch aus dem Strudel der Westverschuldung herauskommt. Dazu ist sie aus eigener Kraft nicht in der Lage. Deshalb braucht sie die Hilfe der Bundesrepublik. Die Unterstützung aber möchte sie mit der Zurücknahme der überhöhten Zwangsumtauschsätze gewissermaßen „ködern"; sie weiß, wie großen Wert Bonn darauf legt. Das war die Botschaft, die Honecker dem Bonner Oppositionsführer mit auf den Weg gab.

Rechtspfleger: Kein Urteil per Knopfdruck

H.-H. HOLZAMER, Hannover

In vier Arbeitskreisen befaßte sich der 25. Deutsche Rechtspflegertag gestern in Hannover mit Fragen des Erbrechtes, des Einsatzes von EDV im Gericht, mit dem Insolvenzrecht und mit Vorschlägen zur Entlastung der Justiz. Bei der Reform des Erbrechtes geht es den Rechtspflegern vor allem darum, die Position des überlebenden Ehegatten zu verbessern. Nach dem geltenden Gesetz erhält er die Hälfte des Nachlasses, wenn er mit seinem Partner in der sogenannten Zugewinngemeinschaft lebte. Hatten sie bei der Eheschließung Gütertrennung vereinbart, erhält er nur ein Viertel. Diese Regelung erscheint den Rechtspflegern in den Fällen besonders unsinnig zu sein, wo die Ehe kinderlos geblieben ist und der Nachlaß an entfernte Verwandte abfließt.

Heinz Oestreich, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Rechtspfleger und Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen, sieht die heute als falsch empfundene Regelung des Gesetzes in den Vermögensverhältnissen begründet, wie sie früher einmal gegeben waren. Heute wohne nicht mehr die Großfamilie zusammen und erarbeite gemeinsam den Besitzstand, sondern das junge Ehepaar stelle sich alsbald auf eigene Füße. Daher, so Oestreich zur WELT, tendierten die Beratungen des erbrechtlichen Arbeitskreises dahin, dem Gesetzgeber eine Reform mit dem Ziel vorzuschlagen, daß der Überlebende einer kinderlosen Ehe alles bekommen solle. Diese Regelung, würde sie Gesetz, ähnelte weitgehend einer heute oft gewählten Testamentsform im Berliner Testament. In ihm setzen beide Ehegatten den jeweils Überlebenden zum Alleinerben ein. Dieser soll dann von den Kindern beerbt werden.

Bei der Einführung der Datenverarbeitung in die Gerichte soll das nicht, wie Oestreich betonte, darum gehen, „Urteile per Knopfdruck" zu produzieren. Es könnte damit aber viel Schreibarbeit gespart werden. So könne der Computer schneller Terminübersichten oder Ladungen fertigen; auch Formulare würden schneller am Sichtgerät ausgefüllt und dann ausgefertigt. Es geht den Rechtspflegern bei ihren Beratungen in Hannover vor allem auch darum, Befürchtungen zu zerstreuen, die „Einzelfallgerechtigkeit" könnte durch eine „automatisierte Entscheidungsfällung" abgelöst werden. Oestreich: „Das Denken bleibt im Kopf", aber langwierige und ständig zu wiederholende Texte sollen die Maschinen selbst schreiben.

Bei den Beratungen zum Insolvenzrecht geht es um die Reform von Konkurs- und Vergleichsordnungen. Hier laufen zur Zeit sämtliche von Juristen angestellte Überlegungen weitgehend in die gleiche Richtung. Wie die vom *Bundesjustizminister* eingesetzte Kommission zur Reform des Insolvenzrechtes werden sich wohl auch die Rechtspfleger dafür aussprechen, die „Vermögensvernichtung", wie sie zur Zeit die Regel sei, durch das Bemühen zu ersetzen, das Unternehmen *am Leben* zur erhalten.

Kontrovers geht es in dem Arbeitskreis zu, der sich mit der Entlastung der Gerichte befaßt. Eine Gruppe tendiert dahin, nicht weiter als bisher durch Gesetz geregelt, in Bereiche eindringen zu wollen, die bislang den Richtern überlassen sind. Ihnen ist die Vorstellung eines Rechtspflegers, der als Richter Urteile, wenn auch nur in geringfügigen Streitsachen, fällt, der in mündlicher Verhandlung Vergleiche oder Klagerücknahmen vermittelt, eine zu gefährliche Vorstellung angesichts einer auf ihren Besitzstand pochenden Richterschaft. Andere sind da unbefangener, verweisen auf ihre juristische Qualifikation und auf die Notwendigkeit einer nicht bloß kosmetischen *Justizreform*.

Bonn gibt grünes Licht für Berliner S-Bahn

Weizsäcker konnte den Bundeskanzler überzeugen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Das Bundeskabinett zog gestern durch eine Millionen-Zusage die Bremsschuhe für die Einrichtung einer weltstädtisch schnellen und komfortablen S-Bahn in West-Berlin von den Schienen. Bis 1987 stehen zunächst 253 Millionen Mark für Waggonkäufe, neue Bahnhöfe und als Betriebskostenzuschuß bereit. Erst Ende Juni beginnt der eigentliche Kraftakt langer Verhandlungen mit Ost-Berlin: Die „Deutsche Reichsbahn", Betreiber der Bahn auch im Westen, muß zustimmen, ihren Betrieb zugunsten einer neuen West-Gesellschaft einzustellen. Die „DDR" macht dabei ein Geschäft – sie braucht künftig nicht mehr jährlich 100 bis 120 Millionen D-Mark für nur noch 9000 West-Passagiere täglich auszugeben.

Zwei Jahre dauernde, äußerst zähflüssige und angesichts leerer Bonner Kassen in den rheinischen Ministerien ohne Begeisterung geführte Gespräche zwischen dem Senat und der Bundesregierung fanden gestern ihren erfolgreichen Abschluß.

Von den jetzt noch von der Ost-„Reichsbahn" unterhaltenen 74 S-Bahn-Kilometern bleiben zwar im neuen Schmalspur-Netz – die WELT berichtete es schon am 9. Mai – zunächst nur noch 40 Kilometer übrig, aber die westliche Seite will alle 145 Kilometer Schienenstränge unter ihre Regie bringen – auf Vorrat.

Steigende Bundeszuschüsse

Als Väter des erfolgreichen politischen Einstiegs in das S-Bahn-Projekt können sich vor allem Richard von Weizsäcker, seine Senatoren Rupert Scholz (Bund) und Gerhard Kunz (Finanzen) sowie Staatssekretär Peter Lorenz bezeichnen. Weizsäcker setzte bei einem S-Bahn-„Gipfel" am 2. Februar im Bundeskanzleramt gegenüber einem noch nicht völlig überzeugten Helmut Kohl das grundsätzliche Ja der Bundesregierung durch. Letzten anhaltenden Widerstand brach er vor kurzem in einem Spitzengespräch mit Gerhard Stoltenberg. Die Regelung sieht vor:

- Staatssekretär Hans Otto Bräutigam verhandelt nach dem abschließenden Votum der Alliierten Ende Juni mit dem „DDR"-Chef-Devisenunterhändler Alexander Schalck-Golodkowski über das grundsätzliche Übernahme-Prinzip.
- Danach führen Senats-Experten mit Ostberliner Fachleuten die eigentlichen Detail-Gespräche.
- Der Bund schießt neben der für 1984 mit 10,920 Milliarden Mark (Berlin will 40 Millionen mehr) bemessenen Bundeshilfe weitere 37 Millionen Mark für die S-Bahn zu. Die Summen steigen bis 1987 auf jeweils 63 bis auf 90 Millionen.
- Die eigentliche Bahn-Renovie*rung muß der Senat allerdings aus* den jährlich vom Bund überwiesenen 160 Millionen Mark bestreiten, die jedoch auch für den U-Bahn-Weiterbau reichen müssen.

Leistung und Gegenleistung

Bonn knüpft an seine Zustimmung bestimmte Bedingungen. So heißt es unter der Ziffer V der Kabinettsvorlage in mehreren Punkten: „Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Alliierten bleiben unangetastet. Die DDR darf keine Rechte oder Zuständigkeiten erhalten, die ihr nicht zustehen. Unter Beachtung dieser Maßregeln soll angestrebt werden, die Betriebsanlagen auf eine westliche Betriebsgesellschaft übergehen zu lassen."

Eine für Staatssekretär Bräutigam vorgegebene „Gesprächslinie" enthält nach Informationen der WELT erstmals in innerdeutschen Verhandlungen nach dem Regierungswechsel ausdrücklich die Formel von „Leistungen und Gegenleistungen". Das Bonner Entgegenkommen, Ost-Berlin das S-Bahn-Defizit abzunehmen, sei „trotz großer finanzieller Probleme" als ein Zeichen zu werten, daß Bonn an der Entspannungspolitik festhalte.

Bislang ist offen, mit welcher Marschroute die Ostberliner Seite die Unterredungen beginnt. Etwaige eigene Geldforderungen der „DDR" würden die Verhandlungen binnen kurzem scheitern lassen.

„Die Vertreibung historisch aufarbeiten"

dpa/AP, Bonn/Warschau

Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) tritt im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung für eine gründliche historische Aufarbeitung der Vertreibung von Millionen von Deutschen aus dem Osten ein. *In einer Sendung* des Bayerischen Rundfunks sagte Zimmermann, er halte es für verhängnisvoll, wenn in der notwendigen zeitgeschichtlichen Diskussion über Massenverbrechen während des Zweiten Weltkriegs dieser Aspekt ausgespart oder nur am Rande erwähnt werde.

Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat sei ein Ereignis von weltgeschichtlicher Tragweite. Der gewaltige Exodus von mehr als 15 Millionen Menschen habe die Landkarte Europas politisch und ethnografisch von Grund auf verändert. Mehr als zwei Millionen Frauen, Männer und Kinder seien bei Flucht und Vertreibung umgekommen, viele Menschen seien Opfer „grausamer, ja grausiger Verbrechen" geworden.

Gemessen an ihrem Ausmaß und ihrer Auswirkung habe diese politische und menschliche Katastrophe bis heute im Ausland nur geringe Beachtung gefunden, sagte Zimmermann. Viel unverständlicher sei es noch, daß die Geschehnisse *auch in der Bundesrepublik* Deutschland im Schulunterricht, in den Medien und in der Geschichtswissenschaft relativ wenig behandelt würden.

Der Minister betonte, es gehe nicht darum, politische und moralische Schuld gegenseitig aufzurechnen. Eine verantwortungsbewußte Bearbeitung des Themas Vertreibung und Vertreibungsverbrechen brauche auch nicht den Vorwurf zu scheuen, sie werde das Verhältnis zu anderen Staaten, insbesondere im Ostblock, belasten und Entspannung verhindern.

Warschau hat förmlich gegen Äußerungen des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, protestiert, der von „Verbrechen" gesprochen hatte, die bei der Vertreibung von *Deutschen aus den heute* polnischen Ostgebieten begangen worden seien. Die Protestnote wurde dem Bonner Botschafter in Warschau, Horst Röding, vom Staatssekretär im polnischen Außenministerium, Ernst Kucza, übermittelt.

Gemeinsame Umweltpolitik „zur Zeit illusorisch"

Berliner Wissenschaftler: Bonn soll EG-Vorreiter sein

F. DIEDERICHS, Berlin

Auf dem Gebiet der Luftreinhalte-Politik ist im Bundesgebiet seit 1970 „kein nennenswerter Erfolg" zu verzeichnen. Diese düstere Bilanz zogen gestern Experten des Wissenschaftszentrums Berlin, als sie die Ergebnisse des umfangreichen Forschungsprojektes „Schwachstellen der Luftreinhalte-Politik" vorstellten.

In der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Studie, die sich auf die für die Luftqualität maßgeblichen Schwefeldioxyd (SO_2)-Immission bezieht und Vergleiche mit weiteren EG-Mitgliedsländern vornimmt, kommen die Umweltforscher zu dem Resultat: Die Gesamtmenge des belastenden SO_2-Ausstoßes ist zwischen 1970 und 1980 gleichgeblieben. Mit Verbesserungen lokaler Immissionsbelastungen sei häufig „nur eine weiträumige Schadstoffverteilung erzielt" worden. Diese Problemverschiebung, zu der auch die „Hochschornsteinpolitik" der Umweltbehörden beigetragen habe, sei im wesentlichen dafür verantwortlich, daß das Waldsterben nun auch in industriefernen Regionen auftrete.

Ein weiteres Fazit der Untersuchung des „Internationalen Institutes für Umwelt und Gesellschaft" im Wissenschaftszentrum: Der beträchtlich höhere Aufwand zur Reinhaltung der Luft in der Bundesrepublik hat nicht zu entsprechend größeren Erfolgen im Vergleich zu den „schlichteren" Umweltpolitiken anderer europäischer Staaten geführt. „Man hätte die derzeit schlechte Immissionssituation in Deutschland auch preiswerter haben können", resümierte ein Institutssprecher.

Verwaltungen überfordert

Die „wesentlichen Gründe" für die ihrer Meinung nach ineffiziente und unzureichende Umweltpolitik sehen die Forscher des Wissenschaftszentrums in zu aufwendigen Verwaltungsmaßnahmen, die *aus der Fülle der Vorschriften im* Bereich der Luftreinhaltung resultieren. Die Verwaltungen seien besonders da überfordert, „wo es um die Durchsetzung neuester Techniken geht". Zudem nehmen die Entwicklung und Anwendung von sogenannten „Vermeidungstechniken" wie der Rauchgasentschwefelung in Kraftwerken in Deutschland bisher einen „eher lethargischen Verlauf".

Obwohl die Bundesrepublik über ein hochmodernes Immis*sionsmeßnetz verfüge, kritisieren* die Wissenschaftler, werde dieser Vorteil zur Aufdeckung von Problemsituationen „nur unzureichend genutzt". Durch eine bestimmte Auswahl von Meßorten würden vielmehr in einigen Fällen reale Schadstoffbelastungen der Luft „weggemessen".

Nur „symbolische Politik"

In der Bilanz heißt es weiter, auch die im Rahmen des Projektes untersuchten europäischen Länder wie Frankreich, Italien, Großbritannien, die Niederlande und die Schweiz seien „keine umweltpolitischen Musterknaben". Auch dort sei – mit Ausnahme der Niederlande – der umstrittene Bau hoher Schornsteine ein wesentliches *Element bei der Verbesserung der* Luftsituation in Ballungsräumen.

Von den EG-Mitgliedsländern könne derzeit keine begründete Hoffnung auf eine Eindämmung der weiträumigen Luftverschmutzung durch Regelungen auf EG-Ebene ausgehen, stellen die Forscher weiter fest. Eine gemeinsame Umweltpolitik sei aufgrund der unterschiedlichen Problem- und Interessenlagen „gegenwärtig illusorisch". Dies sei besonders deshalb „ein deprimierendes Ergebnis", weil gerade von der Bundesregierung eine stärkere Einschaltung der EG als grundlegende Voraussetzung zur Lösung des SO_2-Problems angesehen werde.

Die bisherige Luftreinhalte-Politik in der EG sehen die Berliner Wissenschaftler als „symbolische Politik", bei der angemessene Maßnahmen nicht ergriffen worden seien. Die Bundesrepublik sollte hier „Vorreiter" sein, um mit „nationalen Alleingängen" in der Umweltpolitik „den in aller Regel langwierigen Entscheidungsprozeß der EG-*Institutionen* zu beschleunigen". Umweltpolitische Schrittmacherregelungen wie die Verordnung zum Schwefelgehalt im leichten Heizöl seien bisher noch immer „Vitaminspritzen" für die EG-Umweltpolitik gewesen.

Seite 9: Schlechte Zensuren

Eine junge Garde übernimmt bei der FDP das Regiment

„Operation Blutauffrischung" bei den Freien Demokraten / Sechs von elf Landesvorsitzenden wurden seit dem Bonner Wechsel ausgetauscht

STEFAN HEYDECK, Bonn

Nach dem politischen Neubeginn in Bonn haben die Freien Demokraten in den vergangenen Monaten auch in den Ländern einen personellen Wechsel eingeleitet. In *sechs der elf Landesverbände* wurden bereits die Vorsitzenden ausgetauscht. In einem weiteren, in Rheinland-Pfalz, wird in den nächsten Wochen ein neuer Landeschef gewählt. Hinter dieser „Operation Blutauffrischung" steht einerseits, daß etliche der Abgelösten mindestens Vorbehalte gegen den Koalitionswechsel hatten. Andererseits wollen die Liberalen so ihr Verbleiben beziehungsweise ihre Rückkehr in die Landesparlamente sicherstellen. Denn ihr Kampf ums Überleben ist noch lange nicht zu Ende.

Unter den Landeschefs dominieren inzwischen klar die End-Dreißiger und Anfang-Vierziger. Im Thomas-Dehler-Haus wird nicht ausgeschlossen, daß aus ihren Reihen eines Tages der Nachfolger von Parteichef Hans-Dietrich Genscher und die künftige Führung der Bundes-FDP hervorgehen. Voraussetzung ist allerdings, daß sich die Neuen innerhalb der auf gut 80 000 Mitglieder geschrumpften Partei profilieren und den Liberalen mindestens in den Län*dern zu vorzeigbaren Erfolgen* verhelfen.

Als erster der „jungen Generation" steht Wolfgang Gerhardt bei den hessischen Landtagswahlen im September vor dieser Bewährungsprobe. Eine neuerliche Niederlage des von dem 40jährigen seit November geführten Landesverbandes würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch Auswirkungen auf die Bundespartei haben. Nicht zuletzt deshalb will die gesamte Bonner FDP-Spitze dem noch relativ unbekannten Spitzenkandidaten massive Unterstützung geben.

Mit 35 Jahren ist gegenwärtig Rechtsanwalt Manfred Brunner der jüngste der sogenannten Kurfürsten. Er hatte vor gut einem Monat den bayerischen FDP-Vorsitzenden Josef Ertl abgelöst. Bereits bei den Wahlen der Beisitzer zum Bundesvorstand auf dem Berliner Parteitag im November hatte Brunner auf dieser Liste das fünftbeste Ergebnis erzielt. Allerdings *muß er sich genauso wie Gerhardt* mindestens bis zu den nächsten Wahlen im Freistaat auf die außerparlamentarische Opposition beschränken.

Der „größte prominente Liberale" kommt aus Berlin

Vor diesem Problem steht auch der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (37). Er leitet seit April die nordrhein-westfälische FDP und damit den größten Landesverband der Liberalen. Möllemann, der nicht zuletzt durch wiederholte lautstarke Erklärungen und spektakuläre Wahlkampfaktionen bundesweit bekannt wurde, gilt als enger Vertrauter von Genscher. Er hatte vorzeitig – und damit unplanmäßig – Burkhard Hirsch abgelöst. Dieser war wegen mangelnder Unterstützung durch die Basis nach dem Koalitionswechsel zurückgetreten und will sich jetzt schwerpunktmäßig als Bonner Abgeordneter der Bundespolitik widmen.

Auch Berlins FDP-Chef Walter Rasch hat bei den Freien Demokraten bereits einen Namen. Das nicht nur deshalb, weil der 41jährige mit 1,96 Metern der „größte prominente Liberale" ist. Vielmehr hatte der ehemalige Schulsenator, der neben Genscher auch von Alt-Bundespräsident Walter Scheel gefördert wird, auf dem Bundesparteitag zur allgemeinen Überraschung bei den Vorstandswahlen den damaligen Berliner Landeschef Jürgen Kunze in einer Kampfabstimmung klar geschlagen. Inzwischen hat der als gemäßigt geltende Rasch auch die Nachfolge des vehementen Gegners des Bonner Bündniswechsels, Kunze, angetreten. Er bemüht sich, die Berliner FDP wieder auf einen einheitlichen und geschlossenen Kurs zurückzuführen.

Erhebliche Sorgen haben die Freien Demokraten in Schleswig-Holstein und Hamburg, die nicht mehr in den Landesparlamenten vertreten sind und ebenfalls erst vor kurzem ihre Vorsitzenden austauschten. Nach dem Desaster bei den Kieler Landtagswahlen – die FDP hatte dort im Gegensatz zur Bundespartei zeitgleich eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD gemacht – trat Uwe Ronneburger zurück. Für ihn rückte als „Kompromißkandidat" Werner Zywietz (43) nach. Ihm wurde vom rechten Flügel der 38jährige Klaus-Dieter Zumpfort zumindest bis auf weiteres als Stellvertreter zur Seite gestellt.

Morlok wird eine weitere Karriere in Bonn zugetraut

Als ältester der „neuen Garde" wurde mit 62 Jahren Peter-Heinz Müller-Link Vorsitzender der Hamburger FDP. Er folgte Klaus Brunnstein, dem es nach dem Weggang von Helga Schuchardt als „Eingreifreserve" trotz aller Kraftanstrengungen nicht gelungen war, bei den Dezember-Wahlen die FDP in die Bürgerschaft zurückzuführen.

Noch völlig offen scheint gegenwärtig, wer den verwaisten Vorsitz in Rheinland-Pfalz übernimmt. Nachdem bei den vergangenen Landtagswahlen die Liberalen mit ihrem Spitzenkandidaten Hans-Günter Heinz an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, werden die Bundestagsabgeordneten Helmut Schäfer (50) und Wolfgang Rumpf (47) als mögliche Anwärter für diesen Posten gehandelt.

Derartige Sorgen gibt es bei den „alten" Landeschefs zur Zeit nicht. Im Gegenteil: So erzielte Jürgen Morlok, gerade 38 Jahre alt und seit 1978 Vorsitzender der baden-württembergischen FDP, bei den Bundestagswahlen mit seinem Landesverband für die Freien Demokraten im Vergleich das beste Ergebnis. Außerdem wird Morlok als einem der drei Genscher-Stellvertreter eine weitere Karriere *auch in Bonn zugetraut. Als* ebenfalls unumstritten gilt der seit fast 13 Jahren amtierende saarländische Landeschef Werner Klumpp, der als erster eine Koalition mit der CDU nach 1969 eingegangen war. Sein niedersächsischer Kollege Hinrich Jürgens, seit 1978 Landesvorsitzender, hatte in jüngster Zeit interne Spannungen ausgeräumt. Dazu war es wegen seiner Funktion als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und seines Doppelmandats im Europa- und Landesparlament gekommen. Als Jür*gens nach intensiven Gesprächen* einen stufenweisen Selbstverzicht signalisiert hatte, meinte ein Vorstandsmitglied in Hannover zum neuen Selbstverständnis der Liberalen: „So einfach ist das."

Ganz so einfach ist für den FDP-Landes-„Oldie" Horst Jürgen Lahmann die Zukunft noch nicht. Lahmann ist zwar nach Klumpp dienstältester Vorsitzender in Bremen (seit 1974) und wie dieser Präsidiumsmitglied der Bundespartei. Er war sogar auf dem kontroversen Berliner FDP-Kongreß vorübergehend als Genscher-Stellvertreter nicht nur im Gespräch. Doch Lahmann steht jetzt vor der Aufgabe, seiner Partei das Verbleiben in der Bürgerschaft zu sichern. Denn in Bremen wird wie in Hessen im September gewählt.

Kohl: Mehr Geld für EG nur bei Sparprogramm

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl besteht darauf, daß eine Aufstockung der Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft nur dann in Frage *kommt, wenn sich die* EG-Partner für die kommenden Jahre auf ein rigoroses Sparprogramm einigen. Da auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher von diesem Zusammenhang ausgeht, kann nach Angaben aus Bonner Regierungskreisen nicht von einer Kontroverse zwischen Kohl und Genscher über die EG-Finanzierung gesprochen werden.

Der FDP-Politiker Martin Bangemann hatte am Dienstag in Dublin die Existenz einer solchen Kontroverse angedeutet. Er kritisierte die Rede des Kanzlers auf dem Kölner CDU-Parteitag, in der Kohl den Vorschlag der EG-Kommission zur Erhöhung der Pflichtbeiträge an die Gemeinschaft von 1,0 auf 1,4 Prozent abgelehnt hatte. Auch in der Bundeshauptstadt hatte die negative Äußerung des Kanzlers auf dem CDU-Parteitag Aufsehen erregt, nachdem zuvor in Brüssel eine flexiblere Haltung Genschers und auch des Bundesfinanzministers Gerhard Stoltenberg deutlich geworden war.

Aus der Umgebung des Kanzlers war nun zu hören, daß Kohl zwar gegenwärtig eine Erhöhung der Pflichtbeiträge nicht für sinnvoll halte, es aber grundsätzlich nicht ablehne, zu gegebener Zeit über eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze für die EG zu reden.

Deutschlands Grüne irritieren die Franzosen

Die Bundesrepublik aus der Sicht französischer Autoren

A. GRAF KAGENECK, Paris

In der Flut von Büchern über die Deutschen und ihre Repubik, die zum 20. Jahrestag des Elysee-Vertrages den französischen Büchermarkt überschwemmte, werden zwei kleine Bände, je nicht mehr als 250 Seiten stark, nach dem Abschwellen der Flut auf dem Trokkenen zurückbleiben. Beide tragen den deutschen Adler auf dem Titelbild. Bild und Titel beider Bände geben den Ton an, der hier angeschlagen wird. „Das Deutschland des Wandels" der eine, „Die Deutschen ohne Wunder" der andere.

Was die Bücher sagen

Das eine Buch wurde von Joseph Rovan, einem der besten Deutschlandkenner in Frankreich, verfaßt, von dem in Bayern geborenen Politologen mit jener glühenden Liebe für Deutschland im Herzen, wie sie nur bei verschmähten Emigranten zu finden ist. Das zweite stammt von einem Autoren-Kollektiv von Journalisten und Wissenschaftlern, die sich seit Jahren mit Deutschland beschäftigt haben, und zu Berufsinterpreten deutscher Eigenart in Frankreich wurden. An ihrer Spitze steht ebenfalls ein Emigrant aus der Zeit des Nationalsozialismus: Gustav Sandoz, in den frühen dreißiger Jahren junger Militant der SPD und später Verfasser eines der schönsten Bücher über den tragischen Widerstand der deutschen Arbeiterklasse gegen Hitler.

Was sagen beide Bücher aus? Die Deutschen sind nicht mehr das, was sie einmal in den fünfziger Jahren waren, jedoch in den Augen der meisten Franzosen bis heute geblieben sind. Das deutsche Wirtschaftswunder liegt lange zurück. Die Deutschen sind realistischer geworden, sachbezogener, sie arbeiten weniger, aber rationeller. Die deutsche Wirtschaft ist, heißt es in „Die Deutschen ohne Wunder", an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen. Trotzdem, sie hat immer noch Kraft zur Innovation, auch zur schnellen Anpassung an veränderte Situationen. Und sie ist besser auf die dritte industrielle Revolution vorbereitet als viele ihrer Konkurrenten. Noch ist sie ein „Modell", auch wenn sie unter vorübergehenden Schwächeanfällen (hohe Arbeitslosigkeit) leidet.

Aber die deutsche Gesellschaft sieht sich, heißt es in dem Band weiter, zum ersten Mal seit dem Kriege mit dem Problem ihrer völligen Infragestellung durch einen großen Teil der Jugend konfrontiert. Und die „Grünen", heterogene politische Plattform dieser Infragestellung, ziehen zum ersten Mal in den Bundestag ein. Die große Angst in Frankreich, Pazifisten und Neutralisten könnten, zusammen mit einer antiatlantisch gewordenen SPD, die Geschicke Deutschlands und Europas bestimmen, ist zwar am 6. März vergangen. Aber die Fragen, welche die Jugend an die Älteren stellt, sind mit dem Sieg der CDU nicht beantwortet worden. Deutschland bleibt, so lautet ein Kapitel des Buches „auf der Suche nach seiner Jugend". Vom deutsch-französischen Jugendwerk verbreitet und gesponsort, ist der kleine Band nicht nur kritische Analyse, sondern auch ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk über Deutschland und seine Probleme, geschrieben für junge und alte Franzosen, deren Interesse an Deutschland seit dem Kriege gewaltig gestiegen ist und immer noch steigt.

Anders Joseph Rovan. Sein neuestes Buch ist das achte über Deutschland, das er den Franzosen vorlegt. Der vorzügliche Kenner der französischen Mentalität wendet sich, diesmal nicht ohne Pessimismus, an jene, die sich nie der Sorge über den Weg der Deutschen erwehren konnten. Deutschland hat sich geändert, sagt Rovan. In fünf Jahren hat es sich mehr geändert als jemals zuvor in seiner Nachkriegsgeschichte: Was drei Kanzler, Adenauer, Brandt und Schmidt, aufgebaut und der Welt als ein Musterbeispiel der Prosperität und der Stabilität vorgeführt haben, ist durch die Revolte einer ganzen Generation in Frage gestellt.

Warnung vor „Dynamit"

Rovan, der übrigens mit seinem „Kultur-Pessimismus" unter den übrigen Deutschlandexperten Frankreichs ziemlich allein steht, scheut sich nicht, vor dem „Dynamit" zu warnen, das in der Bewegung der Grünen stecke, einer Bewegung, die er für gefährlicher hält als den Terrorismus der siebziger Jahre. Er geht sogar so weit, die Gesamtheit der traditionellen Werte der deutschen Gesellschaft von tödlichen Bazillen befallen zu sehen. Rovan beendete sein Manuskript vor dem 6. März. Vielleicht sieht er heute manches anders.

Die Briten erleben die geballteste Fernseh-Wahl ihrer Geschichte

Aus Programmen wurde ein Schlachtfeld der Parteien / Image ist entscheidend

FRITZ WIRTH, London

Die Wahlargumente werden welk an den Rändern, die Wähler selbst zeigen sich „punchdrunk" wie Boxer, auf die zu lange eingeschlagen worden ist. Der britische Wahlkampf wird zur Strapaze und zum Ärgernis. Noch nie ist in einem britischen Wahlkampf so hart, so gezielt und stereotyp immer auf den gleichen Punkt gezielt worden. Der Wähler ist übersättigt und überfordert.

Britische Wahlkämpfe sind erfreulich kurz und erbarmungslos hart. In drei Wochen müssen die Wahlparolen an den Mann gebracht werden. Da bleibt keine Zeit, diese Botschaften feinfühlig und sachte ins Wählergemüt hineinzumassieren, da wird entschlossen der direkteste Weg zum Wähler gesucht. Darum findet man in Großbritannien keine Plakat-Alleen mit Politikerköpfen, die deutsche Wahllandschaften so verunzieren, keine Transparente mit Parolen und keine Massen-Veranstaltungen.

„Hausbesuche" per TV

Die 2579 Kandidaten kommen den Wählern direkt ins Haus. Diese Besuche sind umständlich und zeitraubend. Deshalb ist das Fernsehen bei britischen Wahlen zu einem so bedeutsamen Medium geworden. Es ermöglicht den Parteien die schnellsten und wirksamsten Hausbesuche. Diese Wahl ist damit zur geballtesten TV-Wahl der britischen Geschichte geworden.

Die Fernseh-Anstalten haben ihre Programme fast kampflos zum Schlachtfeld der Parteien gemacht. In dieser Wahl sind die politischen Botschaften dem politischen Image untergeordnet worden. Ein Politiker wird nicht mehr danach beurteilt, was er sagt, sondern wie er im Fernsehen „ankommt". Die Verpackung ist zumindest genauso wichtig geworden wie der Inhalt. Der Wahlkampf ist zur Fernseh-Inszenierung geworden.

So fuhren die Wahlkampf-Regisseure der Tories ihren Star Frau Thatcher in der letzten Woche ins menschenleere, entfernte Cornwall. Nicht um Wähler zu sehen oder Reden zu halten, sondern um ihr Gummistiefel anzuziehen und sie durch den Schlamm einer Farm waten zu lassen. Sie ließen sie am nächsten Tag einen gigantischen Bulldozer fahren und am Tag darauf in einem simplen „fish an chips-shop" zu Mittag essen. Das alles geschah nicht, um politische Botschaften loszuwerden, sondern allein, um das Image dieser Frau als strenge Schuldirektrice aufzulockern. Der wichtigste Begleiter auf diesen Trips waren die Kameramänner des Fernsehens.

Nach der gleichen Masche wird seit Wochen Labour-Chef Michael Foot fernsehgerecht vermarktet. Da er Popularitäts-Probleme hat, wurde er sofort in die sozialistischen Hochburgen des Nordens geschickt, wo seine Auftritte zu Jubelfesten wurden. Man stellte außerdem kußbereite hübsche Mädchen und kleine Kinder zwischen ihn und die Fernsehkameras, um zu demonstrieren, daß der sonst eher zurückgezogene und scheue Literat kein Kind von Traurigkeit ist.

Dieser Fernsehtest ist gnadenlos und kann politische Karrieren zerstören. So ist nach 14 Tagen Wahlkampf der Präsident der sozial-liberalen Allianz, Roy Jenkins, glatt durchgefallen. Er wurde aus dem Fernseh-Verkehr gezogen. Das gleiche gilt für Michael Foot. Die Aufheiterungsbemühungen seiner Fernseh-Regisseure schlugen fehl, statt seiner beherrscht jetzt der robuste politische Preisboxer Denis Healey für Labour die Fernsehschirme.

Frau Thatcher ist bereits im letzten Wahlkampf erfolgreich auf Bildschirmgröße zurechtgetrimmt worden und ist der unbestrittene Fernsehstar der Partei. Mithalten können da vielleicht noch Verteidigungsminister Heseltine und Partei-Geschäftsführer Parkinson, der Rest gilt als nichttelegen und verschwindet im zweiten Glied dieses Wahlkampfs. Andererseits haben sich der liberale Parteichef David Steel und der stellvertretende Parteichef der Sozialdemokraten David Owen in diesem Wahlkampf auf den Fernsehschirmen als politische Stars profiliert.

Die Fernseh-Journalisten selbst sind nicht Stichwortgeber, sondern Schiedsrichter. Eindrucksvoll ist ihre unbedingte Fairneß. Es fällt auch nach zwei Wochen Fernsehwahl schwer, bei diesen Journalisten parteipolitische Präferenzen zu entdecken. Sie spielen in diesen Sendungen zumeist die Rolle des neugierigen Wählers, der Auskunft und Klarheit von den Politikern sucht.

So viel Distanz ist in der britischen Presse nicht zu finden. Die überwiegende Mehrheit der Boulevard-Zeitungen in Fleet Street hat vom ersten Wahlkampftag an Flagge gezeigt und sich als konservative Wahlhelfer zu erkennen gegeben. Der „Daily Express" (Auflage 2,1 Millionen) trommelt für Margaret Thatcher. Das Konkurrenzblatt „Daily Mail" (1,9 Millionen) tut es so intensiv, daß sich kürzlich 50 Journalisten des Blattes darob beim Chefredakteur beschwerten und ihre Sorge um die politische Glaubwürdigkeit der Zeitung äußerten. Die „Sun" (4,2 Millionen) aus dem Hause des Australiers Rupert Murdoch ist – wie im Falkland-Krieg – absolut regierungstreu.

Schlag ins eigene Kontor

Das einzige Boulevard-Blatt, das fest zu Labour steht, ist der „Daily Mirror". Er tut es seit 1945, doch niemals unter so großen Schmerzen wie in diesem Jahr. Das Blatt kann sich einfach nicht mit dem radikalen Wahlprogramm Labours identifizieren. Es ist im Gegensatz zu Labour gegen den Auszug aus der EG, gegen die Verschrottung der Polarisflotte und die Auflösung amerikanischer Nuklearbasen und für eine gesetzliche Einkommenspolitik. Obwohl also der „Mirror" die politischen Kernbotschaften der Partei nicht teilt, stellt er sich dennoch hinter Labour. Begründung: Diese Partei fällt manchmal falsche Entscheidungen, ihr politischer Instinkt aber ist meistens richtig.

Die Qualitätsblätter sind da zurückhaltender. Die „Times" ist in ihren Meinungsartikeln wohlwollend gegenüber den Tories, distanziertfreundlich gegenüber der sozialliberalen Allianz und kritisch zur Labour Party. Der „Guardian" und die Sonntagszeitung „Observer" zeigen deutliche Sympathien für die Allianz, und die „Financial Times" beeindruckt mit einem Minimum an parteipolitischem Engagement.

Den schwersten Schlag ins eigene Kontor vollführte bisher der sonst labourstramme „New Statesman". Er fiel den verzweifelten Wahlanstrengungen Labours in den letzten Tagen mit der nüchternen Feststellung in den Rücken: Es gibt buchstäblich keine Chance, daß Labour als stärkste Partei aus dieser Wahl hervorgehen kann. Das Blatt empfiehlt den Labour-Wählern deshalb, in bestimmten Wahlkreisen zu den Liberalen überzulaufen, um die konservative Mehrheit zu reduzieren.

Deutsche Beteiligung bei Rumänien-Umschuldung

Im Gegenzug hebt Bukarest die Kopfsteuer auf

BERNT CONRAD, Bonn

In Rumänien lebende Deutsche können künftig wieder ohne die seit einigen Monaten geforderte „Ausbildungssteuer" in die Bundesrepublik ausreisen. Parallel dazu ist die Bundesregierung dazu bereit, sich an der Umschuldung Rumäniens zu beteiligen, nach deren Vollzug wieder Bürgschaften zu gewähren und Kreditmöglichkeiten für industrielle Großprojekte in Rumänien zu schaffen. Mit diesen Vereinbarungen ist Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern aus Bukarest nach Bonn zurückgekehrt.

Als „besonders positiv" bewertete es Genscher, daß sich der rumänische Staatschef Nicolae Ceausescu und Außenminister Stefan Andrei – im Unterschied zur Sowjetunion – dafür ausgesprochen haben, die westlichen Verbesserungsvorschläge für ein KSZE-Schlußdokument in Madrid ernsthaft zu erörtern. Nach Ansicht Genschers werden die „zu erwartenden rumänischen Aktivitäten auf diesem Gebiet außerordentlich hilfreich für einen baldigen Abschluß der Madrider Konferenz" sein.

Zu der in Bukarest beschlossenen Freistellung der deutschstämmigen Rumänen von dem Regierungsdekret über die Rückzahlung von Ausbildungskosten sagte Genscher in einem Rundfunkinterview: „Die Aussiedlung wird sich so vollziehen wie in den letzten Jahren auch, das heißt, es werden von denjenigen, die die Aussiedlungsgenehmigung erhalten, keine irgendwie gearteten Abgaben erhoben, wie etwa Rückgabe von Ausbildungs- oder Studienkosten. Ich hoffe, daß wir damit die Aussiedlung auch der Deutschstämmigen aus Rumänien auf eine gesicherte und langfristige Basis gestellt haben."

Keine „Decke nach oben"

Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatschef Ceausescu hatten vor fünf Jahren vereinbart, daß jährlich 11 000 Deutsche aus Rumänien ausreisen können. Dieses Abkommen läuft am 30. Juni 1983 aus. Genscher erklärte dazu, er könne sich vorstellen, daß künftig etwas mehr Deutsche ausreisen dürften. Es gebe keine „Decke nach oben".

Vom Auswärtigen Amt war keine Auskunft darüber zu erhalten, welche Pauschalsumme die Bundesregierung künftig für jeden Aussiedler zahlen wird. Bisher waren es 5000 Mark. Genscher sagte nur, es seien immer Gegenleistungen erbracht worden. Nach vorliegenden Informationen soll die neue Pauschalsumme bei 7500 bis 8000 Mark liegen.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß bestritt gestern Presseberichte, wonach er bei seinem Besuch in Bukarest am 23. und 24. Mai irgendwelche finanziellen Angebote gemacht habe. „Richtig ist, daß ich überhaupt keine Zahlen, weder 8000 noch 10 000 Mark angeboten, ja nicht einmal besprochen habe. Diese Behauptung ist schon deshalb unwahr, weil der Beauftragte der Bundesregierung bereits am 20. Mai 1983 in Bukarest eine Verlängerung des Abkommens mit einer höheren Zahlung pro Kopf für die Bundesregierung verbindlich, ohne jeden Zusammenhang mit mir, unterschrieben hatte", erklärte Strauß in einer dem „Bonner General-Anzeiger" übermittelten Gegendarstellung.

Teure Vergünstigungen

Damit wies Strauß gleichzeitig kritische Hinweise zurück, er habe das Verhandlungskonzept der Bundesregierung empfindlich gestört. In der Umgebung des Kanzlers hieß es dazu, bei dem Hin und Her zwischen Auswärtigem Amt und Bayerischer Staatskanzlei handele es sich offensichtlich nur um Prestigefragen und nicht um wirkliche Sachdifferenzen.

Genscher legte gestern Wert auf die Feststellung, daß die Beteiligung der Bundesrepublik an dem Umschuldungsabkommen für Rumänien aus dem Jahre 1982 und an den Umschuldungsverhandlungen für 1983 nicht nur im rumänischen, sondern auch im deutschen Interesse liege. Von unterrichteter Seite wurde allerdings festgestellt, daß die in Aussicht genommenen wirtschaftlichen Vergünstigungen für Rumänien insgesamt für die Bundesrepublik teurer würden als die bisher von den einzelnen Ausreisewilligen zu zahlende „Ausbildungssteuer".

Von erheblicher Bedeutung für die Ausreiseerleichterungen war nach Bonner Angaben die von der amerikanischen Regierung bewiesene Solidarität in dieser Frage. Dies bezieht sich darauf, daß Washington in seine Drohung, Rumänien die Meistbegünstigung zu entziehen, offenbar neben Juden auch die Rumäniendeutschen eingeschlossen hatte.

Seite 2: Figaro hier ...

In Prag schieben sich Dogmatiker nach vorn

Machtverhältnisse im Kreml wirken sich auf Husak aus

R. STRÖBINGER, Köln

In der Tschechoslowakei sind die „Zentristen" um Staats- und Parteichef Gustav Husak gegenüber den Dogmatikern in der Defensive, die sich um den bisherigen „zweiten Mann" der Partei, den Ruthenen Vasil Bilak scharen. Die schon seit Wochen fällige Sitzung des Zentralkomitees der KP wird darum ständig verschoben. Denn einerseits haben sich in dem Ringen um die Macht noch keine eindeutigen Sieger profilieren können, andererseits erwartet man an der Moldau mit Spannung die ebenfalls anstehenden Entscheidungen in Moskau. Erst wenn dort über die endgültige Machtverteilung im Kreml entschieden wird, stehen auch auf dem Hradschin die Sieger fest.

Bemüht, die besseren Ausgangspositionen zu erlangen, haben die beiden Gruppierungen bisher allerdings lediglich eine Pattsituation erreicht. Als es unlängst darum ging, zwei neue Kandidaten des Parteipräsidiums zu bestimmen, ging die Wahl je an einen „Gemäßigten", den früheren Chef der Kanzlei des Staatspräsidenten Husak, Josef Haman, und dem Bilak-Vertrauten, Sekretär des Zentralkomitees für Ideologie, Jan Fojtik. Auch bei den Besetzungen anderer wichtiger Partei- und Regierungsposten auf unterer Ebene oder im diplomatischen Dienst, wird die „Parität" bisher streng eingehalten. Als jetzt für den Posten des Rektors der Parteihochschule in Prag ein neuer Mann gesucht wurde, fiel die Wahl auf den Vertreter der „harten Linie", Ladislav Novotny. Andererseits wurde als neuer Botschafter auf den für Prag wichtigen Posten in Bonn, der Karrierediplomat und ehemalige stellvertretende Außenminister Dusan Spácil, 54, geschickt; ihn zeichnet eine realistische Einschätzung der außenpolitischen Entwicklungen aus.

Es geht um mehr

Dieses Gerangel um Positionen in der „zweiten Linie" kann nicht von der Tatsache ablenken, daß es in Prag um viel mehr geht – um die Zukunft Husaks und seiner Mannschaft. Ihm zum Nachteil gereichte, daß der ihn in den meisten Fragen unterstützende Ministerpräsident Lubomir Strougal krank ist und nicht in die Diskussion um die Neubesetzung der Führungsposten eingreifen konnte.

Husak, durch Strougals politische Abwesenheit wesentlich geschwächt, kann offensichtlich aber auch nicht mit voller Unterstützung Moskaus rechnen. Gelänge es Parteichef Jurij Andropow, seine Position zu festigen, könnte dies für Husaks Entmachtung entscheidend werden. Seit Jahren setzte er nämlich auf Andropows Gegenspieler Konstantin Tschernenko als Nachfolger Breschnews.

In Prag wird nicht verheimlicht, daß auch für Bilak der Zug bereits abgefahren ist, obwohl er in den letzten Wochen Pluspunkte sammeln konnte. Offensichtlich sollen mit Rückendeckung durch Moskau Männer in führende Positionen gelangen, die sich bereits auf ihren bisherigen Posten das Vertrauen der Sowjets erworben haben. Gewiß ist es kein Zufall, daß dabei vor allem zwei Funktionäre genannt werden, die in ihrer Karriere mit Jurij Andropow in „Berührung" kamen.

Karriere ausgebaut

Als möglicher Nachfolger Husaks *als Parteichef ist Milos Jakes* im Gespräch; er ist Mitglied des Parteipräsidiums und Sekretär des Zentralkomitees und auch für die wichtigen Bereiche der Parteiorganisation sowie der inneren Sicherheit zuständig. Der unauffällige Jakes war in den sechziger Jahren einer der stellvertretenden Innenminister, bevor er unter Alexander Dubcek zum Vositzenden der Partei-Revisionskommission avancierte. *Noch bevor er sich profilieren* konnte, wurde die CSSR besetzt; er schloß sich sofort der neuen, moskautreuen KP-Führung an. Beharrlich baute er seine Karriere aus und besetzte wichtige Posten in der Provinz mit ihm ergebenen Funktionären. Heute heißt es, er habe in der KP mehr Rückhalt als die übrigen Präsidiumsmitglieder.

Als möglicher Nachfolger von Ministerpräsident Strougal, der sich offenbar so schnell wie möglich auf eine seiner acht Privatvillen zurückziehen möchte, wird Innenminister Jaromir Obzina genannt. Obzina, der Mitte der fünfziger Jahre die Moskauer Parteihochschule absolvierte, wo er auch Kontakte mit dem KGB aufnahm, galt bisher als verlängerter Arm Andropows in Prag. Ob er allerdings jetzt als Innenminister und Chef des CSSR-Staatssicherheits*dienstes, für den er seit zehn Jah*ren verantwortlich ist, entbehrlich ist, ist nicht ganz sicher.

Mugabe verstärkt Kooperation mit dem Osten

H. GERMANI, Johannesburg

Zimbabwes Premier Robert Mugabe hat nach einer Reise durch Ungarn, die Tschechoslowakei und die „DDR" erklärt, der Besuch habe ihn tief beeindruckt und bewogen, demnächst auch der Sowjetunion eine Visite abzustatten. Es wäre sein erster Moskau-Besuch. Bei der Unabhängigkeit Zimbabwes 1980 wurde er in den westlichen Medien als prochinesisch und antisowjetisch dargestellt. Äußerungen von ihm über den Staatsratsvorsitzenden der „DDR", Honecker – „er hat mich behandelt wie einen schwarzen Teeboy" –, wurden kolportiert, die „DDR" nicht zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten eingeladen. Seither ist es, trotz mancher sich im Westen noch haltender Legenden, zu einer „Umkehr der Allianzen" gekommen: Die Sowjetunion und die „DDR" haben die Zapupartei des Matabele-Volkes und ihres einstigen Freundes Joshua Nkomo fallenlassen, dafür ist Mugabe voll auf die Sowjetlinie umgeschwenkt.

Jetzt erklärte Mugabe in Harare: „Wir sind glücklich, enge Beziehungen zu den sozialistischen Staaten geknüpft zu haben. Wir sind selbst Sozialisten, mein Besuch in Prag und Berlin wird die sozialistische Allianz stärken." Seine Reise habe ihm die Lügen der westlichen Medien über die „DDR" und die Tschechoslowakei enthüllt: „Sie sind glänzend organisiert, die Straßen sind sauber, die Bevölkerung ist voll Freude der Durchführung des Regierungsprogrammes gewidmet. Es gibt keine Arbeitslosigkeit."

Mugabe gab bekannt, daß er mit der „DDR" und der Tschechoslowakei auch die Frage einer gemeinsamen Verteidigung besprochen habe. Damit hat er die in der Zimbabwe-Armee kursierenden Gerüchte genährt, wonach die von Großbritannien ausgebildeten „stammesgemischten Truppen" des Landes entlassen und durch Ostblocktruppen für den Kampf gegen die *Matabele-Guerrillas* und zur Deckung der Grenze nach Südafrika ersetzt werden sollen. Wirtschaftsminister Bernard Chidzero kündigte schon die Reduzierung der Zimbabwe-Armee auf rund die Hälfte des heutigen Mannschaftsbestandes an.

Parallel dazu strahlt seit zwei Wochen ein Sender der Matabele-Rebellen, „Radio Wahrheit", in Englisch und in der Matabele-Sprache *im Gegensatz zur einsti*gen Linie militant antikommunistische Sendungen aus. (SAD)

Paris entdeckt die NATO neu

Von A. GRAF KAGENECK

Es gibt einen alten, von General de Gaulle in den sechziger Jahren erzeugten, typisch französischen Komplex: die Sorge, Frankreich könne in seiner Bewegungsfreiheit behindert und unter fremde Befehlsgewalt gezwungen werden, den letzten Rest von Großmachtrolle in der Welt verlieren, in seiner „Identität" sich selbst verfremdet werden. Die Schaffung der Force de frappe und der Austritt aus der Militär-Integration der NATO waren von solchen Besorgnissen motiviert.

Frankreich hat unter der persönlichen Impulsion des Präsidenten Mitterrand die Erklärung von Williamsburg unterschrieben. Eine Erklärung, die, so Mitterrand in einem Kommentar, „in nichts die Position übersteigt, die Frankreich stets eingenommen hat". Damit weist der Präsident Kritik aus den eigenen Reihen zurück, mit der schon am 20. Januar in Bonn feierlich abgegebenen Zustimmung zum Nachrüstungsbeschluß der NATO sei eine getarnte Rückkehr in deren Integrationsapparat verbunden. Davon kann unter dem Sozialisten im Elysée-Palais ebensowenig die Rede sein wie unter seinen konservativen oder liberalen Vorgängern.

Dennoch hat sich Mitterrand am 20. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages in Bonn sehr viel weiter in der Beteuerung der atlantischen Solidarität vorgewagt als alle, die seit 1963 an der Spitze Frankreichs standen. Und diese Beteuerung wird fast *täglich von irgendeinem seiner Mi*nister wiederholt. Sie zielt auf einen konkreten Punkt: auf den deutschen Nachbarn, Partner und Freund. Sie tut es in immer auffallender werdenden Tönen der Herzlichkeit und wirbt förmlich um Vertrauen. Hier ist etwas im Gange, das in Deutschland noch nicht genügend zur Kenntnis genommen wurde: ein präzises französisches Engagement an der Seite Deutschlands im Falle der Krise und im Falle des ersten Schusses in Europa.

Als am letzten Montag der deutsche Bundespräsident nach einem eindrucksvollen zweistündigen Feuerzauber französischer Panzer, Jagdbomber und Kampfhubschrauber in Münsingen sein kaltes Huhn aus der Plastiktüte verzehrt hatte, stand der neben ihm sitzende Verteidigungsminister *Charles Hernu auf* und sagte: „Frankreich ist Mitglied der atlantischen Allianz. Es steht selbstverständlich treu zu seinen Verpflichtungen. Sein Festhalten an den demokratischen Werten, sein Respekt der Menschenrechte und der Grundfreiheiten machen unser Land zum natürlichen Partner der Staaten Westeuropas und darunter an allererster Stelle der Bundesrepublik Deutschland ... Es ist klar, daß eine schwere Bedrohung der Sicherheit Europas auch die Sicherheit Frankreichs zutiefst berühren würde. Unsere Bewegungsfreiheit wäre äußerst eingeschränkt, wenn wir uns von Ländern umgeben sähen, die bereits versklavt oder in Ungewißheit über ihre eigene Zukunft verstrickt wären ..."

Mit diesem letzten Halbsatz aus dem *Munde eines führenden* Franzosen ist alles gesagt, was die augenblickliche Lage Europas angeht. In Unsicherheit über ihre eigene Zukunft verstrickt wären heute in erster Linie die Deutschen. Also tut Frankreich alles,

DIE ANALYSE

um den deutschen Partnern den Rücken zu stärken. Die Vorführung der französischen Truppen war dafür ein gewolltes, seit Wochen vorbereitetes Symbol. Sie ist von Carl Carstens und von Manfred Wörner auch als solches verstanden worden. Hernu versicherte mehrfach, daß Frankreich seine Truppen in der Bundesrepublik nicht verringern und ihre Feuerkraft wesentlich verstärken werde, daß mehr als bisher gemeinsam geübt, Einheiten untereinander ausgetauscht, die Beziehungen zwischen französischen Soldaten und deutscher Bevölkerung vertieft werden sollen. Die vielen Bundeswehr-Offiziere, die an diesem Tage bunt vermischt mit den französischen Kameraden auf der Tribüne saßen, waren ein Sinnbild für diesen gemeinsamen Willen der beiden Völker und ihrer Regierungen.

Sein (ebenfalls anwesender) Generalstabschef, Jannou Lacaze, war ein paar Tage vorher vor dem Institut für Verteidigungsstudien in Paris noch deutlicher geworden. In einem Text, der nur vom Elysée abgesegnet sein konnte, sagte der Chef der französischen Streitkräfte: „Die Frage der Verstärkung des französischen Beitrags zur Verteidigung Europas steht im Mittelpunkt unserer augenblicklichen strategischen Erwägungen ... Unsere Gespräche mit den Deutschen haben den Zweck, zu einer besseren Harmonisierung auf dem Gebiet der Sicherheit zu gelangen. Wir denken darüber nach, wie wir (die Franzosen) von den ersten Anzeichen einer Krise oder eines Konflikts an eine konventionelle Streitmacht an der Seite der Allianz zum Einsatz bringen können, sobald Frankreich eine entsprechende Entscheidung getroffen hat ... Unsere Streitkräfte sind augenblicklich in der Lage, neben der Verteidigung des eigenen Territoriums im Gegenangriff gegen einen Gegner anzutreten, der die alliierte Front durchbrochen hätte."

Und unter Hinweis auf die atomare Dimension seines Landes fügte der Generalstabschef hinzu: „Der Gegner muß außerdem wissen, *daß wir nicht nur entschlossen* sind, an der Verteidigung Europas mitzuwirken, sondern daß er sehr bald auf einen Gegner stößt, der atomar bewaffnet und frei in seinen Entscheidungen ist." Mit anderen Worten: Frankreich würde nicht zögern, als äußerstes Mittel der Eindämmung einer Aggression seine nuklearen Waffen einzusetzen, falls – andere zögern sollten.

Das alles hat eine klare Zielrichtung. Gemeint ist die Sowjetunion. Die Übung in Münsingen war auf einen aus dem Osten kommenden Gegner angelegt. Hernu sprach von dem „strategischen Schwerpunkt Frankreichs in Ostfrankreich, etwa in Nancy". Da wird nicht nur auf Übungsplätzen, sondern im freien Gelände geübt, wie kürzlich in der deutsch-französischen Verbundübung „Lasalle" an Hunsrück und Mosel, um der Bevölkerung die Präsenz französischer Soldaten auf deutschem Boden und ihre Verbundenheit mit ihren deutschen Kameraden vor Augen zu führen.

Der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer schrieb in einem Bericht für seine Kollegen im Verteidigungsausschuß dazu: „Die französischen Soldaten ließen erkennen, daß sie hier nicht nur in Funktion ihrer eigenen Landesverteidigung *auftraten*, und die deutsche Bevölkerung fühlt zunehmend, daß diese Soldaten im Ernstfall auch deutschen Boden verteidigen würden." Wimmer fügte hinzu, daß beider Länder Armeen in Struktur, Auftragstaktik, Geländeausnutzung und „Team-Geist" sehr verwandte Züge aufweisen und sich daher besonders leicht integrieren lassen.

Integrieren? Ein Stichwort, das in manchen Ohren noch weh tut, das aber auf dem potentiellen Gefechtsfeld auf dem Vormarsch ist.

Chinesen aus Ulan-Bator vertrieben

dpa/jo, Peking/Bonn

Die Vertreibung von Chinesen aus der Mongolischen Volksrepublik dauert unvermindert an. Wie gestern das chinesische Außenministerium mitteilte, würden die Behörden in Ulan-Bator trotz mehrfacher Intervention Pekings weiterhin die chinesische Bevölkerung zwangsevakuieren. Peking werde die Entwicklung aufmerksam verfolgen.

Reisende, die über Ulan-Bator mit dem Zug nach Peking führen, berichteten in den vergangenen Tagen, größeren Gruppen ausreisender chinesischer Familien begegnet zu sein. Bereits im März sollen die mongolischen Behörden alle in den Grenzregionen und Ulan-Bator lebenden Chinesen aufgefordert haben, bis zum August entweder nach China auszureisen oder in abgelegene Gebiete umzusiedeln. Wie die zur Ausreise entschlossenen Chinesen berichteten, wurde ihre Habe und ein Großteil des Reisegepäcks beschlagnahmt.

Die Gesamtzahl der von der Zwangsevakuierung betroffenen Chinesen wird auf 8000 geschätzt. Es liegen dazu von mongolischer Seite keine verläßlichen Angaben vor. In den *50er Jahren* waren Hunderttausende Chinesen von Peking an die damalige „Brudernation" UdSSR „ausgeliehen" worden, um die Eisenbahnlinie Ulan-Bator–Moskau zweigleisig anzulegen. Viele tausend von ihnen waren nach dem Bruch der Beziehungen 1960 auf ihren vergleichsweise gut bezahlten Arbeitsplätzen in der Mongolei geblieben. Sie hatten bislang nach eigenen Angaben keine Schwierigkeiten mit den Behörden gehabt. Im vergangenen Juni wurde aber bereits über größere Deportationen von Chinesen aus Ulan-Bator berichtet, denen angebliche Spekulationsvergehen vorgeworfen wurden.

Seit dem Beginn der sowjetisch-chinesischen Konsultationen im vergangenen Jahr, die voraussichtlich im Oktober 1983 in Peking weitergeführt werden, haben sich die Beziehungen zwischen Ulan-Bator und Peking erheblich verschlechtert. Die Mongolei, die sich traditionell in der Rolle eines Pufferstaates zwischen China und der UdSSR fühlt, hatte erst kürzlich die chinesische Führung wegen deren Forderung attackiert, daß vor einer Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion die etwa 450 000 sowjetischen Soldaten an Chinas nördlicher Grenze *abgezogen werden müßten.* Ein Großteil dieser Truppen ist in der Mongolei stationiert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geltel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des *Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche* gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Probst
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verzerrtes Geschichtsbild

„Von Toten und Untoten"; WELT vom 12. Mai

Dieser vorzügliche Artikel von Joachim Neander regt an nachzudenken, wie man bei geschichtlichen Betrachtungen mit Toten, mit unseren Toten umgehen sollte und was man ihnen nicht antun darf. Man sollte diesen Artikel als Sonderdruck allen Lehrern, Studenten, Schülern der Oberstufe usw. schicken.

Eine Bemerkung zu dem Bild Wilhelms II., zu seinem Helm mit dem fliegenden Adler, der bei den Regimentern „Garde du Corps" und „Gardekürassieren" bei „festlichen Anlässen" „aufgesteckt" wurde. Dieses Kaiserbild kann man angesichts der erwähnten Ausstellung in den Niederlanden (Kleidungsstücke des Kaisers) in diesem Artikel noch hinnehmen. Aber seit Jahrzehnten gibt es kaum eine Veröffentlichung über Wilhelm II. ohne dieses Bild, das so gar nicht unserem Zeitgeschmack entspricht.

Oft geschieht das gedankenlos – aber auch vorsätzlich von Leuten, die nur unsere Geschichte madig machen wollen. Das Wort „der Kaiser" oder „Wilhelm II." ruft in vielen Köpfen nur dieses Bild hervor. Vielleicht haben Millionen nie ein anderes Kaiserbild gesehen. 30 Jahre – rund 11.000 Tage regierte der Kaiser. Unsere Archive weisen aus, wo er täglich war, wo und wann er öffentlich aufgetreten ist. Historiker könnten – ohne langwierige Forschungen – feststellen (lassen), an wie vielen Tagen der Kaiser diesen Helm getragen haben kann; wahrscheinlich waren es nicht viele Stunden. Mit Recht werden diejenigen getadelt, die in den 20er Jahren den wirklich nicht schönen „Schnappschuß" von Friedrich Ebert in der Badehose niederträchtig ausbeuteten. Man kann eben auch mit echten Bildern gehässig agitieren und Geschichte fälschen.

Freundliche Grüße
A. Weber,
Bad Homburg

*

In Joachim Neanders beherzigenswertem Leitartikel ist von einem „Ostanspruch des Deutschen Ordens" die Rede. Diese Wendung könnte zu Mißverständnissen Anlaß geben. Natürlich ist der Deutschordensstaat in Preußen ein wichtiges Kapitel in der Ordensgeschichte. Dieser Staat und seine Leistungen stehen mit Recht im Mittelpunkt des historischen Interesses.

Nachdem dieses geschichtliche Kapitel Gegenstand vieler Kontroversen zwischen Deutschland und Polen war und ist, halte ich es für höchst bemerkenswert, daß im vergangenen Jahr unter der Patronanz des heutigen Deutschen Ordens ein von dem polnischen Historiker Marian Biskup und seinem Bonner Kollegen Udo Arnold herausgegebenes Sammelwerk „Der Deutschordensstaat Preußen in der polnischen Geschichtsschreibung der Gegenwart" erschienen ist. Diesem Band widmete DIE WELT eine aufmerksame Besprechung.

Gleichwohl gibt es daneben andere, gleichwertige Abschnitte auf dem Weg des Deutschen Ordens durch nahezu acht Jahrhunderte: Etwa die Zeit der Kreuzzüge einerseits und der Ordensstaat um Bad Mergentheim andererseits. Deshalb von einem politisch relevanten Anspruch des Ordens im Nahen Osten oder in Süddeutschland sprechen zu wollen, wäre abwegig. Ebensowenig kann man aber einen ordensspezifischen, auf Preußen bezogenen „Ostanspruch" annehmen.

Daß die Elisabethkirche in Marburg zum Traditionskreis des Deutschen Ordens gehört, hängt mit Hindenburgs dortiger Grabstätte nicht zusammen. Marburg ist eben auch ein örtliches Zeugnis dafür, daß der mittelalterliche Orden viel mehr war als der Herrschaftsinhaber an der Ostsee, nämlich ein typisches Institut des Sacrum Imperium und des Sacerdotium zugleich, mit weltlichen und geistlichen Bezügen und Standorten in vielen Teilen der damals zugänglichen Welt. Marburg war das Zentrum des Deutschen Ordens in Hessen und schon wenige Jahre nach dem Tod der heiligen Elisabeth eine besondere Stätte ihrer Verehrung durch die Ordensritter. Sie stifteten die berühmte Kirche.

Heute ist der Deutsche Orden ein Orden der katholischen Kirche mit Priestern, Laienbrüdern und Ordensschwestern sowie „Familiaren". Letztere sind Persönlichkeiten aus allen Berufen, tätig in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik, oder auch Weltpriester, die dem Orden in besonderer Weise spirituell und kirchenrechtlich verbunden sind. Familiaren fördern die Pflege der Ordensgeschichte und unterstützen die beiden anderen Ordenszweige in ihrer seelsorgerischen und caritativen Tätigkeit. Ostpolitisch sind sie verfassungstreue Bürger, ohne einen speziellen Anspruch geltend zu machen. Geschichtliches Denken und christliche Verantwortung haben freilich zum caritativen Engagement der Ordensangehörigen für den polnischen Staats- und Verwaltungsbereich in dieser dort so schweren Zeit geführt. Auch das ist nicht Zeichen für einen „Anspruch", sondern Verwirklichung der Ordensdevise „Helfen und Heilen".

Bernhard Mihm,
Familiare des Deutschen Ordens,
Frankfurt

Die Grundlage

„Das Projekt Deutsche Bibliothek"; WELT vom 28. Mai

In Ihrem Bericht über den Neubau für die Deutsche Bibliothek in Frankfurt vermisse ich wiederum etwas, was praktisch in allen Berichten über diese Institution fehlt.

Die Grundlage der 1912 in Leipzig gegründeten Deutschen Bücherei und der 1946 in Frankfurt entstandenen Deutschen Bibliothek und damit die Basis ihrer Arbeit, der Deutschen Nationalbibliographie, ist die – zunächst freiwillige – Verpflichtung der deutschen Verlage, von jeder Neuerscheinung und Neuauflage sofort nach Erscheinen ein Exemplar an die Zentralbücherei zu senden. Somit ist das Entstehen dieser beiden bedeutendsten deutschen Bibliotheken vor allem ein Werk der deutschen Verlage, denn selbstverständlich erfolgt die Übersendung dieser Exemplare kostenlos für die Bibliothek.

H. D. Müller-Grote,
Königswinter 41

Nicht beteiligt

[illegible]; WELT vom 21. Mai

Sehr geehrte Herren,
in dem im übrigen hochinteressanten Artikel erwähnt Graf Kageneck den zaristischen General Rennenkampf, „der 1914 bei Tannenberg von Hindenburg geschlagen wurde". Das ist unrichtig.

General Rennenkampf war im August 1914 Befehlshaber der russischen Njemen-Armee, die von Osten her über den Njemen (= die Memel) nach Ostpreußen einfiel. General Samsonow befehligte die russische Narew-Armee, die von Süden her nach Ostpreußen vordrang. In der Schlacht bei Tannenberg wurde in den letzten August-Tagen 1914 die Narew-Armee unter General Samsonow vernichtend geschlagen; General Rennenkampf war hier nicht beteiligt.

Mit freundlichem Gruß
F.-W. Niether,
Kiel

Unkritisch?

[illegible]; GEISTIGE WELT vom 21. Mai

Der Artikel über die Arbeit an der Vetus Latina ist sehr interessant. Und doch schmeckt er mir nicht. Da heißt es: „Der älteste, Markus, faßte um das Jahr 70 unkritisch zusammen, was er da und dort gehört hatte". Unkritisch? Immerhin war Markus einer der Begleiter des Paulus auf der ersten Missionsreise im Jahre 45. Und Papias (75 bis 150) schreibt: „Markus, der dem Apostel Petrus als Dolmetscher diente, schrieb... genau, jedoch nicht der Reihenfolge nach, Worte und Taten Jesu auf".

Wenn irgendwo ein außergewöhnlicher Mensch auftrat, sammelte man über ihn schon zu seinen Lebzeiten schriftliche Berichte über Aussprüche und Ereignisse. Nur bei Jesus soll das nicht der Fall sein! Gewiß hatte Markus – wie auch Matthäus, Lukas und Johannes – ein ganzes Bündel von Zetteln in der Hand, als er an die Zusammenstellung seines Berichtes ging. Auch meine ich, daß die Evangelien vor der Zerstörung des Tempels und Jerusalems (70) geschrieben sein müssen, weil darin nirgendwo diese ungeheuerlichen Ereignisse erwähnt werden.

Dazu das Buch des anglikanischen Wissenschaftlers Robinson „Redating the New Testament", London 1975. Ich möchte es mit 1. Joh. 1 halten: „Was von Anfang an war, was wir gehört und mit eigenen Augen gesehen, was wir geschaut und mit unseren Händen betastet haben: ich meine das Wort des Lebens, das verkünden wir euch".

Ich kann Christus nicht aufteilen in einen historischen und in einen mystagogischen. Der Sohn Mariens ist der Herr, der kyrios.

H. Brechmann,
Wiedenbrück

Rechtzeitige Enthüllung

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Farbbeutel gegen den Bundesadler im Plenarsaal des Bundeshauses am 18. 5. 1983 wirkten zwar nicht besonders appetitlich, sie könnten aber gerade noch rechtzeitig Enthüllung bedeuten.

Schlug doch bisher immer wieder eine unheilige Allianz von Polit – und Mediennarren durch, die die Krawallmacher vom 6. 5. 1980 in Bremen (Gelöbnis) in Friedensfreunde, die Brokdorf-Terroristen und Rheinauenbeschmutzer in Naturschützer und schließlich die Anti-Volkszählungs-Neurotiker in Verhinderer des Gläsernen Menschen frei nach Orwell hochstilisierten.

Die Dreckspatzen vom 18. 5. haben doch endlich dem letzten Fernsehzuschauer gezeigt, um was es dem harten Kern dieser ganzen Welle geht: unprovoziert und bar jeden hohen Zieles den verhaßten Staat als notwendige und legitime Klammer unserer Gemeinschaft zu verhöhnen und auszuhöhlen, und sei es unter Mißachtung der Pflichten, die der Gast in jeder gesitteten Gesellschaft hat.

Rechtzeitig, d. h. noch vor dem von Eppler umfunktionierten Kirchentag in Hannover und vor dem sogenannten „heißen Herbst" des Renegaten Bastian. Da mag der Normalbürger aus der „schweigenden Mehrheit" rasch noch einmal seinen Goethe zur Hand nehmen und gegen Ende bei „Hermann und Dorothea" nachlesen: „Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich."!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Leser
F. Milenz,
Hamburg 60

Wort des Tages

„In der Jugend sammelt man Bausteine für einen Tempel, aber gebaut wird schließlich eine Vorratskammer."

Henry David Thoreau, am. Schriftsteller (1817–1862)

Personalien

GEBURTSTAG

Seinen 75. Geburtstag feierte in Marburg Professor Dr. **Horst Böhme**, der Nestor der deutschen Pharmazie und langjährige frühere Direktor des Instituts für Pharmazeutische Chemie an der Uni Marburg. Bis zu seiner Emeritierung 1977 hat Professor Böhme mehr als 2000 deutsche Apotheker ausgebildet. 160 von ihnen haben unter seiner Betreuung den Doktortitel erworben. 18 seiner früheren Schüler sind heute bereits selbst Professoren in der Bundesrepublik. Professor Böhme ist einer der Initiatoren der neuen Approbationzurkunden für Apotheker. Ihm zu verdanken ist außerdem, daß die Apotheker ihre wissenschaftliche Ausbildung auch weiterhin an den Universitäten erhalten. Die Freie Universität Berlin und die Technische Universität in Braunschweig haben Professor Böhme mit Ehrendoktorwürden versehen.

EHRUNGEN

Dr. **Bernhard Deermann**, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf, hat von Bundespräsident **Karl Carstens** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen bekommen. Dr. Deermann hat sich in der Vergangenheit besondere Verdienste um den systematischen Aufbau der Gewerbeförderungsanstalt zum größten handwerklichen Berufsbildungszentrum der Bundesrepublik erworben. Auf seine Initiative zurück geht auch die Einrichtung einer Sonderausbildungsstätte zur handwerklichen Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen, die inzwischen Modellcharakter besitzt. Auch der Ausbau der Partnerschaften djr Handwerkskammer Düsseldorf mit drei französischen Handwerkskammern in Tours, Chartres und Blois war sein besonderes Anliegen. Dr. Deermann ist Mitglied des Vorstandes der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Niederrhein, „Handwerksbau" und Aufsichtsrats der Düsseldorfer Volksbank.

Die Stiftung Schlesien wird beim Deutschlandtreffen der Schlesier am 16. Juni in Hannover des aus Schlesien stammenden Schriftstellers und ehemaligen Rundfunkintendanten **Friedrich Bischoff** gedenken. Mit einem „Friedrich-Bischoff-Abend" im Historischen Museum der Stadt wird einer der Pioniere des modernen Rundfunks gewürdigt. Bischoff, der 1896 in Neumarkt in Schlesien geboren wurde, war bis 1933 Intendant der Schlesischen Funkstunden in Breslau gewesen. Nach 1945 baute er den Südwestfunk in Baden-Baden auf, den er bis 1965 als Intendant leitete. 1976 starb Bischoff in der Nähe von Achern in Baden. Er war Träger vieler Auszeichnungen. So war ihm der Eichendorff-Literaturpreis verliehen worden. Er war Mitglied des „Wangener Kreises" und der Literarischen Gesellschaft „Der Osten".

Die Robert-Schumann-Medaille „Fraternité d'Armes" 1983 der Hamburger Stiftung F. V. S. wird am 12. Juni verliehen. Geehrt mit dieser Auszeichnung im Rahmen eines sommerlichen Treffens ehemaliger Soldaten beider Weltkriege aus Deutschland und Frankreich vor den Toren von Verdun werden Pfarrer i. R. **Hugo Brand** aus Hochstätten und **André Parmentier** aus Boulogne. Das Soldatentreffen findet bei der Kapelle von Fleury-devant-Douaumont statt, und zwar in Anwesenheit des Schirmherrn, des Präsidenten des französischen Senats **Alain Poher**. Die F. V. S.-Stiftung hat die Medaille 1976 zum ersten Mal zur Verfügung gestellt. Sie ist mit einem Ehrensold von 2000 DM verbunden und würdigt vorbildliches Wirken ehemaliger Frontkämpfer im sozialen Bereich. Heute ist sie auch Symbol „grenzüberschreitender Kameradschaft im Geiste europäischer Verbundenheit".

FUSSBALL / Abschiedsspiel mit rund 600 000 Mark Gewinn für Breitner

Morgens um zwei Uhr sang Udo Jürgens das Lied vom „ehrenwerten Paul . . ."

MARCUS BERG, **München**

Paul Breitner hat seinen Abschied genommen, in München wurde deshalb so etwas wie ein „Freibier-Paule" gefeiert. Der Abschied galt seinem Beruf, den er so definiert hat: Zu 85 Prozent sei er Geschäftsmann, zu 15 Prozent Fußballstar. In München wurde der Mann mit Wehmut begleitet, „der sich große Verantwortung aufgebürdet hat" (Kollege Karl-Heinz Rummenigge). Vielleicht muß es so sein, daß ein Abschiedsfest, das ein widersprüchlicher Mensch gibt, zwangsläufig auch Widersprüchliches beinhaltet.

Das über die dritten Fernsehprogramme bundesweit ausgestrahlte Abschiedsspiel für Paul Breitner war alles andere als ein rauschendes Fußballfest. Vielleicht konnte es gar nicht anders sein, hier ging es ja nicht um Beckenbauer, Overath oder Netzer, nicht um die volkstümlichen Identifikationsfiguren Seeler oder Sepp Maier. Es ging um Paul Breitner, um einen, der nie Gefühl oder ästhetischen Sinn bei seinen Zuschauern angesprochen hat, sondern eher Beispiel war für den Willen zur sportlichen Arbeit – jenseits der Brillanz und aller Rührseligkeiten. Geschäftsmann, 13 Jahre am Ball, nun auch noch weiter als Repräsentant einer Sportartikelfirma, vielleicht etwas öfter als Fernsehmoderator in Österreich, vielleicht dereinst Manager des FC Bayern (sein Freund Uli Hoeneß mag sich vorsehen) oder gar Präsident des Vereins.

Daß Ferdinand-Maximilian Breitner, blond, gerade zwei Jahre alt, den Anstoß zum Spiel machte, war etwas, was so etwas wie Herz zeigte. Aber Karl del'Haye, der Stürmer des FC Bayern München, erlitt einen Nasenbeinbruch, weil Karl-Heinz Förster aus Stuttgart, Vorstopper der Weltauswahl, seinen harten Schädel auch in diesem Spiel durchsetzen wollte. Das Ergebnis (3:2 für die Weltauswahl) ist unwichtig, Franz Beckenbauer schoß lachend ein Eigentor, zu einer Zeit, als die Show ihm offensichtlich zu torlos langweilig wurde. Paul Breitner verwandelte einen Elfmeter, so sicher wie viele in seiner Laufbahn – nur gab es vorher überhaupt kein Foul. Die Funktionäre des Deutschen Fußball-Bundes blieben sich auch beim Fest des Funktionärshassers Paul Breitner treu. Sie überreichten ein absurdes Geschenk in Form bierernster Regelauslegung: Weil Sepp Maier in Anzing noch zu einer Amateurmannschaft gehört, durfte er nicht in seiner alten Bundesligatruppe von Bayern München spielen, er wurde zum Torwart der Weltauswahl befördert.

Abschied mit Widersprüchen. Die Weltauswahl war eine deutsch-brasilianische Kombination mit österreichischer (Schachner, Pezzey) und argentinischer (Kempes) Beteiligung. Bernd Schuster und Diego Maradona mußten in Barcelona Manager Uli Hoeneß mit dem eigens gecharterten Jet warten lassen. Sie erhielten vom Verein Spielverbot, worauf Schuster (ich will nicht „breitnern", das war einmal) in einem offenen Brief bekundete, es täte ihm in der Seele weh. So war der Brasilianer Zico der Star, für 2,5 Millionen Mark versichert und mit einer Gage von angeblich 10 000 Dollar.



Anstoß für Papis Abschiedsspiel: Ferdinand-Maximilian Breitner FOTO: DPA

Was für den Geschäftsmann Breitner zu verschmerzen ist. 78 000 Zuschauer zahlten rund 1,5 Millionen Mark in die Kasse, 100 000 Mark gab das Fernsehen. Nach Abzug von etwa 45 Prozent Kosten und davon 25 Prozent Anteil für den FC Bayern bleiben Breitner etwa 600 000 Mark Fest-Einnahme. Wobei noch nicht so richtig klar ist, ob Udo Jürgens ab zwei Uhr früh im Salon „Cherubin" des Hotels „Vier Jahreszeiten" als Freund oder doch gegen Gage sang.

Einen Extratext hatte Udo Jürgens auch mitgebracht, zu singen auf die Melodie seines Schlagers vom „ehrenwerten Haus". Kostprobe: „Er sagte nicht zu allem ja / Er war kein Paulus aus der Bibel / Und auch gewiß kein Saul / kein anderer zeigte so viel Mut / Wie unser ehrenwerter Paul" Nun denn.

Breitner verabschiedete sich von den Geladenen mit einer Lesung aus fiktiven Tagebüchern (das scheint modern zu werden). Kostprobe: Am Abend nach dem Skandalspiel gegen Österreich in Spanien habe er mit Jupp Derwall gepokert, 18 000 Mark gewonnen, doch der Bundestrainer, was ihn verwundert habe, wollte die Summe in Schillingen bezahlen. Verkrampfter Scherz.

Breitner, ein Facharbeiter von hoher Qualität, kein Künstler, hat sich verabschiedet. „Ich war der Anti-Typ, ein Buhmann. Ich habe darin eine Rolle gesehen und sie ausgekostet", sagt er. Er war, kein Zweifel, in seiner Arbeit auch einer der ehrlichsten Profis, die die Bundesliga hervorgebracht hat. Servus.

NACHRICHTEN

Flüchtlinge aufgestiegen

Paderborn (dpa) – Die ehemalige afghanische Fußball-Nationalmannschaft, die seit ihrer Flucht vor drei Jahren beim 1. FC Paderborn als dritte Mannschaft spielt, wurde Meister in der Kreisliga B und stieg damit in die Kreisliga A auf.

Hoffmann Frauen-Trainer

Dortmund (sid) – Ekke Hoffmann wird neuer Handball-Bundestrainer der Frauen. Der Frauen-Trainer des Bundesligaklubs VfL Sindelfingen wird damit ab der nächsten Saison Nachfolger von Gerd Tschochohei, der nach dem neunten Platz bei der Weltmeisterschaft 1982 seinen Rücktritt angeboten hatte.

Zander im Krankenhaus

Caen (dpa) – Die deutsche Basketball-Nationalmannschaft muß bei der Europameisterschaft in den Spielen um Platz fünf auf Klaus Zander (Köln) verzichten. Mit einem durchbrochenen Magengeschwür liegt Zander in Caen (Frankreich) auf der Intensivstation des Krankenhauses.

Rosala Etappensieger

Vicenza (sid) – Radprofi Paolo Rosala (Italien) kam durch seinen Erfolg auf dem 18. Teilstück des Giro d'Italia über 178 Kilometer von Sarnico nach Vicenza (4:32:54 Stunden) zu seinem dritten Etappensieg. In der Gesamtwertung führt weiterhin Giuseppe Saronni (Italien). Dietrich Thurau (Frankfurt) folgt mit einem Rückstand von 5:04 Minuten auf dem sechsten Rang.

Jugoslawe gesperrt

Nantes (dpa) – Wegen einer Massenschlägerei beim Vorrundenspiel der Basketball-Europameisterschaft zwischen Italien und Jugoslawien (91:76) wurde der Jugoslawe Grbovic ebenso wie der italienische Masseur für den Rest des Turniers gesperrt. Außerdem müssen nach dem Spruch der Disziplinarkommission des Internationalen Basketball-Verbandes (FIBA) der italienische Coach Gamba sowie die Spieler Bonamico (Italien) und Kicanovic (Jugoslawien) für ein Spiel pausieren.

Boxer erlag Verletzungen

Quito (sid) – Der 35 Jahre alte Boxprofi Jesus Romero (Ecuador) ist in Quito (Ecuador) seinen inneren Verletzungen erlegen, die er sich im Weltergewichts-Kampf gegen Victor Nilo (Chile) zugezogen hatte.

Kiel im Meister-Cup

Kiel (dpa) – Sollte der THW Kiel in der Handball-Bundesliga hinter dem Europapokalgewinner VfL Gummersbach den zweiten Platz belegen, dürften die Kieler neben den Gummersbachern im Europapokal der Landesmeister starten. Aufgrund des Europapokal-Reglements des Internationalen Handball-Verbandes (IHF) erhielten die Kieler vom Deutschen Handball-Bund eine verbindliche Zusage.

Tennis-Weltmeisterschaft

Paris (sid) – Ab 1985 wird es im Tennis eine Weltmeisterschaft für Damen und Herren geben. Austragungsort der ersten Titelkämpfe ist Boca West in Florida. Das Turnier steht unter der Obhut des Internationalen Rates (IPTC).

TENNIS

Ovationen für Noah

sid/dpa, **Paris**

Zwei Franzosen sorgen bei den Internationalen Tennismeisterschaften von Frankreich bei ihren Landsleuten für Begeisterung. Nachdem Christophe Roger-Vasselin den an Nummer eins gesetzten Amerikaner Jimmy Connors (6:4, 6:4, 7:6) im Viertelfinale aus dem Rennen geworfen hatte, ließ sein Landsmann Yannick Noah mit Ivan Lendl (CSSR) den zweiten Favoriten auf den Turniersieg vorzeitig stolpern.

Die 16 500 Zuschauer auf dem ausverkauften Centre Court brachten Noah nach seinem 7:6, 6:2, 5:7, 6:0 über Lendl eine „Standing Ovation" dar. Nach dem Sieg hämmerte der farbige Franzose mit dem Schäger auf seinen Hocker, als habe er ihm geholfen. In die Zuschauertribünen warf er Handküsse und gab jedem Besucher das Gefühl, daß nur er ihn ins Halbfinale getragen habe. Noah weiß Sport und Show zu verbinden. Schon bei seinem Sieg in Hamburg, bei den Internationalen Meisterschaften von Deutschland, hatte er das deutsche Publikum auf gleiche Weise erobert.

Mit seinem fünften Erfolg im elften Aufeinandertreffen mit Lendl sorgte Noah für ein rein französisches Halbfinale. In der Vorschlußrunde trifft er auf Roger-Vasselin. Die zweite große Überraschung folgte gestern nachmittag: Der Schwede Mats Wilander besiegte John McEnroe 1:6, 6:2, 6:4, 6:0.

Ein französischer Sieger kann allerdings schon vorzeitig gefeiert werden: Vor den Halbfinalspielen brachten 166 478 Besucher bereits 12,8 Millionen Franc (rund 4,5 Millionen Mark) in die Kassen, zwei Millionen mehr als im Vorjahr.

STAND ● PUNKT

Hübner und das Geld

Ein Kauz eben. Und nicht von dieser Welt. Ein Bett, ein Schrank, ein Stuhl, ein Tisch – das würde ihm allemal als Mobiliar genügen. Radio, Fernsehen, Telefon, Auto – mein Gott, was ist das schon. Geld, braucht man es wirklich? Über Robert Hübner, den Bärtigen vom Rhein, der auf 64 Schachfeldern Eigentümliches bewirkt, ist dieses immer wieder erzählt worden.

Als sich Hübner auf das Kandidatenturnier gegen den Sowjetrussen Wassili Smyslow vorbereitete, ging er den deutschen Verband um 60 000 Mark an. Das sei der Preis für ein ordentliches Vorbereitungsprogramm. Schon damals bemerkte es die Schach-Zunft eher verdutzt – Hübner und Geld?

In diesen Tagen geht es wieder ums Geld. Hübner steigt beim Schach-Bundesligaklub Hamburger SV aus. Sein Nachfolger wird der Londoner Großmeister John Nunn. Der Grund: Wegen mangelnder Sponsorengelder muß gespart werden, und der HSV kann Robert Hübner mit 2500 Mark brutto im Monat nur noch die Hälfte seiner bisherigen Bezüge anbieten.

Das ist freilich sehr wenig und erst recht für einen so renommierten Berufsspieler wie Hübner. So verhandelt der Mann, oder läßt verhandeln, mit dem deutschen Meister Bayern München und der SG Solingen 1868. Die Solinger werden von ihrem Mäzen Egon Evertz unterstützt, dem Besitzer einer Firma für Spezialschweißungen. Sie haben in der Schach-Bundesliga bisher stets den höchsten Etat: Rund 180 000 Mark. Den sowjetischen Ex-Weltmeister Boris Spasski ließen sie für 2500 Mark Gage pro Partie extra aus Paris einfliegen. Da würde auch Hübner sein Auskommen haben, standesgemäß.

K. Bl.

GALOPP

Wertvolle Familien-Idee

K. GÖNTZSCHE, **Gelsenkirchen**

Hochdotierte Kurzstrecken-Rennen sind im deutschen Galopp-Rennsport selten. Heute wird eine der wenigen wertvollen Prüfungen dieser Art in Gelsenkirchen-Horst gestartet: Der Ostermann-Pokal (Europa-Gruppe III, 80 000 Mark, 40 000 Mark dem Sieger, 1200 m). Es ist das zweite Mal, daß der Ostermann-Pokal in dieser Form ausgetragen wird. Jahrelang fand er am Tag vor dem Aral-Pokal im August als Rennen für zweijährige Stuten statt.

Manfred Ostermann aus Witten wollte jedoch das von ihm und seiner Mutter Marianne gesponserte Rennen aus dem Schatten des Aral-Pokals hervorheben. Er kreierte deshalb eine Kurzstrecken-Prüfung für ältere Pferde in der Europa-Gruppenkategorie. Gründer des Rennens war sein Vater Fredi, der vor einigen Jahren bei einem Bade-Unfall in Fuerteventura ums Leben kam. Eigentlich wollte sich Ostermann damals im Dortmunder Rennverein engagieren, denn dort wurden auch die Ostermann-Pferde trainiert. Der damalige Geschäftsführer Heinz Weichhaus aus Witten war aber nicht bereit, das Werbeschild eines Ostermann-Möbelkonkurrenten gegen ein Ostermann-Plakat auszutauschen. So kam der Gelsenkirchener Rennverein zu einem für ihn inzwischen lebenswichtigen Sponsor, denn die Familie Ostermann sprang auch mit einer Bürgschaft ein, als es dem Verein vor drei Jahren so schlecht ging, daß er kurz vor der Pleite stand.

Zehn Pferde sind als Starter angegeben, darunter auch Deutschlands Kurzstrecken-As, der fünfjährige Hengst Mister Rock's, mit Jockey Peter Alafi. Der Hengst enttäuschte noch vor acht Tagen als Fünfter in der Badener Meile auf dem Morast von Iffezheim.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Französische Meisterschaften in Paris, Herren-Einzel, Viertelfinale: Noah (Frankreich) – Lendl (CSSR) 7:6, 6:2, 5:7, 6:0, Roger-Vasselin (Frankreich) – Connors (USA) 6:4, 6:4, 7:6. – Damen-Einzel, Viertelfinale: Evert-Lloyd (USA) – Mandlikova (CSSR) 4:6, 6:3, 6:2, Jaeger – Rush (beide USA) 6:2, 6:2. – Damen-Doppel, Viertelfinale: Durie/Hobbs (Großbritannien – Kohde/Pfaff 6:4, 6:1.

FUSSBALL

Britische Meisterschaft in Belfast: Nordirland – Wales 0:1 (0:0). Freundschaftsspiel: AGSV Bremen – Werder Bremen 1:15 (0:8).

MOTORSPORT

Akropolis-Rallye in Griechenland, sechster Lauf zur Fahrer-Weltmeisterschaft, Zwischenstand nach zwei von drei Etappen: 1. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden) Audi Quattro 7:57:03 Std., 2. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland) Lancia Rally 8:02:30, 3. Alen/Kivimäki (Finnland) Lancia Rally 8:03:06, 4. Toivonen/Gallagher (Finnland/England) Opel Manta 8:13:21, 5. Vatanen/Harryman (Finnland/England) Opel Manta 8:14:44, 6. Blomqvist/Cederberg (Schweden) Audi Quattro 8:16:07.

Schläger, Legende, Boxgeschichte: Dempsey ist tot

sid/dpa, **New York**

„Ich blickte den am Boden liegenden Willard an. Sein Gesicht zerschlagen, seine Backenknochen zertrümmert, sein Kopf herunterhängend, ohne Kraft. Ich war erschrocken, daß ein Mensch so etwas anrichten konnte. Denn dieser Mensch war ich. Siebenmal hatte ich ihn in der ersten Runde schon am Boden."

Jack Dempsey, der diese Szene seines ersten Schwergewichts-Weltmeisterschaftskampfes am 4. Juli 1919 in Toledo so beschrieb, hat dennoch die brutale Prügelei gegen Jesse Willard fast ein Leben lang heroisiert. In seinem New Yorker Restaurant saß Dempsey stets vor einem überdimensionalen Wandgemälde, das den nur 78 Kilogramm schweren Dempsey im Kampf gegen den über zwei Zentner schweren Jesse Willard zeigte.

Sie nannten ihn „Killer", sie fürchteten seine „Zementfäuste", und die Zeitungen in den zwanziger Jahren berichteten – gemäß seinem Heimatort – vom „Schläger aus Manassa". 1923, bei der Titelverteidigung gegen den Argentinier Luis Firpo, artete der Kampf fast in ein Desaster aus. Dempsey schickte seinen Herausforderer in der ersten Runde nicht weniger als siebenmal zu Boden. Firpo rappelte sich aber immer wieder auf und schlug Dempsey dann sogar durch die Seile. Nur mit Hilfe von Sportreportern auf den Ringplätzen gelang es Dempsey, ohne ausgezählt zu werden in den Ring zurückzuklettern.

„Der größte Schwergewichtler aller Zeiten" (so 1969 das amerikanische „Ring"-Magazin) schlug sich kurz nach der Jahrhundertwende als Landstreicher durchs Leben. Daheim, bei seinen neun Geschwistern in Manassa (Colorado), reichten die Pennies nicht für jeden. Güterwagen und die Hinterzimmer drittklassiger Saloons waren sein Zuhause. Mit 19 Jahren hatte es ihn nach San Francisco verschlagen, wo er in einer Hafenkneipe seinen späteren Sekundanten Jack Kearns beschützte. Drei angetrunkene Matrosen rempelten Kearns an, auf dessen Geldbeutel sie es offensichtlich abgesehen hatten. Jack Dempsey, oder besser William Harrison, wie er damals noch hieß, mischte sich ein – und binnen Sekunden lagen alle drei Matrosen vor der Tür. Kearns war von William Harrison so begeistert, daß er ihm auf der Stelle einen Vertrag als Preisboxer anbot.

Zehn Millionen Dollar soll Dempsey während seiner Laufbahn verdient haben. In 80 Kämpfen, von denen er 60 gewann, 49 davon vorzeitig. In sieben Kämpfen wurde er geschlagen, 13 endeten unentschieden.

1923 heiratete Dempsey die Hollywood-Schönheit Estelle Taylor und ging auf Schaukampf-Tournee in alle Welt. Drei Jahre lang dauerte es, ehe Dempsey endlich seinen Titel verteidigte. Gene Tunney schaffte am 23. September 1926 die Sensation. 120 757 Zuschauer kamen – niemals wieder sahen so viele einen Boxkampf direkt – und erlebten Dempseys Niederlage für eine Gage von 717 000 Dollar.

Am 22. September 1927 kam dann das endgültige K. o. für Jack Dempsey, als er Tunney herausforderte. Auch dieser Kampf ging in die Boxgeschichte ein: In der siebten Runde hatte der damals als härtester Schläger bekannte Dempsey nach gut einem halben Dutzend Kinntreffern seinen Widersacher am Boden. Statt in die neutrale Ringecke zu gehen, kauerte Dempsey aber noch fünf Sekunden lang triumphierend über Tunney.

Dempsey erzählte über diesen Kampf: „Ich schwöre, daß Ringrichter Dave Barry bis 17 gezählt hat, und genau als er ‚aus' sagen wollte, stand Tunney wieder auf den Beinen. Und der war wie ein angeschlagener Löwe. Ich war schließlich froh, daß ich nur nach Punkten verlor."

Einen Monat vor Vollendung seines 88. Lebensjahres starb Jack Dempsey in seiner New Yorker Wohnung. Vor einem Jahr hatte er einen Herzschrittmacher erhalten. Muhammad Ali sagt über ihn: „Er war umstritten, und er hatte Persönlichkeit."

Parteirat läßt Haltung zu NATO-Beschluß offen

Aber Bahr sieht „Nein von Schmidt bis Lafontaine"

EVI KEIL, Bonn

Die SPD will sich zur Zeit nicht auf ein „Nein" zum NATO-Doppelbeschluß festlegen. Das ist das Ergebnis einer Sitzung ihres Parteirates, des höchsten Gremiums der SPD zwischen den Parteitagen, am Dienstag in Bonn. Darüber waren sich in der Sitzung SPD-Chef Willy Brandt, der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und Fraktionschef Hans-Jochen Vogel einig. Begründung: „Alle haben sich darauf verständigt, daß zu diesem Zeitpunkt keine Entscheidung anstehen soll, weil die INF-Verhandlungen in Genf noch laufen." Das sagte Karl Liedtke, der Parteiratsvorsitzende, gegenüber der WELT.

Die Spitzen der SPD vertraten folgende Auffassung: „Wenn wir jetzt schon zur Nachrüstung nein sagen, würden wir ja sagen, daß wir die Genfer Verhandlungen als gescheitert betrachten. Ein Nein heute wäre auch ein Nein zu einem Kompromiß, der in Genf möglich werden könnte."

Die „allgemeine Übereinstimmung" im Parteirat, vor dem Parteitag der SPD im November jede Festlegung zum NATO-Doppelbeschluß zu vermeiden, bezeichnete Liedtke „um so bemerkenswerter", als Bezirksparteitage der SPD, bezogen auf den heutigen Stand in Genf, bereits zum Teil ein „Nein" zur Nachrüstung artikuliert haben.

Die Haltung des Parteirates steht allerdings im Widerspruch zu Äußerungen des SPD-Sicherheitsexperten Egon Bahr im „Vorwärts". Dort schreibt Bahr: „Wenn die SPD am nächsten Wochenende über die Raketen zu entscheiden hätte, gäbe es ein Nein, von Schmidt bis Lafontaine, von Apel bis Eppler." Dazu sagte Liedtke, der schon am Sonntag gegenüber der WELT die Auffassung vertreten hat, daß es in seiner Partei keine ausreichende Mehrheit mehr für eine Nachrüstung gebe: „Wenn heute abgestimmt würde – unter dem Vorzeichen: Was ist in Genf los, nämlich wenig bis nichts –, dann würde die SPD einer Nachrüstung nicht zustimmen." Liedtke erklärte, für die SPD komme „eine automatische Nachrüstung" nicht in Frage, „wie ernst in Genf wirklich verhandelt wird", auch in der Bewertung, ob die USA in Genf wirklich nichts unterlassen, um zu einem Ergebnis zu kommen. Noch immer hoffe seine Partei, daß der – in Washington und in Moskau verworfene – Vorschlag des US-Unterhändlers Nitze in Genf, die Sowjetunion solle so viele SS 20 zurückziehen, daß man ein annäherndes Gleichgewicht in Europa feststellen und die NATO auf die Stationierung der Pershing 2 verzichten könne, realisiert werde. An eine „Null-Lösung" glaube heute auch in seiner Partei niemand mehr.

Die Sitzung des Parteirats hat jedoch wenig an der von prominenten Parteimitgliedern formulierten und speziell von Willy Brandt definierten Auffassung geändert, daß in der SPD niemand mehr an ein Ja zur Nachrüstung glaube. Über den Termin des SPD-Sonderparteitags will sich der Parteirat in seiner nächsten Sitzung am 3. und 4. Oktober einig werden.

SPD diskutiert über das Bündnis

■ Fortsetzung von Seite 1

werden soll, eine klare Position für die NATO-Mitgliedschaft festgelegt. Dieser Kommission gehört neben Ehmke und Bahr auch der frühere Verteidigungsminister Hans Apel an, um den sich die sogenannten „Atlantiker" in Fraktion und Partei sammeln, die Front gegen die Infragestellung der Bündnistreue durch die Gruppe um Lafontaine und Eppler machen wollen.

Im ersten Kapitel der „Handreichung" findet sich – vor der Erörterung der Raketenfrage – die klare Aussage: „Die Bundesrepublik findet Sicherheit nur in Gemeinsamkeit mit ihren Verbündeten." Solange die Konfrontation der Blöcke nicht durch eine europäische Friedensordnung ersetzt werde, „müssen wir fest im Atlantischen Bündnis verankert bleiben". Sorge macht einigen „Atlantikern" allerdings, daß dieser Passus praktisch als Präambel vor dem – wie auch immer umschriebenen – Nein zur eventuell notwendigen Nachrüstung steht. Sollte auch auf dem Parteitag im November ein entsprechender Leitantrag vorgelegt werden, so *könnte dieses* verbale Vorab-Bekenntnis zum Bündnis auch jenen Delegierten ein Votum gegen die konkrete Nachrüstung erleichtern, die im Grunde von deren Notwendigkeit überzeugt seien, hieß es. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel warnt seit einiger Zeit – so erst in dieser Woche im Parteirat – davor, die Frage nach dem Nordatlantischen Bündnis überhaupt auf dem Sonderparteitag zu stellen. Dies könne auch die gegenteilige der eigentlich erhofften Wirkung haben.

Sicherheitspolitik ist Sache der Regierung

WELT-Interview mit dem Völkerrechtler Blumenwitz: NATO-Nachrüstung bedarf keiner „Gesetzesgrundlage"

DW. Bonn

Der Würzburger Völkerrechtler Professor Dieter Blumenwitz hat in einem WELT-Gespräch die „Prärogative der Bundesregierung" betont, über die Fragen der internationalen Sicherheit zu entscheiden. Diese müßten nicht durch Gesetze geregelt werden, und das Bundesverfassungsgericht könne die Sicherheitskonzepte der Bundesregierung nicht durch „eigene Strategien" ersetzen. Die Fragen stellte Herbert Kremp.

WELT: Herr Professor Blumenwitz, der Richter am Bundesgerichtshof Dr. Heinz Recken erklärte in einem Rundfunkinterview, daß es für die Nachrüstung mit amerikanischen Raketen keinerlei gesetzliche Legitimation gebe. Recken bezeichnete die Nachrüstung als „Gefährdung unseres Volkes". Aus Artikel 2 des Grundgesetzes über das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ergebe sich, daß eine „akute Lebensgefahr für Menschen" nicht ohne gesetzliche Billigung vorgenommen werden könne. Teilen Sie diese Rechtsauffassung?

Blumenwitz: Zunächst muß ganz klar herausgestellt werden, daß die Prämissen, auf denen die rechtliche Argumentation von Bundesrichter Heinz Recken aufbaut, durch nichts erwiesene Unterstellungen sind. Es gehört zum Wesen staatlicher Integration, daß nicht jeder X-Beliebige berufen ist, über Grundfragen der staatlichen Gemeinschaft und die ihnen zugrunde liegenden Güterabwägungen verbindlich zu entscheiden. Die Frage, ob die Pershing-2-Rakete eine Ersteinsatzwaffe ist, und ob die Sowjetunion zu einem – völkerrechtswidrigen – Präventivschlag provoziert werden könnte, mithin also für das gesamte Staatsvolk akute Lebensgefahr besteht, kann nur von den zuständigen Verfassungsorganen entschieden werden.

Die Entscheidung über internationale Sicherheit ist eine Prärogative der Bundesregierung. Die gesetzgebenden Körperschaften wirken nach Artikel 59 Absatz II Grundgesetz nur ausnahmsweise mit, wenn zwischenstaatliche Abmachungen Gesetzesinhalt haben oder in der Form eines politischen Vertrags erscheinen. Beides ist beim sogenannten Nachrüstungsbeschluß unbestritten nicht der Fall.

Die zuständigen Organe in der Bundesrepublik teilen die Auffassung von Bundesrichter Heinz Recken nicht. Im Gegenteil, sie sehen in der Nachrüstung ein probates Mittel, um der sowjetischen Hochrüstung zu begegnen und um damit das friedenssichernde Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Das Bundesverfassungsgericht muß in sicherheitspolitischen Fragen richterliche Zurückhaltung üben und ist nicht in der Lage, die Sicherheitskonzepte der Bundesregierung durch eigene Strategien zu ersetzen.

Aber auch wenn – was die Bundesregierung weiterhin nachdrücklich bestreitet – durch die westliche Sicherheitspolitik Leben in der Bundesrepublik Deutschland gefährdet werden sollte, würde dies im Hinblick auf Artikel 2 Absatz II Grundgesetz noch keine Gesetzesgrundlage erfordern. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in seiner Entscheidung vom 8. August 1978 zum sogenannten „Schnellen Brüter" ausdrücklich entschieden, daß aus dem Grundsatz der parlamentarischen Demokratie nicht ein Vorrang des Parlaments und seiner Entscheidungen gegenüber den anderen Gewalten als ein alle konkreten *Kompetenzordnungen* überspielender Auslegungsgrundsatz hergeleitet werden könnte.

Weiter: Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat im Fall von Hanns-Martin Schleyer, als es um die verfassungsgerichtliche Kontrolle bei der Bekämpfung *einer tatsächlichen* lebensbedrohenden terroristischen Erpressung ging, entschieden, daß die staatlichen Organe in eigener Verantwortung darüber zu entscheiden haben, wie sie ihre Verpflichtung zu einem effektiven Schutz des Lebens erfüllen.

WELT: Angesichts der „akuten Gefahr", die durch eine Nachrüstung entstehe, sei, wie Bundesrichter Recken sagt, eine Volksbefragung im entscheidenden Moment der Stationierung „nicht illegitim", selbst wenn sie im Grundgesetz nicht vorgesehen sei. Man könne sich dabei *nicht auf die Bundestagswahl* berufen, da diese weitgehend über andere Dinge gegangen sei.

Blumenwitz: Eine Volksbefragung gegen die im Grundgesetz vorgezeichneten Kompetenzregelungen ist verfassungswidrig. Schon im Urteil vom 30. Juli 1958 – im Verfahren gegen das Hamburger Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen – hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, daß „das Tätigwerden des Volkes als Staatsorgan – gleichgültig, in welcher Form und mit welcher Wirkung es geschieht – im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat durch Kompetenznormen verfassungsrechtlich begrenzt" ist.

WELT: Bundesrichter Recken schloß in diesem Zusammenhang nicht aus, daß dem Bürger „eines Tages auch das Recht auf Notwehr und Notstandsbestimmungen zusteht". Ist es verfassungsrechtlich möglich, im Zusammenhang mit der Nachrüstung das oft zitierte „Widerstandsrecht" heranzuziehen?

Blumenwitz: Die Berufung auf das Widerstandsrecht (Artikel 20 Absatz IV Grundgesetz) hat zwei Voraussetzungen: Andere Abhilfe darf nicht möglich sein, und die Handlungen müssen gegen die verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik gerichtet sein. Zur Grundordnung des Grundgesetzes gehören in erster Linie auch die Verteilung staatlicher Kompetenzen und die verfassungsmäßig vorgezeichneten Entscheidungsverfahren. Auch das Widerstandsrecht macht den Bürger nicht zum Richter *in eigener politischer* Sache.

Windelen contra Schmude

WELT-Gespräch mit Minister für Innerdeutsches

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat klargestellt, daß für die Bundesregierung die einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit kein Diskussionthema gegenüber der „DDR" sein kann. Windelen sagte gestern in einem WELT-Gespräch, „die Frage einer deutschen Staatsbürgerschaft steht für uns nicht zur Disposition. Das weiß die andere Seite."

Dies sei auch im Grundlagenvertrag ausdrücklich niedergelegt worden. Hier biete das Grundgesetz wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts „keinen Spielraum, selbst wenn wir eine andere Regelung wollten". Windelen bekräftigte aber zugleich, „die Bundesregierung hat auch gar nicht die Absicht, hier eine andere Position einzunehmen".

Damit reagierte er auf den Vorschlag des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Schmude, Bonn solle „unvoreingenommen" bisherige Positionen im Verhältnis zur „DDR" überprüfen. In diesem Zusammenhang hatte Schmude die Staatsbürgerschaft, die Elbe-Grenze und die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter als Themen genannt.

Windelen sagte, in der Frage der Staatsbürgerschaft halte Bonn an der bisherigen Linie fest. Im übrigen sei unstrittig, daß die Bundesregierung „niemandem die deutsche Staatsbürgerschaft aufzwingen will". Deshalb brauche es hierüber im praktischen Verkehr auch keine *Probleme zu geben.*

In der Frage der Zentralen Erfassungsstelle verwies Windelen darauf, daß es sich hier um eine Einrichtung der Länder handele. Der Bund leiste lediglich einen Finanzierungszuschuß. „Uns beschwert es natürlich sehr, daß es Vorgänge gibt, bei denen eine Registrierung von Rechtsverletzungen notwendig erscheint", sagte Windelen mit Blick auf die Verhältnisse an Mauer und Stacheldraht.

Beim Grenzverlauf an der Elbe, den Schmude ebenfalls angesprochen hatte, habe die Bundesregierung nicht die Absicht, einen „konstitutiven Akt zu setzen". Sie könne nur feststellen, „was ist", was die damaligen Siegermächte vereinbart hätten. Windelen: „Ich sehe hier gar keinen Anlaß, daß wir von einer Position, die wir bisher vertreten haben, abweichen." Praktische Folgen dürfte dies ohnehin nicht haben, denn es gebe *eine Verständigung über den Verkehrsablauf* und deshalb auch keine Schwierigkeiten. Bonn werde alles tun, damit dieser reibungslose Zustand an der Elbe beibehalten bleibe. Unabhängig davon werde überprüft, was die damaligen Siegermächte hinsichtlich des genauen Grenzverlaufs vereinbart hätten.

Gegendarstellung

Unter der Überschrift „Nannens Entmachtung hat schon begonnen" berichtet die WELT am 20. 5. 83 von einem Kompromiß zwischen Verlag und Redaktion des „Stern". Wörtlich heißt es darin:

„Die Vereinbarung läuft auf eine Teilent*machtung* Henri Nannens hinaus, denn wie ausdrücklich festgelegt wurde, erhält das Herausgeber-Gremium keinerlei redaktionelle Weisungsbefugnis."

Die hierin enthaltene Schlußfolgerung ist falsch.

Richtig ist, daß ich bereits am 1. 1. 1980, als ich die Chefredaktion übergab und Herausgeber wurde, bewußt und freiwillig auf die Personalhoheit in der Redaktion und auf Weisungsbefugnis gegenüber der Redaktion verzichtet habe.

Hamburg, 24. 5. 1983
gez. Henri Nannen
Herausgeber des STERN

*

Die WELT ist nach dem Landespressegesetz von Nordrhein-Westfalen zum Abdruck dieser Gegendarstellung verpflichtet, unabhängig davon, ob der Inhalt wahr oder unwahr ist. Tatsache ist, daß

1. Henri Nannen nach der Vereinbarung zwischen dem Verlag Gruner + Jahr und dem Redaktionsbeirat des „Stern" wie seine Mitherausgeber keinerlei Weisungsrecht gegenüber der Redaktion hat,

2. Henri Nannen seit dem Rücktritt von Peter Koch und Felix Schmidt bis zum Abschluß dieser Vereinbarung ein solches Weisungsrecht hatte (siehe „Stern" Nr. 22, S. 20 *und* 22).

Kritik oder Anstoß zur Nötigung?

Justiz-Staatssekretär Klein weist Aussagen von Bundesrichter Recken zurück

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Bundesjustizministerium hat Aussagen des Bundesrichters Heinz Recken zur demokratischen Legitimation der NATO-Nachrüstung und dessen Definition des Begriffs vom „gewaltlosen Widerstand" entschieden widersprochen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Professor Hans Hugo Klein (CDU), warf gestern in einem WELT-Gespräch die Frage auf, ob sich der Richter am Bundesgerichtshof „mit seinen Äußerungen im Rahmen des geltenden Rechts *gehalten hat*".

Der Paragraph 39 des deutschen Richtergesetzes besage, erinnerte Klein, daß der Richter sich innerhalb und außerhalb seines Amtes auch bei politischer Betätigung so zu verhalten habe, „daß das Vertrauen in seine Unabhängigkeit nicht gefährdet wird". Unter diesem Aspekt sei es „schon bemerkenswert, mit welcher Deutlichkeit Recken die fragwürdige Behauptung aufstellt, bei der Nachrüstung gehe es um die Frage, ob wir weiterleben dürfen. Wohlgemerkt bei der westlichen Nachrüstung, nicht etwa bei der sowjetischen *Vorrüstung*".

Der Richter am Bundesgerichtshof, so sagte Klein, „äußert sich in einer Weise, die mindestens indirekt den Eindruck aufkommen läßt, daß da vielleicht doch gedacht sei an eine Aufforderung zum Verstoß gegen den Straftatbestand der Nötigung, wie er von *dem Gericht, bei dem er tätig ist,* ja nun seit Jahren ausgelegt wird". Natürlich habe ein Richter das Recht, Kritik an der Rechtsprechung zu üben, „aber er müßte gleichzeitig darauf hinweisen, daß das Recht Anerkennung fordert so wie es gilt".

Recken erwecke den Eindruck, die Nachrüstung werfe unmittelbar die Frage nach Leben und Tod auf. In diesem Zusammenhang falle seine Aussage über das Widerstandsrecht. „Und da hätte man von einem Richter erwarten dürfen, daß er die Grenzen des Widerstandsrechts in einem demokrati*schen Rechtsstaat mindestens klar* erläutert, wie sie klar aus der Verfassung ersichtlich sind."

Zu der von Recken aufgeworfenen Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde gegen die Nachrüstung sagte Klein, selbst wenn sie, was er bezweifle, zulässig wäre, sei sie unbegründet. Eine Verfassungsbeschwerde sei nur zulässig „bei gegenwärtiger und unmittelbarer Verletzung oder Gefährdung von Grundrechten. Und wo die Nachrüstung des Westens unmittelbar das Grundrecht auf das Leben der Bürger der Bundesrepublik Deutschland gefährden kann, ist mir schlechterdings uneinsichtig".

Unabhängig davon habe Recken die These aufgestellt, für die Nachrüstung sei eine gesetzliche Grundlage notwendig. Dabei gehe aber bei Recken „unter", wie Klein formulierte, daß „die Exekutive eine verfassungsunmittelbare demokratische *Legitimation* hat. *Es ist* nicht etwa nur das Parlament demokratisch legitimiert, sondern auch die Regierung".

Im übrigen geschehe das Ganze nicht ohne Rechtsgrundlagen, die die Billigung des Parlaments erfahren hätten. Die Stationierung der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland beruhe auf dem Deutschland- und auf dem Aufenthaltsvertrag. Die Frage, welche Waffen die amerikanischen Streitkräfte im einzelnen hier lagern dürften, sei in den Verträgen freilich nicht geregelt. „In der Praxis wird vor der Lagerung von *nichtkonventionellen Waffen die* Zustimmung der Bundesregierung eingeholt und das soll auch in diesem Fall geschehen."

Verfassungsrechtlich stelle sich vor diesem Hintergrund die Kernfrage, ob die Lagerung von Atomwaffen, die in der Verfügungsgewalt der Amerikaner bleiben, einer darüber hinausgehenden gesetzlichen Grundlage bedürften. „Wenn man das annehmen wollte, dann würde das dazu führen, daß viele militärische Entscheidungen jeweils durch Gesetz getroffen werden. Das ist aus praktischen Gründen kaum durchführbar und rein theoretisch nicht begründet, weil es eine Grundentscheidung des Grundgesetzes für militärische Verteidigung gibt und weil das Gebot des Schutzes von Leben und Gesundheit für alle Staatsorgane gilt, natürlich auch für die Bundeswehr und diejenigen, die über ihren Einsatz entscheiden."

Seite 2: Herbst-Manöver

Bonn: Es bleibt bei der Pershing 2

● Fortsetzung von Seite 1

vorgesehen sind. Parallel dazu werden dann in Italien und Großbritannien Marschflugkörper aufgestellt werden.

Wörner unterstrich in Brüssel abermals, was Weinberger am Vortage in Bonn erläuterte hatte, der Doppelbeschluß und seine Verwirklichung erlaube bei einem erfolgreichen Verlauf der Genfer Verhandlungen auch nach Beginn der westlichen Stationierung auch wieder deren Rücknahme. Die in Brüssel vertretenen Verteidigungsminister hätten gemeinsam den Doppelbeschluß in der Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses bekräftigt.

*

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern im Kabinett bekräftigt, daß die amerikanischen Raketen vom Typ Pershing 2 in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden, wenn bei den Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf „kein befriedigendes Ergebnis" erzielt werden kann. Regierungssprecher Boenisch bezeichnete anderslautende Meldungen als „aus der Luft gegriffen". Die Interpretation, der Westen wolle auf die Pershing 2 verzichten, sei „falsch". Boenisch: „Hier wollen andere, daß wir tun, was sie tun *möchten.*"

Unesco-Studie zum Verhalten der TV-Zuschauer

Hauptsache unterhaltsam

Von dem rechteckigen Ungeheuer im Wohnzimmer heißt es oft, es sei schädlich, weil es uns alle auf ein bedauerlich niedriges Niveau herabziehe. Jetzt hat die Unesco eine Untersuchung vorgelegt, aus der hervorgeht, daß das Fernsehen nicht so sehr der größte Gleichmacher neben dem Tode ist als vielmehr ein Maßstab dafür, wie gleich wir im Grunde alle sind.

Die von sieben Forschungsteams in Kanada, Japan und fünf europäischen Ländern gesammelten Daten zeigen, daß die Zuschauer in den sieben Ländern dazu neigen, bei freier Wahlmöglichkeit sich ziemlich das gleiche anzusehen. Was sie zu sehen wünschten, braucht niemanden zu überraschen: mit „Unterhaltung auf fiktionaler Basis", wie die Forscher es nannten, verbrachten die Leute vor dem Fernseher etwa die Hälfte der Zeit.

Die Zahlen werden in „Drei Wochen Fernsehen" genannt, einer Untersuchung, die die französische Unesco-Kommission durchgeführt hat. Sie zeigen, daß in den drei in Frage kommenden Wochen im Jahre 1979 die Zuschauerzahlen für „Unterhaltung auf fiktionaler Basis" in Belgien und Frankreich bei 48 Prozent lagen, bei über 50 Prozent in Kanada und Ungarn und bei mehr als 44 Prozent in Bulgarien und Japan. Selbst in Italien, wo die Einschaltquote nur 36,3 Prozent betrug, waren sie höher als für jede andere Kategorie von Fernsehprogramm.

Wenn Italiener weniger als andere unterhalten werden wollen, so ist ihr Appetit auf Information um so größer: die Zuschauerzahlen für Nachrichtensendungen und andere Informationsprogramme liegen bei annähernd 36 Prozent – ein gutes Stück vor den nächstgrößten Nachrichtenkonsumenten, den Bulgaren, bei denen der entsprechende Prozentsatz etwa 30 Prozent beträgt. Dies ist viel höher als der Durchschnitt von etwa 21 Prozent und fast doppelt so hoch wie das japanische Nachrichtenpublikum, das 18,8 Prozent umfaßt.

Genau diese Zahlenvergleiche sind es, die die Untersuchung wertvoll machen. Von gelegentlichen Ausnahmen, wie dem eben erwähnten italienischen Fall einmal abgesehen, zeigt dies, um die Studie zu zitieren, „daß die Nachfrage von Land zu Land weniger verschieden ist als das Angebot. Trotz der Vielfalt der Programmstrukturen und -pläne ist die Reaktion praktisch identisch". Dieses Ergebnis ist eine nützliche Information für all diejenigen, deren Aufgabe es ist, die Fernsehprogramme im voraus zu planen, und eine wichtige – wenn auch deprimierende – Nachricht für Kulturminister und ähnliche Persönlichkeiten, die hoffen, daß das Fernsehen die Ausbreitung der Kultur unter der Bevölkerung fördert. Die Nachfrage nach Kultur liegt bei etwa fünf Prozent, und die Untersuchung stellt fest, daß sie, ebenso wie Information und Bildung, überall nicht ausgeschöpft wird, um so mehr als ein Überangebot besteht.

Da der gesamte Inhalt der Fernsehprogramme, von Ringkämpfen bis zum Wetterbericht, notwendigerweise Bestandteil der Kultur ist, ist eine Definition erforderlich, und die im einzelnen verwendeten Kategorien zeigen, daß die Forscher an die sogenannte „hohe Kultur" dachten. Dazu zählen Schauspiele, Literatur und Poesie, klassische Musik, Ballett und Oper sowie Sendungen über Geisteswissenschaften, Geschichte, Naturwissenschaften, Technologie und die bildenden Künste. Filme und Schauspiele fallen jedoch auch in die Kategorie Unterhaltung; die Grenzen der Kultur lassen sich also offensichtlich nicht starr festlegen.

Das Wort „Kultur" jedoch scheint die meisten Leute nach dem Schalter greifen zu lassen, um einen anderen Kanal an ihrem Fernsehgerät einzustellen. Es sieht so aus, als ob die Menge der zur Verfügung stehenden Programme daran nichts ändert.

(Wird fortgesetzt).

ANTHONY BROCK

KRITIK

Ein Sänger wird durchleuchtet

Bei Werner Höfer, Joachim Fuchsbergers erstem Gast, seit „Heut' abend" (ARD) auch nicht-bayerische Zuschauer beglückt, hatte „Blacky" die Nazizeit souverän übersprungen. War besagter Frühschöppner schließlich nichts anderes gewesen im abgekürzten tausendjährigen Reich als ein journalistischer Trommler zur höheren Ehre eines verhinderten Tagebuch-Autors.

Aber was bei Höfer fehlte, hat der sanfte Plauderer mit dem konstanten Lächeln und dem unaufhörlichen Handspiel mit der Brille nun nachgeholt – bei Udo Jürgens ausgerechnet, der in jenen deutschtrunkenen Jahren knappe zehn Lenze gezählt hatte. Doch über das Hochgefühl, als Pimpf ein braunes Hemd zu tragen, geschützt vor Lehrerwillkür, ließ sich auch von Udo einiges erzählen.

Immerhin hat Blacky diesmal ein rundes Udo-Selbstporträt erwachsen lassen, mit viel Persönlichem und mit wohl angebrachten Stoppschildern vor den Eingängen zum ganz Intimen. Da saß ein ernsthafter Mann, dem der Zuschauer das mitgeteilte Ethos gerne abnahm. Aufhören, sagt der Sänger, solle ein Künstler nicht im Blick auf ein bestimmtes Alter, sondern dann, wenn er merkt, daß er zur Karikatur seiner selbst geworden ist. Davon – mag uns jedenfalls nach diesem Talk scheinen – ist der Udo noch weit entfernt. Pardon: der Blacky natürlich auch.

HERMANN A. GRIESSER

Opas Ausflug in die Dorfdisco

Obwohl von Regisseur Frank Guthke beabsichtigt, war wohl kaum **Die Buddik** (ZDF), das alte Häuschen, in dem die „kleine Großfamilie" miteinander auskommen mußte, Konfliktpunkt der gleichnamigen Rentner-Geschichte, denn Großvater Matz, Schwiegersohn Otto, Tochter und Enkelin Annette lebten offensichtlich recht harmonisch zusammen.

Die Geschichte aus dem Saarland zeigt vielmehr durch die Brille eines sensiblen Beobachters, wie ein Rentier, in seiner Heimatstadt verwurzelt, vielfältige Möglichkeiten besitzt, seinen Lebensabend sinnvoll zu gestalten. Matz ist nicht auf organisierte Seniorenveranstaltungen angewiesen. Er tummelt sich in der Dorfdisco herum, stürzt sich mit einem geliehenen Auto wagemutig in den Großstadtverkehr und probt unermüdlich mit seinem Blasquartett für den Heimatabend. Den verpaßt er jedoch, weil er mit Elsje poussiert, was seiner Umwelt nicht paßt. Und genau hierin liegt die vermeintliche Tragik seines sonst so munteren Rentner-Daseins: Die Geborgenheit, in die ihn die Kleinstadt einerseits einbettet, wird ihm mit ihren kleinbürgerlichen Moralvorstellungen andererseits zum Verhängnis. Guthke ist es gelungen, durch treffsicheren Dialekt und anschauliche Milieubeschreibung die Atmosphäre des Kleinstadtlebens gekonnt einzufangen. Dabei half ihm ein Team von Schauspielern, an denen wir uns noch nicht satt gesehen haben.

HELGA MÜHLE

STUDIO

Die von der ARD ausgestrahlte US-Serie **Dallas** liegt in der Zuschauergunst vor der Konkurrenzserie **Denver-Clan** des ZDF. Bei einer Repräsentativ-Umfrage des Hamburger Sample-Instituts im Auftrag der Offenburger Illustrierten „Bunte" sagten 52 Prozent von 2000 Befragten im Alter von 14 bis 84 Jahren nach der Sendung der zweiten Denver-Folge, daß ihnen „Dallas" besser gefalle. 36 Prozent der Befragten entschieden sich für den „Denver-Clan", der seit dem 27. April im ZDF zu sehen ist. Zwölf Prozent hatten sich noch keine Meinung gebildet. Für 53 Prozent der Befragten ist die Serie „Dalls", deren 93. Folge erst wieder am 13. September ausgestrahlt wird, „lebensnäher".

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Gefährliches Spiel
12.10 Umschau
12.20 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.20 Die Suche nach der silbernen Glocke
Spannender Naturfilm aus Louisiana von Walt Disney
Spielfilm, 1971

14.50 Wer keine Arbeit hat, macht sich welche
Selbstporträt gegen Jugendarbeitslosigkeit
Reportage von Werner Biermann

15.35 Tagesschau

15.40 *Das Streitgespräch*
Sind die Männer noch zu retten?
Die eine, Karin Hempel-Soos, hat ihrem Buch den aggressiv-ironischen Titel „Für Männer verboten" gegeben, die andere plädiert für einen ganz anderen Weg: „Rettet uns den Mann!" heißt der Appell, den Margit Schönberger an die Frauen richtet. Die sehr verschiedenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen, die die Autorinnen aus ihren Erfahrungen im Umgang mit den Männern ableiten, stehen im Mittelpunkt des Streitgesprächs.

16.25 Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck
2. Ausbildung auf Festung Ziegenhain

17.10 Internat. Tennismeisterschaften von Frankreich
Halbfinale Damen-Einzel in Paris
Sprecher: Volker Kottkamp

17.35 Zu Fronleichnam

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn

20.18 Im Brennpunkt
Deutsche Protestanten

21.30 Bei Bio
Mit Alfred Biolek und Gästen

22.30 Tagesthemen

23.00 Johannes Brahms
Tragische Ouvertüre d-Moll op. 81/Konzert a-Moll für Violine, Violoncello und Orchester op. 102

24.00 Tagesschau

WELT ● Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

ZDF

13.20 Johannes Brahms
Sinfonie Nr. 4 e-Moll

14.05 heute

14.10 ZDF-regional
Braune Docken – blauer Qualm
3000 Jahre Bremer Tabakbörse

14.40 Die Zauberflöte
Zeichentrickfilm nach Mozart
Berliner Philharmoniker

15.30 Die tanzenden Derwische von Konya
Von der lykischen Küste zum *islamischen Zentrum Anatoliens*

16.00 heute

16.05 *Auferstehung*
Berühmter Film nach Tolstois Roman, 1958
Regie: Rolf Hansen

17.45 Der Bürgermeister
Ein tüchtiger Mann

18.10 Beschreibungen
Wittenberg:
Alltag in der Lutherstadt

19.00 heute

19.15 Das Brot
Bilder und Texte zu Fronleichnam

19.30 Komödianten
Szenen aus dem Lachkabinett des deutschen Films
Vorgestellt von Gustav Fröhlich
Mit Heinz Rühmann, Hans Moser, Curt Goetz, Lilian Harvey, Willy Fritsch, Paul Hörbiger, Hans Albers u. a.
Regie: Hans Borgelt

21.00 heute-journal

21.20 Peter Scholl-Latour berichtet:
Wenig Hoffnung für Nahost
1. Erbstreit im Hause Abraham
Die jüngsten Bombenanschläge auf die amerikanische Botschaft in Beirut haben bewiesen, daß die Orientkrise noch keineswegs ausgestanden ist. Der Scheinfrieden bleibt brüchig. Peter Scholl-Latour versucht in seinem zweiteiligen Film, die derzeitige Situation zu skizzieren und einige vorgefaßte Meinungen abzutragen.

22.05 Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
Rückkehr der Familie Arzik
Ein persönlicher Film über eine deutsch-türkische Freundschaft

23.05 Fragen an
Ein aktuelles Interview mit Otto Wiesheu (CSU-Generalsekretär)

23.25 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Mann mit den Röntgenaugen
Amerik. Spielfilm, 1963
21.30 Filmtip
21.45 Jeder wie jeder
22.15 Räuber und Helden des Volkes
Eric J. Hobsbawm und die Sozialbanditen
23.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Sport für Unsportliche
18.45 Follow me
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Der zerbrechliche Mann
Franz. Spielfilm, 1981
21.40 Kultur kontrovers
22.25 Beat-Club
23.10 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Im Tal des Todes (2)
Karl-May-Festspiele
19.15 Zug um Zug – Schach für jedermann (7)
19.30 Arbeitsmarkt
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
Die amerikanische Nacht
Französ.-italien. Spielfilm, 1972
22.05 Kulturkalender
22.35 Bücherreport
22.50 Vor vierzig Jahren
March of Time

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
19.00 Fernsehspiel des Auslands
20.45 Bilderbogen
21.00 Literaturmagazin
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Auf alemannisch
Roger Siffer, Chansonnier aus dem Elsaß
22.00 Zu Gast:
Spurensuche im Barock

BAYERN

18.15 Aerobic-Dance (8)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Der jüngste Tag
20.40 Das Prinzregententheater
20.15 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
21.45 Europa nebenan
22.30 Sportkritik
23.15 Rundschau

Verkehrte Fronten

J. G. – Schwer genug hat es der deutsche Stahlproduzentenverband, die Bundesregierung zu bewegen, über Verbales hinaus in der Europapolitik dafür zu sorgen, daß die Untätigkeitssünden ihrer Vorgängerin ausgemerzt und Nachteile des deutschen Stahlpotentials auf dem subventionsverseuchten Europamarkt korrigiert werden. Schwer genug auch tun sich die Vernünftigen in der Branche mit der Hoffnung, die unerläßliche Neustrukturierung heimischer Stahlproduktion, die nun auch hierzulande Subventions-Milliarden kostet, könne mit Bonner Machtwort gegenüber subventionsgierigen „Alleingängern" denn doch noch zu den notwendigen Unternehmensfusionen mit niedrigerem Subventionsbedarf führen.

Doch diese dicken Sorgen reichen offenbar noch nicht. In geradezu paradoxer Umkehr der Fronten ruft nun der Verband die Brüsseler EG-Kommission gegen die eigene Regierung zu Hilfe. Brüssel möge alle, notfalls bis zur „Kassensperre" von Gemeinschaftsmitteln für Deutsche (Bauern inbegriffen) reichenden Mittel einsetzen, um endlich ein Ziel zu erreichen: Der lästige Verbands-Außenseiter Klöckner soll die ihm von der Kommission wegen Produktionsquotenüberschreitung auferlegten hohen Bußgelder akzeptieren und künftig seine Produktionsquote respektieren.

Der Verband und seine (vorwiegend) „quotentreuen" Mitglieder meinen, ohne diesen Aplomb sei das EG-Quotensystem, für die Deutschen noch der einzige Schutz gegen den Subventionswahnsinn der EG-Nachbarn, nicht mehr zu halten. Bonn will den Quotensünder nicht bis zum Konkurs exekutieren. Hier wie dort sind auch bei Klöckner gute Gründe für diese paradoxe Eskalation. Klugheit auch beim Verband hätte sie vermeiden können.

Wartung

Wh. – Pflegeleichte Wäsche begeistert die Hausfrau, reparaturfreundliche Autos – bei denen solche Freundlichkeit sogar quantifiziert wird – erfreuen sich einer sogar in der Prämienhöhe honorierten Beliebtheit bei den Versicherern. Fertigungsanlagen – hier bricht die Reihe abrupt ab. Im Vordergrund der Bemühungen im Maschinenbau steht seit Jahren (und wohl immer noch zu Recht) ein möglichst „glatter" Produktionsablauf mit geringen Rüst- und minimalen Ausfallzeiten. Im Gegensatz zu den Ablauf-Daten sind zudem die durchaus „mitgelieferten" Instandhaltungserleichterungen kaum betriebswirtschaftlich bewertet worden. Diese Lücke will das Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft jetzt mit einem Forschungsprogramm schließen, das zunächst Bewertungsmaßstäbe erarbeiten soll, die Produktionsanlagen vergleichbar machen. Den Maschinenbauern könnte dieser Ansatz möglicherweise leichtes Magengrimmen verursachen. Sollte er aber nicht: Für sie fällt ein ganzes Bündel neuer Verkaufsargumente an.

UMWELTSCHUTZ / Ein Symposium der Deutschen Shell in Bonn

Experten geben schlechte Zensuren für das Immissionsschutzgesetz

HEINZ HECK, Bonn

„In keinem Land der Europäischen Gemeinschaft ist das öffentliche Bewußtsein über die Bedeutung des Umweltschutzes so gestiegen wie in der Bundesrepublik", erklärte Hans-Georg Pohl, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Shell AG, auf einem Umwelt-Symposium seiner Gesellschaft in Bonn. Erstmals berichteten Wissenschaftler über amerikanische Erfahrungen mit marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten im Umweltschutz.

Die Vermeidung einer nicht mehr umkehrbaren Umweltschädigung steht nach Meinung Pohls heute als unternehmerische Aufgabe gleichrangig neben Wirtschaftswachstum, Strukturanpassung und Beschäftigung. „Wirksamer Umweltschutz kann in der Bundesrepublik nur gemeinsam mit der Industrie und nicht gegen sie durchgeführt werden."

Gerade bei stagnierendem Wirtschaftswachstum und steigender Kostenbelastung werde die Frage immer wichtiger, „wie die notwendigen Umweltbelastungen mit geringerem finanziellem Aufwand erreicht werden können". Auch ökologische Ziele ließen sich in der Marktwirtschaft wirkungsvoller verfolgen als etwa in der zentralen Planwirtschaft, auch wenn diese Vorstellung „bei uns noch kaum verbreitet" sei.

Professor Holger Bonus, Universität Konstanz, erläuterte die in den USA angewandten Instrumente, zum Beispiel den Emissionsverbund (auch Glocke oder Bubble). Im Kern geht es darum, daß die Betreiber einer bestimmten Gruppe von Anlagen (unter einer gedachten „unsichtbaren Glocke" zusammengefaßt) selbst entscheiden, wie sie die Gesamtemission den Vorschriften anpassen. Sie können sie also „überall dort stärker drosseln als vorgeschrieben, wo das relativ wenig kostet, und im Gegenzug bei anderen Anlagen dort die Emissionsnorm vernachlässigen, wo die Erfüllung der Auflage relativ aufwendig wäre. Auf diese Weise lassen sich erhebliche Kosteneinsparungen erzielen, während aber die Luftqualität nicht beeinträchtigt wird."

Bonus bescheinigt den amerikanischen Instrumenten, daß sie einerseits Innovationsschübe im Umweltschutz, andererseits beträchtliche Kosteneinsparungen auslösen. Das Beharren des Luftreinhaltegesetzes auf dem jeweils neuesten Stand der Technik, der rasch für Neuanlagen obligatorisch werde, habe allerdings lähmend gewirkt. „Diese ständige Drohung liegt wie Mehltau über der neuen Politik", meinte Bonus und riet zur Nutzanwendung in der Bundesrepublik, die Grundprinzipien dieser „zukunftweisenden" Politik zu übernehmen, ohne die in den USA gemachten Fehler zu wiederholen.

Professor Eckard Rehbinder, Universität Frankfurt, zeigte sich hinsichtlich der Übertragungschancen der amerikanischen Konzepte auf die deutsche Luftreinhaltepolitik allerdings skeptisch. Hierzu seien „erhebliche Gesetzesänderungen" erforderlich.

Zuvor hatte Klaus Robert Kabelitz vom Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) das Bundes-Immissionsschutzgesetz auf seine ökologische und ökonomische Wirsamkeit abgeklopft. Dabei gab es schlechte Zensuren. Die dominierende Auflagepolitik habe bisher kaum Impulse für innovative Prozesse ausgelöst, kritisierte Kabelitz und fügte hinzu: „Die bloße Normerfüllung steht im Vordergrund".

Wirtschaftlich widersinnig werden solche Kraftakte, wenn die Emissionsvermeidung „um ihrer selbst willen" betrieben werde – allein dem Grundsatz der technischen Machbarkeit folgend und ungeachtet der Tatsache, daß die Kosten solcher Verfahren bei steigenden Prozentsätzen progressiv zunehmen.

In einer programmatischen Rede hatte Lutz Wicke, Universität Berlin, auf die Notwendigkeit „einer allmählichen Wende in den Methoden der Umweltpolitik" hingewiesen. „Wir können es uns aus ökologischen und ökonomischen Gründen nicht mehr leisten, wie bisher Umweltverschmutzungsrechte – nach Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen – einfach kostenlos den Emittenten zu überlassen, ohne entscheidende Impulse zur Umweltverbesserung zu geben. Wir müssen – wo immer dies möglich ist – mit flexiblen Lösungen des Eigeninteresses der Umweltverschmutzer mehr als bisher aktivieren, damit unsere Umwelt wesentlich sauberer wird."

STAHLQUOTEN-STREIT

Der deutsche Verband will Brüsseler Hilfe gegen Bonn

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

In der gut dreißigjährigen Geschichte der Montanunion, das räumt auch die Düsseldorfer Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie ein, sei dieser Vorfall ohne Beispiel. Mit Schreiben vom 24. Mai hat der Verband, wie der Bundesregierung zwei Wochen zuvor als „ultima ratio" angekündigt, und nun mit einhelliger Zustimmung seiner betroffenen Mitglieder, die Brüsseler EG-Kommission unter Berufung auf den Montanvertrag aufgefordert, alle rechtlichen Schritte gegen die heimische Regierung einzuleiten, um diese zu vertragskonformem Verhalten zu zwingen.

Anlaß für diese Eskalation: Von dem seit zwei Jahren aus dem Verband ausgeschlossenen Stahlkonzern Klöckner-Werke AG, Duisburg, fühlen sich die Verbandsmitglieder beim eigenen Einhalten der im EG-Stahlkrisenmanagement über alle verhängten Produktionsdrosselungsquoten durch Klöckner massiv geschädigt, weil dieser Konzern konstant und bislang „effektiv straffrei" seine Quote überschreitet.

Die darob von Brüssel gegen Klöckner bis Mitte 1982 schon verhängten Quartals-Bußgelder, mit Zinsen bereits 192 Mill. DM, sind auch mit dem für bisher eine Quartalsstrafe von Brüssel an Bonn gerichteten Vollstreckungs-Amtshilfe-Ersuchen ohne Effekt geblieben. Stelle Bonn da nicht endlich eine Vollstreckungsurkunde für den Gerichtsvollzieher aus, so warnt der Verband, breche ob des einen Sünders das ganze Quotensystem zusammen. Ein System, das allein noch den bislang zumeist subventionsfreien Deutschen wenigstens einigermaßen Schutz gegen den Subventionswahnsinn ihrer EG-Nachbarn in der nun neunjährigen EG-Stahlkrise biete.

Auf diese ungewöhnliche Demarche des Verbandes antwortet Klöckner mit einem „offenen Brief" an diesen. Der Quotensünder zeiht den Verband einer „unrichtigen und unvollständigen" Argumentation und verweist vor allem darauf, daß auch die jetzige Eskalation des Streits nur einen Urgrund habe: Unternehmen und Verband schätzten die Kapazität der großen Warmbreitbandstraße im jungen Flachstahl-Hüttenwerk Bremen des Konzerns höchst unterschiedlich ein.

Trotz der „existenzgefährdenden" Benachteiligung der Bremer Hütte im EG-Quotensystem habe man gleichwohl deren Produktion „nicht aggressiv, sondern marktschonend" erhöht und damit „noch nie" eine dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprechende Beschäftigung (Durchschnitt der EG-Warmbreitbandstraßen) erreicht.

Obendrein: Unter der Devise „Keine Tonne für Klöckner" habe der Verband im EG-Quotensystem zugestimmt, daß später als Bremen (und gleichfalls nach dem letzten Boomjahr 1974) fertiggewordene Warmbreitband-Kapazitäten (Carlam/Belgien und Fos/Frankreich) mit einer Jahresbeschäftigung von 1,5 Millionen Tonnen eingeschleust wurden – weit mehr als das, was Klöckner mit „existenznotwendiger" Quotenüberschreitung notgedrungen gemacht habe.

Thatcher-Manifest

Von WILHELM FURLER, London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat das Wahlprogramm ihrer konservativen Regierungspartei ein Manifest genannt, das sowohl einen Wechsel in weiten Bereichen der Sozial- und Wirtschaftspolitik als auch die konsequente Fortführung ihrer Regierungspolitik der letzten vier Jahre darstelle. Bei näherer Betrachtung jedoch wird rasch deutlich, daß von einem Wechsel zu neuen Ansätzen nicht die Rede sein kann.

Dies kann zunächst auch nicht verwundern. Denn es besteht kein Zweifel, daß die 1979 gewählte konservative Regierung Großbritannien eine völlig neue Richtung gewiesen hat. Damals hatte Frau Thatcher angekündigt, konsequent mit der wirtschaftspolitischen Vergangenheit des Landes zu brechen. Und dieses Versprechen hat sie zweifelsohne eingehalten.

Sie hat, um es etwas allgemein auszudrücken, den Staatseinfluß erheblich zurückgedrängt und versucht, den individuellen Freiraum auszuweiten, der von den vorausgegangenen Labour-Regierungen stark eingeschränkt worden war. Zu den Stützen dieser Politik zählen die unerbittliche Bekämpfung der Inflation, weil sie Land und Bevölkerung ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Ersparnisse; beraubt: die Beschränkung des dominanten gewerkschaftlichen Einflusses; die Wiederherstellung eines freien Außen- und Devisenhandels, freier Preise und Löhne sowie der unternehmerischen Initiative; schließlich der Versuch, der britischen Nation den schon abhanden gekommenen „Willen zum Erfolg" wieder einzuimpfen.

Natürlich reicht eine vierjährige Amtszeit nicht aus, diese Politik vollständig zu verwirklichen, auch wenn auf einigen Gebieten und nicht nur der Reduzierung der Inflationsrate auf gegenwärtig vier Prozent im Jahr beachtliche Erfolge erzielt wurden. Entsprechend wiederholen sich zwangsläufig Programmpunkte aus dem '79er Wahlkampf im jetzigen Manifest.

So etwa die Parolen „Schluß mit dem überkommenen Respekt vor dem übermächtigen Gewerkschaftseinfluß", „Nicht Staats-, sondern Selbsthilfe im Unternehmensbereich", „Geldwert-Denken muß eine britische Tugend werden" oder „Die staatlich und gewerkschaftlich geschützte Federbett-Gesellschaft bringt längerfristig nicht weniger, sondern mehr Arbeitslosigkeit".

Mit der Wiederholung dieser wirtschafts- und sozialpolitischen Akzente versucht Margaret Thatcher dem Wähler die Kontinuität und den nur damit möglichen Erfolg zu suggerieren, zumal da Teilerfolge bereits die Einstellung der Nation in diese Richtung nicht unerheblich beeinflußt haben.

Was allerdings gleichermaßen enttäuschend wie bedenklich stimmen muß: Mit praktisch keinem Wort wird im Wahlprogramm der Konservativen Partei die extrem hohe Arbeitslosigkeit im Land von mehr als 3,2 Millionen erwähnt, kein Hinweis darauf, wie das Problem der Arbeitslosigkeit durch spezielle Programme, abgesehen von ein paar Hilfen im Bereich der Jugend-Ausbildung hier und bei der Förderung kleiner Unternehmen da, gemildert werden könnte.

Ohne Übertreibung muß Großbritannien heute als geteiltes Land betrachtet werden. Geteilt zwischen dem wirtschaftlich sehr schwachen Norden mit Arbeitslosenquoten, die in nicht wenigen Regionen 20 Prozent weit übersteigen und einem daran gemessen wohlhabenden Süden, vor allem was , den Südosten mit London angeht.

Einfach darauf zu vertrauen, daß aufgrund einer konsequenten Stabilitätspolitk und angesichts erster Anzeichen für eine Erholung der Weltkonjunktur sich eine Verbesserung am Arbeitsmarkt schon irgendwann einstellen werde, heißt, sich die Sache zu einfach machen. Immerhin weiß die konservative Regierung genau, daß die britische Wirtschaft aus der lang anhaltenden Depression noch nicht heraus ist.

Von der „Eisernen Lady" wird nicht erwartet, daß sie Ankurbelungsprogramme auflegt und das langfristig anvisierte Ziel der Null-Preissteigerung aus den Augen verliert. Aber es bleibt sehr zu hoffen, daß sie nach einem Wahlsieg mehr Flexibilität in ihr Regierungsprogramm einfließen läßt, um die Übervorsicht, die sie vier Jahre lang weit mehr als weniger ausgezeichnet hat, durch ein den Gegebenheiten angepaßtes, hautnahes wirtschaftspolitisches Management zu ersetzen.

AUF EIN WORT

„Die wesentlichen Risiken für das Geschäft im weiteren Verlauf dieses Jahres liegen auf den Auslandsmärkten. Wir gehen aber davon aus, daß sich die bisher erkennbare Belebung fortsetzen und weltweit an Kraft gewinnen wird."

Dr. Egon Overbeck, Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG, Düsseldorf FOTO: JUPP DARCHINGER

Nur bescheidene Mieterhöhungen

K. S. Bonn

Die seit dem 1. Januar 1983 geltenden neuen Mietregelungen haben sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres nicht auf die Entwicklung der Monatsmieten ausgewirkt, stellte der Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V., Theodor Paul, gestern in Bonn fest. Auch wenn die Mieten im ersten Jahresdrittel stärker angestiegen seien als die Lebenshaltungskosten, könne man eine durchschnittliche Mietsteigerung von knapp zwei Prozent nicht als ungewöhnlich hoch betrachten. Die Jahresraten hätten in den vergangenen Jahren immer um die fünf bis sechs Prozent gelegen.

USA

Wall Street reagiert mit Kursverfall auf Williamsburg

H.-A. SIEBERT, Washington

Während die Wirtschaftsverbände in den USA schweigen, hat die Wall Street mit starken Kursverlusten auf das Ergebnis des Wirtschaftsgipfels in Williamsburg reagiert. Der Dow-Jones-Industrie-Index sackte am Dienstag um 16,16 auf 1199,98, der Nyse-Index sogar um 1,15 auf 94,08 Punkte. Broker machten dafür die insgesamt vage Abschlußerklärung verantwortlich. Vermißt würden „echte Beschlüsse, die das US-Haushaltsdefizit verringern und die Gefahr neuer Zinsschübe bannen", wurde betont.

Die Beschwerden der ausländischen Regierungschefs seien von den Aktienmärkten ernster genommen worden als von der Reagan-Administration, hiess es weiter. Beklagt wurden auch die wenig konkreten Maßnahmen zur Überwindung der internationalen Verschuldungskrise. Die Unsicherheit ist so groß, daß bei der Versteigerung von Treasury Bills am Dienstag die Zinsen für dreimonatige Papiere von 8,46 auf 8,65 und für sechsmonatige Schuldscheine von 8,47 auf 8,67 Prozent stiegen. Das ist das höchste Niveau seit Anfang April.

Dagegen waren die Voraussetzungen für neue Kursrekorde günstig: Wie das Handelsministerium mitteilte, erhöhte sich in den USA im April der wichtige Index der führenden Konjunkturindikatoren um stolze 1,1 Prozent, verglichen mit 2,2 Prozent im März. Damit zeigt das empfindliche Konjunkturbarometer seit zehn Monaten ohne Unterbrechung nach oben. Nun ist es keine Frage mehr, daß die wirtschaftliche Erholung in den USA eine solide und auch breite Basis hat. In den kommenden drei Quartalen kann die Wachstumsrate real durchaus fünf Prozent übersteigen. Der Aufschwung wäre damit robuster als vom Weißen Haus vorausgesagt. Von elf verfügbaren Indikatoren waren neun positiv.

JUGENDARBEITSSCHUTZ

Das Kabinett verabschiedet Lockerung der Vorschriften

H. G. STÜWE, Bonn

Von den Arbeitszeitregelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes werden weitere Ausnahmen zugelassen. In Krankenanstalten oder Fleischereien beschäftigte Jugendliche ab 16 Jahre dürfen künftig generell bereits ab sechs Uhr morgens ihre Arbeit aufnehmen. Für Jugendliche ab 16 Jahren, die auf Baustellen beschäftigt werden, ist in Zukunft ebenfalls ein Arbeitsbeginn ab sechs Uhr erlaubt. Eine entsprechende Rechtsverordnung verabschiedete das Bundeskabinett auf seiner gestrigen Sitzung.

Die Neuregelung wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Heinz Hauser begrüßt. Hauser, der gleichzeitig Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand seiner Fraktion ist, erklärte vor Journalisten in Bonn, der Mittelstand sei für diesen Beschluß „sehr dankbar". Insbesondere für kleinere Betriebe sei das bestehende Jugendarbeitsschutzgesetz ein Hemmnis bei der Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Eine entsprechende Lockerung von Arbeitszeitvorschriften für Bäckereien und Konditoreien sowie für das Hotel- und Gaststättengewerbe sei per Rechtsverordnung nicht möglich. Hauser hob jedoch hervor, daß sich die Bundesregierung den Intentionen des von Rheinland-Pfalz vorgelegten Gesetzentwurfes zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes angeschlossen habe. Danach ist vorgesehen, für Jugendliche ab 17 Jahren in Bäckereien und Konditoreien einen Arbeitsbeginn ab vier Uhr und im Hotel- und Gaststättengewerbe eine Beschäftigung bis 22 Uhr zuzulassen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zahl der Erwerbstätigen weiter zurückgegangen

Wiesbaden (rtr) – Die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland ist nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal des laufenden Jahres weiter zurückgegangen. Wie das Amt am Mittwoch weiter mitteilte, waren im Berichtszeitraum im Durchschnitt 25,16 Millionen Menschen erwerbstätig. Damit lag die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt 1,9 Prozent oder um 490 000 unter dem Ergebnis der ersten drei Monate des Vorjahres und um 451 000 oder 1,8 Prozent unter dem des vierten Quartals 1982. Im ersten Quartal lag die Arbeitslosenzahl im Durchschnitt bei 2,443 Millionen. Dies sei gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ein Anstieg um 562 000 oder 29,9 Prozent.

EG-Agrarstrukturrichtlinien

Oberstdorf (dpa/VWD) – Die Ende 1983 auslaufenden Agrarstrukturrichtlinien in der Europäischen Gemeinschaft sollen erst dann fortgeschrieben werden, wenn alle zehn EG-Mitgliedsstaaten ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Agrarstrukturpolitik vorgelegt haben. Zu diesem Ergebnis kamen die im Allgäu versammelten zehn EG-Agrarminister bei einem informellen Treffen unter der Präsidentschaft von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle. Das bestehende Förderprogramm soll beibehalten werden und durch die Einführung eines Agrarkredits erweitert werden.

Zinsen unverändert

Frankfurt (rtr) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am Mittwoch vor dem Hintergrund eines stark gestiegenen Dollarkurses und international fester Zinsen keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Damit bleibt nach Mitteilung der Bundesbank der Lombardsatz unverändert bei fünf und der Diskontsatz bei vier Prozent.

Zehn Mark Dividende

Bonn (DW.) – Aufsichtsrat und Vorstand der Strabag Bau AG, Köln, werden der Hauptversammlung vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 11,0 Millionen Mark die Ausschüttung einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Dividende von 10 Mark je 50-D-Mark-Aktie zu beschließen. Die Hauptversammlung wird am 28. Juli 1983 in Köln abgehalten. Die Gesamtleistung des Strabag-Konzerns erreichte im Geschäftsjahr 1982 ein Volumen in Höhe von nahezu 2,94 Milliarden Mark. Daran war das Auslandsgeschäft mit einem Anteil von rund 37 Prozent beteiligt. Der Auftragsbestand beläuft sich Ende April 1983 auf etwa 2,8 Milliarden Mark.

Minus im Fachhandel

Düsseldorf (Py.) – Im April hat der deutsche Facheinzelhandel gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat eine Umsatzeinbuße von 6 (preisbereinigt 9) Prozent hinnehmen müssen. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels begründet dies mit dem Ostergeschäft, das sich 1982 auf März und April verteilt, in diesem Jahr jedoch allein auf den März konzentriert hatte. Nimmt man beide Monate dieses Jahres zusammen, lag das Minus real bei 4 Prozent. Zuwächse zwischen 2 und 4 Prozent konnten allein der Radio/TV-Handel, der Handel mit Schuhen, Musikalien und Büchern vorweisen. Das 1. Tertial 1983 brachte gegenüber dem Vorjahr kein Plus, preisbereinigt ein Minus von 4 Prozent.

Karstadt hält Dividende

Essen (DW.) – Die Verwaltung der Karstadt AG wird der am 15. Juni stattfindenden Hauptversammlung vorschlagen, den nach Einstellung von 15 Mill. DM in die freien Rücklagen verbleibenden Bilanzgewinn von 43,2 Mill. DM zur Ausschüttung einer unveränderten Bardividende von 6 DM je Aktie von nominal 50 DM zu verwenden. Bezogen auf das Grundkapital von 360 Mill. DM beträgt die Ausschüttung 12 Prozent.

Depotpflicht auf Importe

Jerusalem (dpa/VWD) – Mit einschneidenden Maßnahmen will die israelische Regierung versuchen, den stark negativen Trend im Außenhandel zu stoppen. Industrie- und Handelsminister Gideon Patt ordnete mit sofortiger Wirkung an, daß Israels Importeure bei 311 Produkten – vom Auto bis zum Farbfernseher – ein halbes Jahr lang 15 Prozent des Warenwertes bei der Einfuhr hinterlegen müssen. Die Beträge werden den Importeuren ohne Zinsen zurückerstattet. Der Minister hofft, auf diese Weise das Rekorddefizit im Außenhandel von über vier Milliarden Dollar (zehn Milliarden Mark) im Jahre 1982 schmälern zu können.

FRANKREICH / Verschärfte Kreditrestriktionen

Geldmengenzuwachs geringer

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat die diesjährigen Zuwachsraten der behördlich kontingentierten Bankkredite beträchtlich nach unten revidiert. Sie will damit erreichen, daß die Geldmenge (M 2) um nur noch 9 Prozent wächst. Dieses mit dem Austerity-Plan von Ende März verkündete Ziel war ursprünglich auf 10 Prozent festgesetzt gewesen. Für 1982 lautete es auf 12,5 bis 13,5 Prozent.

Die verschärften Restriktionen, die am 1. Juli in Kraft treten, sollen insbesondere bewirken, daß die laufenden Bankkredite (ohne Investitionskredite) 1983 nur um 2,5 statt um 3 Prozent und die Abzahlungskredite nur um 3 statt um 5 Prozent steigen. Für 1982 betrugen diese höchstzulässigen Zuwachsraten 4,5 und 7 Prozent.

Andererseits dürfen die Exportkredite um 15 statt um 12 Prozent erhöht werden. Diese Erleichterung erklärt sich daraus, daß die Banken ihre diesjährigen Exportkreditkontingente wegen der außergewöhnlich starken Nachfrage für die Vorfinanzierung großer Exportaufträge bereits weitgehend ausgeschöpft haben.

Von den quantitativen Kreditrestriktionen ausgenommen bleiben alle Investitions- und bestimmte Wohnungsbaukredite. Außerdem können sich die Banken über ihre Kontingente hinaus zusätzliche Kreditmöglichkeiten durch die Emission von Obligationen beschaffen. Diese Möglichkeit ist jetzt aber von 100 auf 90 Prozent des Anleihe-Ertrags reduziert worden.

Die gesamte diesjährige Expansion der Wirtschaftskredite (unter Einschluß der nichtkontingentierten) veranschlagt das Finanzministerium nunmehr auf 10 Prozent, nachdem sie 1982 effektiv 17 Prozent erreicht hatte. Gleichzeitig soll der monetäre Geldzuwachs unter Einschluß der Sicht- und Termineinlagen von 14 auf 8,5 Prozent reduziert werden.

Die Durchführung der verschärften Kreditrestriktionen könnte dadurch erleichtert werden, daß der Kreditbedarf der Wirtschaft wegen der verschlechterten französischen Konjunktur nachläßt. Allerdings werden jetzt wohl die Banken mit ihren Ausleihungen vor allem an weniger kreditwürdige Unternehmen sowie an Private zurückhaltender verfahren. Auch von dieser Seite her sollen die Franzosen den Gürtel enger schnallen.

DÄNEMARK / OECD hat Bericht vorgelegt

Ergebnisse sind „ermutigend"

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die im Herbst 1982 von Kopenhagen ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen haben erste „ermutigende" Ergebnisse gebracht, stellt die OECD in ihrem Dänemark-Bericht fest. Jedoch müßte das Land noch eine längere Durststrecke durchschreiten, um seine wirtschaftlichen Strukturen zu sanieren. Empfohlen wird insbesondere die konsequente Fortsetzung der Verbrauchsrestriktionen, auch wenn dies zu einer weiteren „unvermeidbaren" Zunahme der Arbeitslosigkeit führt.

Die Arbeitslosenquote Dänemarks, die 1982 trotz eines 3,1prozentigen Wirtschaftswachstums 9,8 Prozent erreicht hatte, dürfte nach Schätzung der OECD in diesem Jahr auf 10,5 bis 11 Prozent und im nächsten auf 11,5 bis 12,5 Prozent steigen. Dabei ist unterstellt, daß der Zuwachs des Bruttosozialprodukts auf eineinhalb Prozent schrumpfte, während er im OECD-Durchschnitt von 2 auf 3 Prozent zunimmt.

Den wichtigsten Grund für diesen Wachstumsrückstand sehen die OECD-Experten in der weiter nachlassenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit Dänemarks. Nur etwa die Hälfte des Zuwachses seiner Exportmärkte dürfte das Land bis Ende 1984 ausnutzen können. Immerhin aber könnte die 1982 mit 0,2 Milliarden Dollar defizitäre Handelsbilanz 1983 und 1984 Überschüsse von 1 und 1,5 Milliarden Dollar bringen. Die Dienstleistungsbilanz bliebe aber weiter in den roten Zahlen, bei einer relativen Verbesserung von minus 2,4 auf 1,5 und 1 Milliarden Dollar.

Verhältnismäßig günstige Ergebnisse hat Dänemark bei der Inflationsbekämpfung zu erwarten. Nachdem die Konsumentenpreise 1982 noch um 9,8 Prozent stiegen, veranschlagt die OECD den Preisanstieg für 1983 auf 6,5 und für 1984 auf 4,75 Prozent. Voraussetzung für diese Entspannung ist aber, daß der Lohnanstieg „noch ziemlich lange Zeit" sehr gemäßigt bleibt, heißt es in dem Bericht.

JACOBS SUCHARD AG / Stellung auf den Märkten will man gemeinsam ausbauen

Probleme mit Schokolade-Geschäft

WERNER NEITZEL, Zürich

Konzentration auf die eigenen Stärken, nämlich auf die Hauptpfeiler Kaffee und Schokolade, lautet fürs erste die unternehmerische Devise der Jacobs Suchard AG, Lausanne, Schweiz, des Ende letzten Jahres aus der Fusion Jacobs AG und der Interfood AG entstandenen schweizerischen Nahrungsmittel-Riesen. Wie Klaus J. Jacobs, Delegierter des Verwaltungsrats und Präsident der Generaldirektion, dazu in Zürich feststellte, versuche man in diesem Zusammenhang branchenfremde Tätigkeiten zu veräußern oder einzustellen, was freilich spätere Diversifikationsmaßnahmen nicht ausschließt. Zunächst sieht das Unternehmen aber seine Priorität darin, seine Stellung in den Märkten durch vereinte Schlagkraft weiter auszubauen.

Es gelte, erzielbare Synergieeffekte freizusetzen, wozu auch ein neues Organisationskonzept gehöre, das man bis Ende August erarbeitet haben wolle. Zur Abstützung des Wachstums des Unternehmens solle schließlich auch die Öffnung für die Kapitalmärkte gehören.

Im Geschäftsjahr 1982 weist die Jacobs Suchard-Gruppe einen konsolidierten Nettoumsatz von 4,1 Mrd. sfr aus. Bei stabilen Wechselkursen und ohne Änderung der Rechnungslegung hätte dies eine Steigerung des Nettoumsatzes um 10 Prozent bedeutet. Der Umsatzschwerpunkt liegt mit 45,8 Prozent im deutschen Markt. Es folgen Frankreich mit 17,2 Prozent und die Schweiz mit 12,3 Prozent des Umsatzes. Erwirtschaftet wurde ein Betriebsergebnis von 240 Mill. sfr (ohne Vergleichszahl), bei dem zu berücksichtigen ist, daß auch Fusionsfolgekosten zu verdauen waren. Der konsolidierte Reingewinn belief sich auf 91,5 Mill. sfr und liegt damit um 6,6 Prozent über den addierten Vorjahresgewinnen von Jacobs und Interfood. An die Aktionäre der Jacobs Suchard AG wird, wie bereits gemeldet, eine von 23 auf 26 Prozent erhöhte Dividende ausgeschüttet.

Investiert in Sachanlagen wurden im Berichtsjahr 156 Mill. sfr. Dabei bildete das neue Röstwerk in Berlin, mit einer Jahreskapazität von über 100 000 Tonnen größte Kaffeerösterei Europas, einen Investitionsschwerpunkt. Der Cash-flow erreichte 164 Mill sfr., das sind 4 Prozent des Umsatzes. Mit einer Eigenkapitalrendite von 15,4 Prozent liegt man über den Relationen vergleichbarer Unternehmen.

Im Unternehmsbereich Kaffee war der Umsatz im Berichtsjahr um 1 Prozent auf 2,59 Mrd. sfr leicht angestiegen. Man macht keinen Hehl daraus, daß in dieser Sparte die Marktlage in der Bundesrepublik (25 Prozent Marktanteil bei Röstkaffee) besonders schwierig gewesen sei. Probleme („aber keine Katastrophe") habe man mit dem Schokolade-Geschäft in der Bundesrepublik. Hier wurden im Zeichen heftiger Preiskämpfe Marktanteile (die beiden Marken „Suchard" und „Tobler" kommen auf zusammen 20 Prozent bei Tafelschokolade) verloren. Jacobs Suchard verbuchte in diesem Unternehmensbereich ein Mengenwachstum von insgesamt 4 Prozent. Zum Geschäftsverlauf insgesamt in den ersten vier Monaten heißt es, daß die Umsatzresultate deutlich über den entsprechenden Vorjahreszahlen lägen. Es werde mit einem guten Gewinnwachstum gerechnet.

MINERALÖLHANDEL / Diskriminierungs-Vorwurf an die Raffineriegesellschaften

Mittelstand sieht Existenz gefährdet

JAN BRECH, Hamburg

Der unabhängige mittelständische Mineralölhandel in der Bundesrepublik sieht sich in seiner Existenz gefährdet. Anläßlich der Mitgliederversammlung des Uniti Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. in Hamburg erklärte der Verbandsvorsitzende J. Eller, daß man an einem Punkt angekommen sei, an dem es finanziell nicht mehr weitergehe. Die rund 230 Mitgliedsfirmen des Verbands hätten über die allgemeine Marktentwicklung hinausgehende Marktanteilsverluste hinnehmen müssen. Im Tankstellenbereich würden ihnen von der konzerngebundenen Mineralölindustrie Raffinerieabgabepreise aufoktroyiert, die zum Teil höher seien als die, die an den Zapfsäulen erzielt werden.

Der rückläufige Verbrauch in der Bundesrepublik habe zu einem rigorosen Kampf um Marktanteile geführt, wobei „Marktmacht brutal eingesetzt wird", erklärt der Hauptgeschäftsführer und das geschäftsführende Vorstandsmitglied Franz Groh. Zwischen den Raffineriegesellschaften einerseits und den Groß- und C+C-Märkten andererseits nehme der traditionelle Mineralölhandel die ungünstigste Position ein.

Die Großmärkte kalkulierten nach völlig anderen Grundsätzen und verkauften zum Teil unter Einstandspreis, die Raffineriegesellschaften praktizierten bewußt eine Politik der Spannenreduzierung für den Handel, um ihn finanziell ausbluten zu lassen. Die beherrschende Angebotsstellung ermögliche es, den freien Handel zugunsten der eigenen Vertriebsorganisationen zu diskriminieren. Von diesem Vorwurf nimmt die Uniti nur zwei Raffineriegesellschaften aus, die einen Teil ihres Vertriebs über den traditionellen Handel abwickeln.

Das Preisdiktat sei möglich, betont Eller, weil es auf den Beschaffungsmärkten keinen Wettbewerb mehr gebe. Temporär mögliche Importe auf der Rheinschiene zu günstigeren Preisen seien aus logistischen Gründen regional eng begrenzt. Der mittelständische Handel, so Eller, verlange weder einen Naturschutzpark, noch wolle er sich den Rationalisierungserfordernissen des schrumpfenden Marktes entziehen. Auch verlange niemand die Subventionierung des Geschäfts durch die Raffineriegesellschaften. Wohl aber müsse der Mittelstand auf Preisen bestehen, die nicht nur auf der Verbraucherseite, sondern auch auf der Einkaufsseite unter Wettbewerbsbedingungen zustande kommen.

Wenn die Industrie behaupte, sie sei an dem Erhalt eines gesunden Mittelstandes interessiert, müsse sie die partnerschaftlichen Geschäftsbeziehungen wiederherstellen. Dazu gehöre auch die Einsicht, daß Preiskämpfe untereinander nicht zu Lasten des Handels geführt werden dürften. Für den Fall, daß die Industrie bei ihrer Politik der Marktverdrängung bleibt, fordert der Handel gesetzgeberische Mittel, um dem Mißbrauch von Marktmacht zu begegnen.

TÜV RHEINLAND / Jahresbericht vorgelegt

Fortschritt im Umweltschutz

HANS BAUMANN, Köln

„Vollzugsdefizite" beklagt der Vorsitzende der Geschäftsführung des TÜV Rheinland, Professor Albert Kuhlmann, bei der Anwendung der europäischen Störfallverordnung, mit der kritische Punkte im Produktionsablauf etwa der chemischen Industrie von der Wirtschaft selbst aufgezeichnet werden sollen. Kuhlmann, Chef beim größten deutschen Technischen Überwachungsverein, einem der größten Dienstleistungsbetriebe der Bundesrepublik, bietet der Wirtschaft die Dienste seines Hauses an, um über die Anwendung der Störfallverordnung einen höheren Grad an Sicherheit für die Umwelt zu erreichen. „Seveso sollte uns mahnen", sagte er in Köln.

Bei der Vorlage des Jahresberichtes 1982 beklagte Kuhlmann, daß das Energiesparen in der Bundesrepublik über Absenken der Heiztemperaturen und Anwendung einfacher Wärmedämmaßnahmen kaum hinausgekommen sei. Technische Maßnahmen zur Eindämmung des Energieverbrauchs seien in der Regel bisher noch nicht angewendet worden.

So hat der TÜV Rheinland, der rund 3200 Mitarbeiter zählt, im Berichtsjahr ein mobiles Energieberatungssystem eingesetzt, das Meßtechnik und Datenverarbeitung vor Ort bei mittleren und kleinen Unternehmen leistet. Doch die Wirtschaft, so klagt Kuhlmann, ziehe aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen aus Investitionsscheu immer noch keine Konsequenzen.

Um 50 Prozent ist die Gutachtertätigkeit des TÜV im Bereich der Kernkraftwerke zurückgegangen, nachdem sich Industrie, Versorger und Genehmigungsbehörden auf die Konvoitechnik geeinigt haben. Diese Technik besagt, daß mehrere Kraftwerke nach einem einmal genehmigten Plan gebaut werden, daß also nicht für jedes Kernkraftwerk wieder eine Sondergenehmigung beantragt zu werden brauche.

Große Fortschritte haben die Technischen Überwachungsvereine 1982 beim Umweltschutz erzielt. Emissionskataster gebe es nun schon für den Rhein-Main-Raum, für Luxemburg und bald auch für West-Berlin. Nur wenn ein Umweltkataster existiere, könnten gezielt Umweltschutzmaßnahmen eingeleitet werden. Aber auch hier trete die Industrie auf der Stelle.

Zur Großfeuerungsanlagen-Verordnung sagte Kuhlmann, daß man mit dem ersten Entwurf der Bundesregierung hätte leben können. Er plädiert jetzt dafür, die Auflagen für Anlagen zu lockern, die in der Wärmekraftkopplung tätig seien. Je mehr Fernwärme angeboten werde, um so mehr Einzelfeuerungsanlagen würden verschwinden – und damit eine der größten Quellen des Auswurfs an Schwefeldioxyd. Die Auflage, nur noch 400 Milligramm Schwefeldioxyd je Kubikmeter auszuwerfen, sei bei den Steinkohlenkraftwerken zu erfüllen. Der Braunkohle sollten nach Kuhlmann für eine Übergangsfrist noch 650 Milligramm zugestanden werden, weil hier der Stand der Technik noch keine Reduzierung auf 400 Milligramm erlaubt.

ANZAG / Dividende für 1984 in Aussicht

Betriebsergebnis verbessert

dpa/VWD, Frankfurt

Der Pharma-Großhandel Andreae-Noris Zahn AG (Anzag) konnte im 1. Quartal 1983 erste Früchte der Ende 1981 eingeleiteten Neuordnung ernten. Nach Angaben von Vorstandschef Franz H. Wolf verzeichnete das zu den Branchenführern gehörende Unternehmen bei zwar noch einstelligem Umsatzzuwachs eine Verbesserung des Betriebsergebnisses „in Millionenhöhe". Für das Gesamtjahr 1983 sei ein ausgeglichenes Ergebnis bereits „relativ sicher".

Im vergangenen Jahr ist Anzag laut Wolf bei schwieriger Marktlage und trotz zahlreicher Filialschließungen noch ein Umsatzplus von 0,6 Prozent auf 2,03 Mrd. DM wie auch eine Verbesserung der Betriebsergebnisse gelungen. Mittel- und langfristig geht Wolf angesichts der Sättigung im Apothekenbereich aber eher von einer Stagnation am Pharmamarkt aus.

Eine Aussage darüber, ob nach dem Ausfall 1982 bereits für 1983 wieder eine Dividende zu erwarten sei, wäre nach Wolf noch verfrüht. Für 1984 aber sollte die Anzag wieder zu einer Ausschüttung in der Lage sein, wobei ein Satz von vier DM pro Aktie „im Umfeld der Branche voll akzeptabel wäre", meinte Wolf. Auch sei an eine Kapitalaufstockung zu denken. 1983 stehe bei der Anzag nochmals ein kräftiger Investitionsstoß von deutlich mehr als 40 Mill. DM an. Schon 1982 hatten sich die Investitionen mit 18,7 (Vorjahr 4,7) Mill. DM vervierfacht.

HARTMANN UND BRAUN / Starkes Auftragspolster

Impulse vom Kraftwerksbau

rtr, Frankfurt

Die Frankfurter Hartmann und Braun AG (H+B), ein Unternehmen der Meß- und Regeltechnik und mehrheitliches Tochterunternehmen der Mannesmann AG, verfügt im laufenden Geschäftsjahr über ein deutlich höheres Auftragspolster als im Vorjahr. Nach den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Josef J. Felder auf der Bilanzpressekonferenz lag der Auftragsbestand am 31. März um 24 Prozent über dem Vorjahreswert. Der Umsatz und der Gewinn hätten sich ebenfalls real über den Vorjahresvergleichswerten entwickelt.

Der gegenwärtige Auftragsbestand reiche der H+B für rund sechs Monate Beschäftigung, sagte Felder. Unter schleppendem Absatz leide jedoch weiterhin das sogenannte Breitengeschäft mit Serienmaterial, vor allem mit der Elektro-Industrie. Eine lebhafte Anfragetätigkeit sei im Kraftwerksbereich und in der chemischen Industrie festzustellen.

Für 1982 weist das Unternehmen im Inlandskonzern einen Umsatz von 560,6 (i. V.: 537) Mill. DM aus. Der Jahresüberschuß schrumpfte aufgrund erhöhter (nachgeholter) Zuführungen zu Altersversorgungsrücklagen von 8,1 auf 4,1 Mill. DM. Ein großer Teil des Jahresüberschusses entfiel auf die Beteiligung an der Schoppe und Faeser GmbH, an der H+B mit 81 Prozent beteiligt ist. Die H+B AG allein verbuchte bei einem Umsatz von 497 (482,7) Mill. DM einen Jahresüberschuß von 2,2 (7) Mill. DM. 10 Mill. DM wurden für die erwähnte Altersversorgung aufgewendet. Vom Jahresüberschuß werden 1,1 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt, der Bilanzgewinn beträgt somit 1,1 Mill. DM.

Die Mannesmann AG, die mit gut 90 Prozent an dem Unternehmen beteiligt ist, verzichtete wiederholt auf eine Ausschüttung, so daß nur rund 360 000 DM an die verbliebenen freien Aktionäre in Form einer sechsprozentigen Dividende zur Ausschüttung kommen. Der Restbetrag wird in die freien Rücklagen eingestellt. Nach Abschluß des Beherrschungsvertrages mit Mannesmann, Hauptversammlung ist am 4. Juli, werden die freien Aktionäre in Zukunft – ab 1983 – die gleiche Dividende wie Mannesmann erhalten.

Felder erhofft sich von der Einbeziehung in die Mannesmann-Gruppe weiterhin Vorteile durch neue Kundenkontakte und die gemeinsame Verfolgung von Großprojekten. Mit Mannesmann werden gegenwärtig fünf Prozent der Umsätze erwirtschaftet, mit AEG, der früheren Mehrheitsaktionärin, knapp zehn Prozent. Die Investitionen wurden 1982 auf 29 (18) Mill. DM gesteigert.

KRUPP STAHL / Mit Thyssen in eine „auch nach dem Jahr 2000" gesunde Struktur

Nach harten Opfern eine verlustfreie Bilanz

J. GEHLHOFF, Bochum

Erstmals seit Jahren präsentiert die Krupp Stahl AG, Bochum, ihren 10 000 Aktionären zur Hauptversammlung am 23. Juni mit dem 1982er Abschluß eine verlustfreie Bilanz dieses Unternehmens, dessen 573 Mill. DM Aktienkapital zu 70 Prozent der Fried. Krupp GmbH und zu 25 Prozent Iran gehören. Der Verlustvortrag von 298 Mill. DM und der nicht mehr exakt genannte Betriebsverlust aus laufendem Geschäft wurden in der Konzernrechnung des Kruppschen Stahlbereichs durch Mobilisierung von reichlich 650 Mill. DM Sondererträgen ausgelöscht, darunter vor allem 285 Mill. DM aus den mit früheren Substanzverkäufen angesammelten 6b-Rücklagen und 369 Mill. DM aus Anlagenaufwertung in Anpassung an die verlängerte betriebliche Nutzungsdauer.

Was da als Resultat des achten und für die Branche wieder einmal besonders schlimmen Stahlkrisenjahres 1982 präsentiert wird, sieht nur auf den ersten Blick nach Schönfärberei aus. Die Bilanzoptik, das legte nun Vorstandsvorsitzender Alfons Gödde dar, hat zwei durchaus reale Hintergründe.

● Krupp Stahl hat in der Stahlkrise einen mit großen Opfern, zumal auch beim Personal, verbundenen Kraftakt der Umstrukturierung im wesentlichen bereits hinter sich gebracht: Seit 1980 Kapazitätsminderungen bei Rohstahl um 31 Prozent und bei den ertragschwachen Profilstahlprodukten um 53 Prozent. Dagegen seit dem ersten Krisenjahr 1975 Steigerungen des Edelstahls am Walzstahlumsatz auf gut 50 (25) Prozent und der Weiterverarbeitung auf 24 (13) Prozent des Konzernumsatzes. Das wird im Zeitraum 1980/83 den (größtenteils schon vollzogenen) Abbau von 11 000 oder 26 Prozent der früheren Arbeitsplätze kosten, die einschließlich der bis 1985 noch anstehenden 2000 „Freisetzungen" dem Unternehmen einen „Sozialkostenaufwand" von 600 Mill. DM bescheren.

● Unmittelbare Folge dieser Roßkur ist, daß Gödde nun für das noch mit roten Betriebszahlen angefangene Jahr 1983 trotz vorerst nur leichter Besserungstendenzen der Konjunktur durchaus schwarze Zahlen prophezeit. „So gut wie einige andere auch" könne man darob bei Krupp von der wiedergewonnenen „Kraft zum Alleingang" reden. Wichtiger aber bleibe die Aufgabe, den Strukturwandel deutschen Stahlpotentials „bis nach dem Jahr 2000" mit dauerhaft Überlebensfähigem zu realisieren.

Für Krupp Stahl heißt das, im Edelstahl (50:50) wie im Massenstahl (25:75) die Fusionen mit dem Branchenriesen Thyssen in die Tat umzusetzen. Gereinigt von Vergangenheitsverlusten, signalisiert man da mit der 1982er Bilanz Zuversicht in den Erfolg der noch einige Zeit („je kürzer desto besser") erfordernden Fusionsverhandlungen mit Thyssens Stahlbereichen.

Ohne auf die erst in einigen Wochen von den Wirtschaftsprüfern zu Ende addierten Details näher einzugehen, konstatierte Gödde zu diesem riesigen Fusionskomplex „Ertragswertvorteile" auf der Krupp-Seite. Die lägen in der Waagschale auch bei der Substanzwertbetrachtung, die eindeutig Thyssen-Vorteile zeige und darob in der Öffentlichkeit zu Fehlspekulationen über die Realisierbarkeit des ganzen Projektes animiert habe.

„Fehlspekulationen" auch wegen der reizvoll-großen Fusionsvorteile: Ein Zusammenschluß dieser Stahlbereiche könne pro Jahr eine halbe Milliarde DM Kostensenkungspotential mobilisieren. Dies nur zum Teil aus weiterem Belegschaftsabbau, den Krupp-Stahl-Arbeitsdirektor Otmar Günther in „privater Schätzung" auf 10 000 Arbeitsplätze oder etwa ein Zehntel der heutigen Krupp/Thyssen-Stahlarbeitsplätze veranschlagt. Hinzu kommen, so betont der Krupp-Stahl-Vorstand, auf Anhieb schon 1,2 Mrd. DM aus vermeidbaren „Doppelinvestitionen" und – vor allem – die vereinte Kraft, mit künftigen Großinvestitionen den Anschluß an die technologische Weiterentwicklung zu bewahren.

Abstrus sind nach Göddes Einschätzung die bei diesen Fusionsverhandlungen ins Spiel gebrachten „Kunden-Sorgen", im Edelstahl könne ein Krupp/Thyssen-Block monopolartiges Marktpotential erreichen. In Wahrheit hätte dieser Verbund auf dem EG-Markt nur 13,5 Prozent Absatzanteil und bleibe auch auf deutschem Markt mit einer bis zu 50 Prozent reichenden Quote der Importkonkurrenz konfrontiert.

Krupp Stahl	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	5 766	–5,0
Exportanteil (%)	29	(28)
Rohstahl (1000 t)	3 991	–18,7
Walzstahl (1000 t)	2 644	–21,8
Belegschaft	35 840	–7,3
Sachinvestitionen	295	–14,2
Abschreibungen	305	+3,7
Betriebsergebnis*)	–344	(–385)
Jahresergebnis	311	(–112)

*) Vorstandsangabe

SCHINDLER

Wachstum kam aus dem Ausland

P. WEERTZ, Berlin

Mit „echter Zuversicht" denkt Wolfgang Koch, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Schindler Aufzügefabrik GmbH, Berlin, an die nahe Zukunft des Unternehmens, das wie seine schweizerische Muttergesellschaft, die Schindler Holding AG in Hergiswil, weltweit tätig ist.

Trotz des harten Wettbewerbs im Inland und auf den Exportmärkten in Europa wie in Übersee sei es gelungen, die führende Position auf dem Aufzugsmarkt zu behaupten. Allerdings kam 1982 das Wachstum aus dem Ausland, denn die Exporte wuchsen um nahezu ein Drittel. Insgesamt nahmen die Umsätze im vergangenen Jahr um 7 Prozent auf rund 275 Mill. DM zu bei einem Exportanteil von 35 Prozent.

Vor allem das Neuanlagengeschäft ging um drei Prozent zurück. Von den etwa 30 Exportländern waren Ägypten, Saudi-Arabien, Fernost sowie in Europa Frankreich, Großbritannien und Schweden herausragende Länder. Im Nahen und Fernen Osten habe sich die Zusammenarbeit mit koreanischen Bauträgergesellschaften besonders bewährt, betonte Koch.

In diesem Jahr ist das Unternehmen, das 17 (Vorjahr 11,7) Mill. DM investierte, mit dem Auftragseingang bislang zufrieden. Im Vorjahr war der Auftragseingang um 6 Prozent auf 265,5 (250) Mill. DM gestiegen, daran waren Aufzüge und Treppen Inland mit 72 (75) Mill. DM, Aufzüge Export mit 42,5 (38,5) Mill. DM, Fördersysteme mit 16 (10,5) Mill. DM und der Kundendienst mit 135 (126) Mill. DM beteiligt. Das Unternehmen beschäftigte zum Jahresende 2577 Mitarbeiter (plus ein Prozent), davon in Berlin 1421 (plus 2 Prozent).

Die Finanzierung der deutschen Schindler-Gruppe wertet Koch als solide. Bei einem unveränderten Stammkapital von 19 Mill. DM nahmen die Rücklagen und Rückstellungen um 20 Prozent auf 49,6 Mill. DM zu. Zur „guten Rendite" heißt es freilich lediglich: „Die Erwartungen unserer Gesellschafter wurden erfüllt." Bei der Muttergesellschaft in der Schweiz ist nachzulesen, daß der Konzerngewinn je Aktie auf 234 (176) Schweizer Franken zunahm.

Weniger Umsatz im Ratenkredit

HARALD POSNY, Düsseldorf

Merkliche Zurückhaltung bei den Konsumausgaben und in der Verschuldungsbereitschaft sowie eine breite Unsicherheit hinsichtlich künftiger Einkommen haben bei der mit 32 Filialen bundesweit vertretenen Bankhaus Centrale Credit AG (CC-Bank), Mönchengladbach, zu einer Umsatzreduzierung in der Hauptgeschäftssparte, dem Konsumentenkredit, geführt. Mit 671 (666) Mill. DM stagnierten die Forderungen an Kunden. Im Ratenkreditneugeschäft blieb die durchschnittliche Laufzeit mit 38 Monaten unverändert, während sich der Durchschnittsbetrag auf 6650 (7414) DM verringerte. Fast 63 (60) Prozent der herausgelegten Kredite entfallen auf Beträge bis zu 20 000 DM.

Die Kundeneinlagen verringerten sich 1982 um 2 Prozent auf 569 Mill. DM. Sie deckten 92 Prozent der Debitoren. Die Bankeinlagen lagen mit 252 Mill. DM um 1 Prozent über dem Vorjahr.

Bei leicht verbesserter Zinsspanne – der von der Bundesbank ausgelöste Zinssenkungsprozeß wurde in Form reduzierter Aktiv- und Passivzinssätze an die Kunden weitergegeben – blieb der Zinsüberschuß auf Vorjahreshöhe. Der Zins- und Provisionsüberschuß stieg auf 60,4 (57) Mill. DM, das Betriebsergebnis stieg sogar um 65 Prozent auf knapp 13 Mill. DM. Der auf 2 (0,2) Mill. DM erhöhte Jahresüberschuß wird (erstmals wieder seit 1979) an den Alleinaktionär, die Bank of America NT & SA, San Francisco, ausgeschüttet. Die Eigenmittel von 39,9 (39,7) Mill. DM machen 4,3 Prozent der auf 927 (894) Mill. DM gestiegenen Bilanzsumme aus. Bei leichter Belebung im Konsumenten-Kredit wird für 1983 ein weiterverbessertes Ergebnis erwartet.

Braune Hanne vor Kapitalerhöhung

D. SCHMIDT, Hannover

Hohe Zuwachsraten im Kommunalkreditgeschäft und eine lebhaftere Nachfrage nach Baufinanzierungen kennzeichnen die Entwicklung der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank AG, Hannover, in den ersten fünf Monaten 1983. Wie der Vorstandsvorsitzende des Instituts, Hans-Dieter Schrader, vor der Hauptversammlung erklärte, sind bis zum 30. Mai neue Darlehen in Höhe von 912 (i. V. 632) Mill. DM abgeschlossen worden. An dem Zuwachs sei der Kommunalkredit, vor allem für Bund und Länder, mit 640 (455) Mill. DM beteiligt.

Steigende Tendenz zeigten zugleich die Neuanträge auf Hypothekendarlehen. Abgeschlossen wurden in diesem Bereich Darlehen von 272 (177) Mill. DM. Ob diese Entwicklung über das gesamte Jahr hinweg anhält, lasse sich allerdings nicht mit Sicherheit sagen, meinte Schrader.

Deutlich verbessert hat sich im Berichtszeitraum der Rohertrag. Der Zinsüberschuß erhöhte sich per Ende April gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstichtag um 3,9 Mill. DM, die Einmalerträge um 2 Mill. DM. Schrader warnt dennoch vor übertriebenen Erwartungen für das gesamte Jahr, wenngleich wieder mit einem „zufriedenstellenden Ergebnis" gerechnet wird.

Für 1982 hatte die Bank einen Jahresüberschuß von 12,6 (10,3) Mill. DM erwirtschaftet und daraus eine Dividende von 18 Prozent ausgeschüttet. Die Ausweitung des Neugeschäfts mache es erforderlich, spätestens im Frühjahr 1984 aus dem genehmigten Kapital von 6 Mill. DM „wesentliche Teile in neues Aktienkapital umzuwandeln", um die Beweglichkeit zu sichern.

Pelikan-Mehrheit zu Metro-Tochter

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Overpart AG, Zug/Schweiz, wird die Kapitalmehrheit an der Pelikan AG, Hannover, übernehmen. Ein entsprechendes Angebot war nach Angaben des hannoverschen Büro- und Schreibwarenherstellers, der sich seit Februar 1982 im Vergleich befindet, über die Schweizerische Bankgesellschaft unterbreitet worden. Der Pelikan-Aufsichtsrat habe der Übertragung der qualifizierten Aktienmehrheit mit Wirkung vom 2. Januar 1984 auf seiner Sitzung am 31. Mai zugestimmt.

Zurückhaltung übt Pelikan bei den Erläuterungen zu Overpart. Die Gesellschaft befinde sich „im Besitz eines Unternehmers, der unter anderem eine Beteiligung an der Metro hält". Damit soll klargestellt werden, daß „die Beteiligung an Pelikan nicht von der Metro erworben wird". Der angesprochene „Unternehmer" indes ist Otto Beisheim, Gründer der inzwischen größten europäischen Großhandelskette mit schätzungsweise gut 20 Mrd. DM Umsatz und rund 30 000 Beschäftigten.

Dem Vertrag vorangegangen war ein Forderungenverkauf von 25 der insgesamt 29 Gläubigerbanken an die Schweizerische Bankgesellschaft. Dies entspricht 77,46 Prozent der Gesamtforderungen, die bei 300 Mill. DM liegen. Nach zuverlässigen Informationen haben die 25 Banken einem Forderungsverzicht von 50 Prozent zugestimmt.

Der Erwerber, so heißt es in der Pelikan-Mitteilung, habe zugesichert, daß die Aufrechterhaltung der Pelikan AG mit den Werken in Hannover und Vöhrum als operative rentable Einheit gewährleistet wird.

Degussa verdient wieder besser

Wb. Frankfurt

Die Degussa AG, Frankfurt, hat ihr erstes Halbjahr 1982/83 (30. 9.) mit einem „befriedigenden" Ergebnis im Metallbereich und einem „erfreulich verbesserten" Ergebnis im Chemiebereich abgeschlossen. Der Konzernumsatz ist im Gefolge der Edelmetallpreisentwicklung um 29 Prozent auf 5,7 (4,4) Mrd. DM gestiegen, wobei das Wachstum ausschließlich der Steigerung des Auslandsgeschäfts um 50 Prozent auf 3,9 (2,6) Mrd. DM zu verdanken war. Während der Metallbereich auf einem Zuwachs um 43 Prozent auf 4 (2,8) Mrd. DM kam, wuchs der Chemiebereich branchenkonform zum 4 Prozent auf 1,7 (1,6) Mrd. DM. Im zweiten Halbjahr rechnet der Vorstand mit schwächeren Ergebnissen.

NAMEN

Willi Stuth, ehemaliger Generalbevollmächtigter Vertrieb bei Jacobs Kaffee, feierte am 31. Mai den den 80. Geburtstag.

Dr. Hans Wirth (51) scheidet per 31. Mai 1983 wegen unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Geschäftspolitik zwischen ihm und der Konzernleitung Jacobs-Suchard, Zürich, als Geschäftsführer aus der Suchard GmbH, Lörrach, aus.

Günter Pölzelmayer, derzeit Direktor des Bereichs Presse und Publik Relation bei der Touristik Union International (TUI) ist zum Vorsitzenden der Geschäftsführung beim Automobilclub von Deutschland (AvD) bestellt worden. Er ist Nachfolger des im Dezember 1982 verstorbenen **Hans-Jürgen Linden**.

Andrea Rizzoli, früherer Eigentümer der Mailänder Zeitung „Corriere della Sera", der die Rizzoli-Gruppe zu einem international bedeutenden Verlag ausbaute, ist am Dienstag im Alter von 69 Jahren in Nizza gestorben.

Rolf Grewe (51), geschäftsführender Gesellschafter der Bochumer Lack- und Lackfarbenfabrik Ernst Platt GmbH, wurde zum Vorsitzenden des Westfälischen Arbeitgeberverbandes für die Chemische Industrie gewählt. Er ist Nachfolger von **Dr. Dietrich Köhler**, Vorstandsmitglied der Chemische Werke Hüls AG.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: oHG Wefazazum Weise & Faßbender, Odenthal; **Berlin-Charlottenburg:** Klaus Zernack; Klaus Kreuzberg; **Bonn:** Förderverein der politischen Akademie Lohmar e. V., Lohmar; K.-E. Werbung & Partner GmbH; **Buxtehude:** Nachl. d. Paula Katharina Seebohm geb. von Husen, Jork; **Coburg:** Helmut Sperschneider, Neustadt/Coburg; **Frankfurt/Main:** Media- u. Werbeträgervermittlungs-GmbH; **Hannover:** G. H. B. T. Ges. f. elektrische Haus- u. Betriebstechnik mbH; Nachl. d. Ernst Wippich; **Hofgeismar:** Gebr. Schweitzer Inh. Hans-Peter Schweitzer, Immenhausen 3; **Kempten:** Fritz Ewekker, Einzelhandelskaufmann; **Langen:** A. u. Ph. Gotta, Metallveredelung, Eloxalwerk, Metallwarenfabrikation Inh. Raimund Gotta, Rödermark; **Lehrte:** Nachl. d. Bronislawa Sek geb. Wierzbikka; **Mannheim:** Rainer Friedmann, Weinheim; **Memmingen:** Confracht Vermittlung GmbH, Bad Wörishofen; Confracht Spedition GmbH, Bad Wörishofen; **Neu-Ulm:** Heinrich Speiser jun., Illertissen/Au; **Oldenburg:** Nachl. d. Wolfgang Ehlert, Verwaltungsangestellter; **Saarbrücken:** Topart, Ges. f. Werbetechnik mbH, Fechingen; **Seligenstadt:** Airplastik GmbH, Rodgau 2; **Waldshut-Tiengen:** Peter Steffen Spedition GmbH, Stühlingen-Weizen; Maria Anzel, Kauffrau, Inh. d. Autohaus Rudi Tschan; **Wennigsen:** Gebr. Zarnack GmbH Ges. f. Klärtechnik u. Wasseraufbereitung System Dr. Ing. Zarnack; **Wilhelmshaven:** TT – Peter Thyen GmbH; C & D Techn. Boots- u. Yachtservice GmbH; **Würzburg:** AS Heizung-Lüftung GmbH, Frammersbach; **Wuppertal:** Georg Ludwig.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Ibbenbüren: Segger GmbH, Hörstel-Bevergern; Karl Staffa GmbH & Co, Lengerich; **Karlsruhe:** Krokodil-Gaststätte Betriebsges. mbH; **Reutlingen:** Conrad Hoelle & Sohn GmbH & Co. KG Kleiderfabrik, Metzingen; Maschinenfabrik Hack GmbH, Eningen u. A.; **Wiesbaden:** FG Funkgeräte-Vertriebs-GmbH, firmierend unter Funkcenter Kuckein GmbH, Delkenheim.

Konkurs beantragt: Offenburg: Garant-Türen-Technik GmbH, Durbach.

Vergleich eröffnet: Essen: Karl Breustedt, Dipl.-Psychologe, Alleininh. d. Personal-Fachwerbung und Unternehmensberatung BDU.

Vergleich beantragt: Hameln: Nachl. d. Heinrich Ernst, Fliesenlegermeister, Bad Pyrmont; **Meldorf:** Georg Birk-Solartechnik-Wärmepumpen, Nordhastedt; Biotechnik Anna Birk, Nordhastedt; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** David Datentechnik GmbH + Co. Computer KG; David Datentechnik GmbH; David Computer Vertriebs GmbH.

FRIEDRICH DECKEL / Neuer Vorstandsvorsitzender zur Hauptversammlung

Hoffen auf baldiges Ende der Talfahrt

DANKWARD SEITZ, München

Ein überraschender Führungswechsel steht bei der Friedrich Deckel AG, München, bevor. Der 42jährige Vorstandsvorsitzende Michael Deckel wird der Hauptversammlung am 14. Juli einen bisher noch nicht genannten, familienfremden Manager präsentieren und sich zur Wahl in den Aufsichtsrat stellen. Dies gab er anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1982 bekannt.

Dieser Rollentausch erfolgt bei dem mit 40 Prozent Marktanteil bedeutenden deutschen Werkzeugmaschinen-Hersteller in äußerst schwierigem Wetter, in dem Hoffnung offensichtlich das beherrschende Motto für die nächsten Monate ist. Nur den Aktionären des seit 1981 börsennotierten Unternehmens kann der noch amtierende Vorstandsvorsitzende keine Hoffnung auf eine Dividende für dieses und das nächste Jahr machen. Für 1981 war das Grundkapital, das damals von 45 auf 60 Mill. DM zum Kurs von 125 DM aufgestockt worden war und von dem sich heute rund 42 Mill. DM in Familienbesitz befindet, noch mit einer unveränderten Ausschüttung von 10 DM je 50-DM-Aktie bedient worden.

Nur zögernd wagt Michael Deckel eine Prognose für 1983: „Wir hoffen, ein leichtes einstelliges Umsatzplus und ein besseres, vielleicht ausgeglichenes Ergebnis erzielen zu können." Das Geschäft mit den neuen computergesteuerten Maschinen (CNC) „läuft erfreulich gut; die Bestellungen aus dem Ausland mehren sich". Zudem werden derzeit „aussichtsreiche Verhandlungen" über einen Großauftrag über 1000 einfache Universal-Fräs- und -Bohrmaschinen geführt, von denen die ersten bereits im August ausgeliefert werden sollen. Und nach wie vor wird auf eine Verbesserung des Exportgeschäfts gehofft, um die unbefriedigende Situation im Inland ausgleichen zu können.

Doch gleich darauf gibt er zu erkennen, daß dies alles keineswegs so sicher ist, denn „unsere Geschäftsentwicklung liegt im allgemeinen Trend". Und in der Branche ist die Stimmung nach anfänglicher Euphorie eher wieder verhalten. Es fehlt an Impulsen aus dem Ausland. Bei unzureichenden Auftragseingängen wird bei anhaltendem Preisdruck – Preiszugeständnisse von 10 bis 15 Prozent waren 1982 die Regel – mit einem weiteren Produktionsrückgang gerechnet. Bei Deckel selbst liegt der Auftragseingang in den ersten fünf Monaten 1983 um rund 10 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Schon 1982 blies der Wind dem Werkzeugmaschinen-Bauer voll ins Gesicht. Obwohl der Auftragseingang noch um 7 Prozent (Ausland minus 10 Prozent) stieg, fiel der Umsatz um rund 7,4 Prozent auf 236,9 Mill. DM. Neben einem erhöhten Abschreibungsbedarf und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen von 5,0 (0,1) Mill. DM belastete, so Michael Deckel, trotz Kurzarbeit die Produktion von CNC-Maschinen auf Lager, der Personalabbau von 1973 auf 1837 Mitarbeiter – in diesem Jahr sollen es noch einmal rund 140 Leute sein – und der Start neuer Produktionsanlagen die Erfolgsrechnung erheblich.

Bei deutlich höheren Erträgen, vor allem aus Gewinngemeinschaften mit 7,3 (0,08) Mill. DM und aus dem Abgang von Anlagevermögen von 5,6 (0,7) Mill. DM, verbleibt ein Bilanzverlust von 15,8 Mill. DM; 1981 war noch ein Gewinn von 5,3 Mill. DM erzielt worden. Das Betriebsergebnis (nach DVFA) im Vorjahr mit 7,6 Mill. DM noch positiv, wird mit minus 15 Mill. DM angegeben.

Nochmals kräftiger Kursrutsch

Ausländische Anleger nahmen in großem Umfang Gewinne mit

DW. – Vor allem über eine Großbank schütteten ausländische Anleger in erheblichem Umfang Material auf den Markt, um noch vorhandene Kursgewinne sicherzustellen. Dagegen waren deutsche institutionelle Großanleger eher auf der Käuferseite. Die kurzfristige Spekulation ist eher verunsichert – einmal durch die Frage, wann der Boden des gegenwärtigen Kurstals erreicht ist, zum anderen aber auch durch den festen Dollarkurs, der immer wieder signalisiert, daß die Anleger zur Zeit lieber in den Dollar gehen. Am Mittwoch machten viele Aktienkurse einen kräftigen Rutsch nach unten.

Bei den Autopapieren sanken Daimler Benz vorübergehend um 15 DM auf 512 DM, erholten sich aber wieder auf 517 DM. Schwach auch die Siemens-Aktie mit zeitweise 315 DM (minus 6 DM). Selbst die besonders marktbreiten Farbennachfolger verloren teilweise mehr als 3 DM. Im Bankenbereich gaben die Notierungen um 7 DM nach, so bei der Deutschen Bank vorübergehend DM auf 309,50 DM. Nur gemäßigt abgeschwächt waren die Versorgungspapiere. Stahlwerte gaben der Allgemeintendenz entsprechend nach. Größere Verluste auch bei Maschinenbaupapieren. An einigen Börsen gab es für Deutsche Babcock Stämme Minusankündigung. Der Kurs sank vorübergehend auf 151 DM (minus 8 DM).

Düsseldorf: Die labile Phase der Düsseldorfer Börse hielt an. Pongs und Zahn verloren 5 DM auf 155 DM und AEG Kabel Rheydt um 5 DM auf 245 DM. Audi NSU gaben um 9 DM auf 230 DM nach und Deutsche Texaco um 9 DM auf 278 DM. Hein. Lehmann verminderten um 5 DM auf 180 DM und Leffers um 5 DM auf 332 DM. Bei den Versicherungen gaben Aachen Münchner Bet. um 11 DM auf 680 DM nach und Colonia um 5 DM auf 234 DM.

Frankfurt: Schon kleine Verkäufe genügten, um das Kursniveau im Bereich der Standardwerte bis zu 10 DM zu drücken, das Schwergewicht der Verluste war bei Auto- und Maschinenaktien. Von Nebenwerten blieben Kupferberg 650 DM minus 20 DM, Cassella 465 DM minus 25 DM, Adt 160 DM minus 12 DM, Frankfurter Hypo 551 DM minus 19 DM und Pfälzische Hypo 530 DM minus 15. Verbessern konnten sich Rütgers auf 390 DM plus 5 DM und MAN Roland auf 410 DM plus 8 DM.

Hamburg: Beiersdorf ging zu 340,10 DM (minus 3,90 DM) um. Conti Gummi tendierte 3 DM und Phoenix Gummi 3,50 DM schwächer.

München: Agrob St. erhöhten um 10 DM auf 315 DM und Dywidag um 1 DM auf 256 DM.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin wurden um 20 DM, DeTeWe um 12 DM, Engelhardt um 5 DM und DUB-Schultheiss um 3 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

1. 6. 83: BMW 309; Bavaria 201G; Jute-Spinnerei 150T; Mannesmann 140G; Philips komm. 292T; VEW 124; RWE St. 108,[illegible]; RWE Vz. 109; Reag 387G; Herlitz St. 290; Herlitz Vz. 245.

WELT-Aktienindex vom 1. 6.: 131,[illegible] ([illegible]); WELT-Umsatzindex vom 1. 6.: [illegible] ([illegible]).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Hongkong

Singapur

Madrid

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 1. 6.: 582 Optionen, 29 750 (35 650) Aktien, davon 118 Verkaufsoptionen = 6200 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-70/8, 10-75/6, 10-80/3,50, 1-75/6,70, 1-80/5, Siemens 1-320/34, 1-330/25, 1-340/20, 1-360/5, Veba 10-160/8, 1-170/8 und 7,90, BASF 10-140/11,40, 10-150/5,40, 10-160/3, 1-140/14, 1-160/4, Bayer 10-140/5, 1-150/5,50, Hoechst 10-150/5, BMW 7-340/0,65, 1-340/18, 1-350/10, VW 7-170/5, 10-160/15, 10-170/10, 10-180/6, 1-160/221,70, 1-170/16, 1-180/11, Conti 7-95/2, 10-95/4,90, 10-100/4, 1-95/7,85, 1-100/5,40, 1-110/1,90, Commerzbank 10-170/16,40, 1-180/13, 1-190/10, Dresdner Bank 7-180/4,40, 10-190/7, 1-170/26,20, 1-180/15, 1-190/11,35, Hoesch 7-50/5, 7-55/2, 10-45/12, 10-50/9, 10-55/5,80, 10-60/3,60, 1-50/9,40, 1-55/8, 1-65/3, Mannesmann 10-160/2,40, 1-150/12,40, 1-160/9, 1-170/5, Thyssen 7-80/3, 1-80/11,40, 1-85/6, Deutsche Babcock 1-160/18,50, Degussa 1-330/20, Klöckner 1-50/1,50, Linde 1-380/38, RWE 1-190/8, Schering 10-350/24,80, Philips 10-40/4, 1-45/3,60, Royal Dutch 1-110/10, Elf Aquataine 1-160/4, Norsk Hydro 10-140/13. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-70/5, 10-65/5,60, 10-70/8, 1-60/2,40, 1-75/9, Siemens 7-328,05/10, 7-330/13, 7-350/30, 10-350/30,80, 10-360/41, Veba 7-170/15, BASF 7-150/8, Bayer 7-140/8,50, 10-140/9, Hoechst 7-150/10, 10-150/10,50, BMW 1-310/9,40, VW 7-170/10, 10-180/17,50, Conti 1-90/6, Lufthansa 7-120/8, 1-120/10,50, Commerzbank 10-170/7, Deutsche Bank 1-320/15,60, Dresdner Bank 7-196/16, 10-180/7, Hoesch 7-55/5,50, Thyssen 1-85/6,40, Daimler 7-530/15, 7-540/20, 10-530/15, Deutsche Babcock 10-180/25, GHH 7-170/6, Karstadt 7-280/34, Kaufhof 7-260/22, Klöckner 7-45/4,80, 10-45/5, 1-45/6,50, Chrysler 10-60/3,40, Philips 10-40/2, Norsk Hydro 10-140/5,60.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9⅜	5⅛–5⅜	4⅞–5⅛
3 Monate	9½– 9⅝	5¼–5⅜	4⅞–5⅛
6 Monate	9⅝–10⅛	5⅝–5¾	4⅞–5⅛
12 Monate	9⅞–10¼	6 –6⅛	4¾–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1290,00	1570,70
10 US-Dollar (Indian) **)	1045,00	1240,73
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	587,60
1 £ Sovereign alt	247,00	301,71
1 £ Sovereign Elizabeth II	244,00	298,32
20 belgische Franken	185,00	242,95
10 Rubel Tscherwonez	258,00	319,79
2 südafrikanische Rand	243,00	297,19
Krüger Rand, neu	1075,00	1259,95
Maple Leaf	1074,00	1258,82
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	253,00	319,79
20 schweiz. Franken „Vreneli"	211,00	266,68
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	995,00	1192,15
20 österr. Kronen (Neuprägung)	201,00	249,73
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	135,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	462,00	561,61
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	144,04

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

1. 6. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurse[4])	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,5371	2,5451	2,5039	2,47	2,58
London[1])	4,039	4,053	3,995	3,97	4,12
Dublin[1])	3,152	3,166	3,067	3,10	3,35
Montreal[3])	2,0611	2,0691	2,0419	2,01	2,10
Amsterd.	88,850	89,070	88,78	88,25	90,25
Zürich	120,590	120,790	120,69	119,00	121,75
Brüssel	4,997	5,017	4,948	4,90	5,12
Paris	33,225	33,385	32,595	32,25	34,25
Kopenh.	28,860	27,980	27,82	27,25	29,25
Oslo	35,300	35,430	34,615	34,50	36,25
Stockh.**)	33,510	33,670	33,07	32,75	34,50
Mailand[2]) **)	1,681	1,691	1,641	1,66	1,75
Wien	14,174	14,214	14,194	14,10	14,33
Madrid**)	1,795	1,805	1,714	1,75	1,87
Lissabon**)	2,520	2,540	2,30	2,10	3,00
Tokio	1,0600	1,0630	—	1,02	1,08
Helsinki	46,050	46,250	45,09	45,25	47,00
Buen. Air.	–	—	—	—	0,01
Rio	–	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,983	3,087	—	2,55	3,35
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,228	2,247	—	2,15	2,28
Johannesbg.*)	2,34	2,359	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Aufwärtsbewegung des US-Dollars beschleunigt sich. Von 2,5330 zu Beginn des Handels kletterte der Kurs am 1. 6. bis 2,5515. Die Bundesbank war lediglich zur amtlichen Notiz von 2,5411 aktiv, sie gab 15,9 Mill. Dollar an den Markt ab. Die neuerliche Befestigung des Dollars wurde durch Tagesgeldzinssätze von über 9 Prozent am New Yorker Geldmarkt und der Ratlosigkeit, die in den Kommentaren nach dem *Wirtschaftsgipfel* im Hinblick auf die Reduzierung des amerikanischen Budget herrscht, ausgelöst. Stärker befestigen konnte sich auch der japanische Yen um 4,3 Promille auf 1,0615. Hier wird eine schon lange erwartete Diskontsenkung angesichts der Zementierung der US-Dollar-Zinsen immer unwahrscheinlicher. Auch der Schweizer Franken legte 20 Pf. zu und stieg auf 120,69. Die Schweizer Banken hoben ihre Zinsen für Einlagen heute um ¼ Prozent an. Dollar in: Amsterdam 2,8610; Brüssel 50,81; Paris 7,6370; Mailand 1507,70; Wien 17,9070; Zürich 2,1056; Pfund/Dollar 1,5922.

Ostmarkkurs am 1. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,50; Verkauf 24,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Bereich der Dollar/DM-Swapsätze kam es am 1. Juni nur zu geringen Veränderungen, da Dollar- und DM-Zinssätze parallel anzogen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,78/2,68	5,42/5,22
Pfund/Dollar	0,12/0,10	0,28/0,24	0,35/0,30
Pfund/DM	2,40/1,00	5,70/4,30	10,00/8,00
FF/DM	30/14	79/63	176/180

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 6.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,30 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,60 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 6.: 10 bis 29 Tage 3,65 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 31. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,00 (5,61) – 7,50 (6,04) – 8,00 (6,38) – 9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,66) – 7,50 (6,12) – 8,00 (6,49) – 9,00 (6,90) – 9,00 (7,20) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,84, 2 Jahre 6,72. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 99,00, Rendite 7,73.

Rentenwerte wieder sehr schwach

Für das Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren blieb die Stimmung auch am Mittwoch auf dem Nullpunkt. Verkaufsdruck ließ die Notierungen kräftig zurückgehen, bei öffentlichen Anleihen bis um 0,6 Prozentpunkte, bei Bundesanleihen speziell bis um 1,3 Prozentpunkte, nicht zuletzt, weil man auf die Konditionen der neuen Bundesanleihe wartet, die am Freitag festgelegt werden. Pfandbriefe gaben bis um 1,5 Punkte und DM-Auslandsanleihen bei allerdings kleinem Angebot bis um einen halben Punkt nach.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

		1. 6.	31. 5.
F 4 Abl. 57•	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,15G	100,2G
10 dgl. 73 II	11/83	101,7	101,7
7½ dgl. 72	2/84	100,65	100,8
8 dgl. 72	9/84	101,86	102
8¾ dgl. 76	9/84	102,05	102,2
6 dgl. 78 III	11/84	98,7	99,1
5½ dgl. 78	2/85	98,8	99,3
8½ dgl. 73	2/85	102,2	103,1
7 dgl. 77	2/87	96,8	97,4

Bankschuldverschreib.

	1. 6.	31. 5.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	84G	85G
8½ dgl. Pf 5	97B	98G
7 dgl. Pf 2	100	100
F 7½ Bekola Pf 104	92B	101,4G
9 dgl. Pf 105	105,4B	105,4B
10 dgl. Pf 106	110,5G	110,5G
7 dgl. KS 132	96,6B	96,6B
8 dgl. KS 165	100,75T	100,75T
9 dgl. KS 169	104,2G	104,2G

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]

Warenpreise – Termine

Mit einem Kurseinbruch schlossen die Goldnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Um das Limit niedriger ging Silber aus dem Markt, schwächer notierte Kupfer. Deutliche Einbußen mußte Kaffee hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	31. 5.	30. 5.
Juli	343,25	geschl.
Sept.	354,00	geschl.
Dez.	367,00	geschl.

[illegible]

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	31. 5.	30. 5.
Terminkontr. Juli	131,50	geschl.
Sept.	129,65	geschl.
Dez.	127,25	geschl.

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Versicherungs-Makler

Py. – Die über 130 im Verein Deutscher Versicherungsmakler e. V. zusammengeschlossenen Unternehmen mit reichlich 3000 Beschäftigten werben für sich und ihre Arbeit mit dem Slogan „Sicherheit mit Sachverstand". Das ist sicher ein hoher Anspruch, dem sich die Mitglieder in einem „Punktekatalog" freiwillig unterworfen haben. Die Erfüllbarkeit der angebotenen Dienstleistungsbereiche, Risikoanalyse für den Versicherungsnehmer, die Vertragsgesaltung für das zu versichernde Risiko, die laufende Betreuung des Kunden und die Verwaltung des Vertrags, schließlich die Schadenabwicklung und die Kenntnis des ausländischen Versicherungsmarktes muß gewährleistet sein, bevor ein Makler Mitglied des „Vereins" wird, dessen Mitgliedschaft zu einem Gütesiegel geworden ist. Die VDVM-Satzung schreibt im übrigen vor, daß jedes Mitglied eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung abzuschließen hat – eine weitere Sicherheit für den Versicherungsnehmer.

Die Interessenvertreter der Versicherten arbeiten ohne zusätzliche Kosten

Service steht immer an erster Stelle

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Im geschäftlichen Dreiecksverhältnis zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherungsnehmer besitzt der Versicherungsmakler als Dritter im Bunde eine besondere Funktion. Von den Versicherern unabhängig, bietet er zwar deren Produkt an, weiß sich jedoch als Wahrer der Interessen der Versicherten. Auf der einen Seite muß er den Versicherungsnehmer auf den für seine Risiken unbedingt notwendigen Deckungsumfang hinweisen, er muß aber andererseits Qualität zu einem für den Versicherten akzeptablen Preis, in diesem Fall die Prämie, verkaufen.

Das verlangt Kenntnis der Versicherungsmöglichkeiten, der Prämienkalkulation, vor allem aber – wenn es sich um Risiken im Ausland handelt – muß er über Marktentwicklungen, Prämien und Wandel bei den Konditionen auf dem laufenden sein.

Er muß in der Lage sein, einen „Maßanzug für Versicherungsrisiken" zu schneidern. Das heißt, daß er die Versicherungsverträge im Unternehmen unter dem Aspekt, was an Deckung notwendig ist, was an Bedingungen zu akzeptieren ist oder im speziellen Fall durch Zusätze in den Vertrag aufgenommen werden muß, zu gestalten und eine faire Prämie mit der Versicherung auszuhandeln hat.

Die ins einzelne gehende Analyse wird dann zeigen, was versichert werden muß, ob der vorhandene Versicherungsschutz ausreicht, ob vielleicht – selbst im Widerstreit mit dem gesunden Gewinnstreben des Maklers – einiges überflüssig ist (Doppelversicherung).

Es ist klar, daß eine solche Analyse nicht am grünen Tisch erfolgen kann. Sie kann je nach Größe des Unternehmens, Branche und Berücksichtigung besonderer Gefahren (beispielsweise bei der Feuer- und Betriebs-Unterbrechungsversicherung) bei genauer Begehung eines Unternehmens Tage dauern. Dabei werden freilich auch die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen gegen Einbruch und Feuer besprochen, ohne die heute viele Risiken gar nicht mehr versichert werden.

Dieser Service geht sogar so weit, daß bei bestimmten Planungsvorhaben mitgearbeitet wird, wenn nicht mit einem eigenen Techniker-Team, so doch mit freien, vom Makler herangezogenen Sachverständigen. Besondere Brandschutzeinrichtungen werden gemeinsam mit dem Unternehmen ausgewählt. Selbst dann endet die Arbeit des Maklers nicht. Im Schadenfall hilft er bei der Schadenregulierung, verhandelt im Auftrag des Versicherten mit der Versicherungsgesellschaft, sucht auch hier Sachverständige zur Schadenbesichtigung aus.

Führende deutsche Versicherungsmakler

1. Jauch & Hübener GmbH, Hamburg
2. Gradmann & Holler, Hamburg
3. L. Funk & Söhne, GmbH, Hamburg
4. M. W. Joost, Hamburg
5. Carl Jaspers Sohn, Hamburg
6. C. Wuppesahl, Bremen
7. Emil Preuss, Hamburg
8. Industrieassekuranz, Frankfurt
9. Hanseatische Assekuranzvermittlung AG, Hamburg
10. L. W. Schenck, München

Sicher, dies alles kostet Geld. Nur: Dem Versicherten entstehen aus der Zusammenarbeit mit dem Makler keine zusätzlichen Kosten. Sie werden nach internationalem Brauch durch die von den Versicherungsgesellschaften gezahlten Courtagen (Provisionen) abgegolten, die in der Prämie enthalten sind. Schließlich nimmt der Makler den Versicherten einen erheblichen Teil ihrer Arbeit und damit ihrer eigenen Kosten ab. Die frei ausgehandelten, aber bestimmten Usancen unterliegenden Courtagesätze liegen bei den industriellen Risiken (Feuer, Transport, Haftpflicht) zwischen zwölf und 15 Prozent der Prämie. Die Rolle des Maklers als eines unabhängigen Beraters honoriert die gewerbliche Wirtschaft auch: Etwa ein Drittel des gesamten industriellen und gewerblichen Versicherungsschutzes wird von Maklern abgewickelt. Allein im Schiffsbereich vermitteln sie über 90 Prozent.

GELDANLAGE

Sparen in Versicherungen wächst stetig

JÜRGEN BERTONI, **Bonn**

Inflation, die Ausgabenwut vieler Politiker, der lässige Umgang mit fremden Spargeldern, Massenarbeitslosigkeit und öffentliche Schelte („Man kann sich auch kaputtsparen") stellten den Sparfleiß von Millionen Bundesbürgern immer wieder auf die Probe.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die laufende Ersparnisbildung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik. Sie betrug 1960 rund 17,4 Milliarden Mark, stieg bis 1970 auf 62,7 Milliarden Mark und wuchs bis 1980 – bei Schwankungen und Perioden rückläufiger Entwicklung – auf 139,3 Milliarden Mark. Im letzten Jahr dürften 154,6 Milliarden Mark erreicht worden sein. Dies würde einer Sparquote von 14,7 Prozent (1982) nach 14,5 (1980) und 9,2 (1960) entsprochen haben.

Die trotz aller Belastungen erzielte Sparleistung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik erreichte im Verlauf eine höhere wirtschaftliche Qualität. Die Sparer disponieren – heute vorsichtiger und wie noch im Vorjahr der Run auf hochverzinsliche Termingelder bestätigte – renditeorientierter. Manch einem sitzt noch der Schock empfindlicher Vermögensverluste, etwa nach dem Erwerb exotischer Investmentfondsanteile, in den Gliedern. Andere, Sparbuchinhaber, die man auch noch in Hochzinsphasen mit Niedrigstzinsen abgefertigt hatte, haben sich mittlerweile attraktiveren Sparformen zugewandt.

Anfangs weniger im Vordergrund stehende Sparformen, wie das Versicherungssparen, gewinnen zunehmende Bedeutung. Andererseits fällt das Kontensparen bei Banken und Sparkassen anteilsmäßig zurück.

Im einzelnen gewann das Versicherungssparen einen immer größeren Anteil an der Ersparnisbildung der privaten Haushalte. Während es 1960 hieran mit nur 22,3 Prozent und 1970 mit 17,4 Prozent partizipierte, betrug sein Anteil 1980 bereits 38,5 Prozent. Gleichzeitig schrumpfte der Anteil des Kontensparens bei Banken und Sparkassen von 57,2 über 47,6 (1970) auf 13,4 Prozent.

Das Bausparen verringerte seinen Anteil von 13,7 auf 9,6 Prozent, während sich der Anteil des Wertpapiersparens von 16,8 über 22,8 (1970) bis auf 38,5 Prozent (1980) mehr als verdoppelt hat.

NEUE BÜCHER

Anton Martin: Sachversicherungsrecht, Kommentar, Verlag C. H. Beck, München 1982, 1164 S. (Ln.), 174 Mark.

Sachversicherungsrecht gilt als eine schwer zugängliche Materie. Es ist unübersichtlich und kompliziert. Anton Martin, ein hervorragender Versicherungsrechtler, bietet eine übersichtliche und anschauliche Kommentierung, die auch dem neuesten Stand der Vertrags- und Schadensregulierungstechnik in der Versicherungspraxis entspricht.

Das Werk erläutert die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) einschließlich sämtlicher Sonder- und Zusatzbedingungen. Die Handhabung des Kommentars wird durch ein Inhaltsverzeichnis, das einen systematischen Überblick gewährt, und durch ein detailliertes Sachregister mit über 3000 Stichwörtern erleichtert.

Redaktion: Harald Posny, Düsseldorf
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN – 0722 – 1452

GEHÄLTER

Hohe Qualifikation – gute Einkommen

K.-H. S., **Düsseldorf**

Die Angestellten der deutschen Versicherungs-Unternehmen verdienen gut, sogar überdurchschnittlich gut, wenn man ihre Gehälter mit denen in der Gesamtwirtschaft vergleicht. Das liegt ganz überwiegend an dem relativ hohen Qualifikationsniveau der Versicherungsangestellten, aber auch an den bei den Versicherern erwirtschafteten Erträgen, die sich selbst in Jahren nicht so ausgeprägten Wachstums und schlechtem Risikoverlauf wegen der hohen Erträge aus Kapitalanlagen sehen lassen können.

Nach einer Aufstellung des Arbeitgeberverbandes der Versicherungs-Unternehmungen in Deutschland betrugen die monatlichen Brutto-Effektivgehälter kaufmännischer Angestellter (ohne Sondervergütungen) im letzten Jahr bei den Versicherern 3678 Mark bei den Männern und 2825 Mark bei den Frauen. Im Bankenbereich lagen diese Beträge bei 3390 beziehungsweise 2626 Mark, in der Gesamtwirtschaft dagegen bei 3583 beziehungsweise 2447 Mark.

„Die Assekuranz ist weit besser als ihr Ruf"

KARL-HEINZ STEFAN, **Köln**

Die Versicherungswirtschaft ist ein dynamisches Gewerbe. Ihr Ansehen unterliegt der öffentlichen Meinungsbildung. Doch es wird nicht allein von den Daten der jährlichen Geschäftsberichte des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) oder der einzelnen Fachverbände bestimmt. Viele Einzelerfahrungen tragen zum Image der Versicherer bei.

Zurückhaltende Kunden

Freilich, zufriedene Kunden beteiligen sich zuallerletzt an sogenannter öffentlicher Meinungsbildung. Andererseits melden sich bei weitem nicht alle Versicherungskunden zu Wort, die sich unfreundlich oder ungerecht behandelt fühlen. Wer kennt schon – im Versicherungsfall – die anzuwendenden Gesetze und Bestimmungen, das Kleingedruckte, den Beschwerdeweg, vom notfalls einzuschlagenden Rechtsweg ganz zu schweigen. Offensichtlich steuern eher die wirtschaftlich Robusteren, die Informierten, zur Meinungsbildung über die Versicherungswirtschaft bei. Dies gilt in zweifacher Hinsicht:

1. Wer unzufrieden ist mit seiner Versicherung und die Beschwerdeinstanz kennt, wendet sich an das Berliner Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV), um dort Hilfe, Rat und Auskunft einzuholen. Nach der im März herausgegebenen Beschwerdeübersicht des Amtes für 1982 ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Anfragen und Beschwerden insgesamt. Der Anteil der begründeten Beschwerden nahm – ungeachtet des Anstiegs der Vertrags- und Schadenzahlen – von 16 auf 14 Prozent ab. Auf 155 000 bestehende Verträge entfiel nur eine begründete Beschwerde: „Ansporn, die Beschwerdeanlässe weiter zu drosseln", hieß es hierzu beim GDV. Den Versicherern bleibt noch viel zu tun", resümiert das BAV.

2. Es ist ein Glücksfall für die Branche, daß Repräsentativbefragungen die Annahme bestärkten, wonach Versicherte mit überdurchschnittlichem Wissen in Versicherungsfragen die Versicherungswirtschaft wesentlich positiver einschätzen als Mitbürger mit geringeren Kenntnissen.

Gilt Ähnliches auch für die „veröffentlichte Meinung"? Die Berichte und Kommentare über Versicherungsfragen halten sich hierzulande überwiegend in den von Sachlichkeit und Fairneß her gebotenen Grenzen. Offenheit und guter Wille seitens der Versicherungswirtschaft beim Umgang mit dem schreibenden Gewerbe tragen hierzu bei. Die dahinter stehende Gesinnung ist allemal ein zuverlässiger Verbündeter im Feldzug gegen Vorurteil und Unwissenheit, der von der deutschen Assekuranz auf mehreren Ebenen unternommen wird.

Interessantes Gutachten

Dazu gehört das unlängst vom Institut für Demoskopie Allensbach erarbeitete Gutachten zur Frage „Die Versicherungen aus der Sicht der Bürger." Die Arbeit war vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Abstimmung mit den Versicherungsverbänden in Auftrag gegeben worden.

Überraschenderweise fanden die Repräsentativ-Befrager heraus, „daß nicht weniger als 86 Prozent derjenigen, die in den letzten zwei, drei Jahren einen Schadenfall hatten, sich mit der Abwicklung durch ihren Versicherer zufrieden zeigten".

Die am häufigsten genannten Idealvorstellungen von einer Versicherungsgesellschaft waren

- schnelle Abwicklung von Versicherungsfällen,
- Verständlichkeit der Versicherungsbedingungen,
- Rückzahlung der Beitragsüberschüsse,
- unbedingte Zuverlässigkeit.

Bei grafischer Gegenüberstellung von Idealbild und Nahbild, also der Beurteilung der eigenen Versicherung, wurden die Diskrepanzen zwischen Wunsch und jeweiliger subjektiver Wirklichkeit deutlich. Etwa 44 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik gehen davon aus, daß es zwischen den Versicherten und den Unternehmen – besonders bei Schadenfällen – häufiger zu Streitfällen kommt, obwohl die eigenen Erfahrungen dieser Annahme entgegenstehen. Hier treten Divergenzen zwischen dem persönlichen Erfahrungsbereich und dem Urteil über die Branche zutage, die in den meisten Fällen auf Informationsdefizite zurückzuführen sind.

Der Himmel, zweigeteilt

cf – Christen wissen, daß das Leben nicht mit dem irdischen Tod endet. Die Seele lebt in einem anderen Zustand. Sie kann, um es allgemeinverständlich zu sagen, in einer viele Jahrhunderte alten Wendung, „in den Himmel" kommen. Das war immer unbestritten und stand so wenig in Frage wie das Faktum, daß Seelen von der Hautfarbe unabhängig sind. Erst Südafrikas Apartheid, die Politik der Rassentrennung, hat zu der Frage geführt, ob denn auch im Himmel die Schwarzen getrennt sein würden von den Weißen.

Es war dies natürlich eine rein polemische Frage, gestellt allein, um das Apartheids-Prinzip ad absurdum zu führen. Aber nun gibt es eine Antwort darauf, gegeben von Mrs. Marie van Zyl, der weißen Chefin eines schwarz gewandeten Damenverbands in Südafrika, der sich besonders der Apartheid annimmt. In einem ihrer mehr liberalen Augenblicke hat sie ihren schwarzen Landsleuten den Himmel zugestanden. Jawohl, hat sie gesagt, es ist sehr wohl möglich, daß es zwei Himmel gibt, einen für Schwarze und einen für Weiße.

Sie hat das ganz ernst gemeint und hält sich nach wie vor für einen christlichen Menschen. Man mußte die Frage doch einmal anpacken. Daß sich schieres Entsetzen um sie herum ausbreitete, insbesondere bei ihren weißhäutigen Landsleuten und Mitchristen, das hat sie zunächst gar nicht verstanden. Mittlerweile ist sie immerhin so weit, daß sie Rückfragen, insbesondere Personen von der Presse, an ihren Anwalt verweist, da sie einen eigenen Theologen nicht hat.

Es wird dies hier berichtet, um den Leser auf dem laufenden zu halten, was für Hirne es auch in unseren Tagen gibt und wohin sie denken können – falls der Vorgang bei Mrs. van Zyl „Denken" genannt werden kann. Der einzige Kommentar, der sich bisher von schwarzhäutigen Seelen ermitteln ließ, ist der einer dienenden Frau: „Hoffentlich finden sie dann im weißen Himmel jemanden, der ihnen den Tee macht."

T. Williams in Köln

Mrs. Stones römischer Frühling

Es ist erstaunlich, daß der schmale Tennessee-Williams-Roman „Der römische Frühling der Mrs. Stone" nach seiner Verfilmung im Jahre 1961 mit Vivien Leigh und Lotte Lenya nie mehr dramatisiert wurde. Gerade die Figur der Schauspielerin Karen Stone, die nach dem Tode ihres Mannes aus dem Beruf aussteigt, nach Europa fliegt und in Rom mit gekaufter Gigolo-Liebe ihre Identitätsprobleme zu bewältigen sucht, kann als ein früher Diskussionsbeitrag zum Thema Midlife-crisis und Frauenemanzipation angesehen werden.

Nun hat Jochen Ulrich, Choreograph und Leiter des Kölner Tanz-Forums, sich der Sache angenommen und dem von finanziellen und künstlerischen Krisen arg gebeutelten Kölner Privattheater „Der Keller" eine der erfolgreichsten, aber auch eine der aufwendigsten Produktionen beschert. Durch Verdreifachung der Hauptfigur und mit Hilfe eines aus Spiegeltüren bestehenden Bühnenbildes von Tony Westwood wollte Ulrich die inneren Spannungszustände der Titelfigur in Bewegungssequenzen umsetzen und optisch akzentuieren.

Auf der winzigen Bühne des Keller-Theaters erreicht die Darstellung der in Frust und hektischer Selbsttäuschung dahinlamentierenden Mrs. Stone durch Petra Sager, Svenbjörg Alexanders und Dudley Barrett eine bemerkenswerte Eindringlichkeit. Das hochtrabend als Tanztheater-Projekt etikettierte Unternehmen ist aber nichts anderes als eine konventionelle Theaterinszenierung mit Multimedia-Effekten.

Hat es zu Beginn noch den Anschein, als wollte Ulrich durch die optischen und sprachlichen Doppelungseffekte das Psychogramm und die Selbstfindung einer zutiefst verunsicherten Frau nachzeichnen, so versandet der Abend in effektvoller Trivialität. Allein eine Übersetzung und Vergegenwärtigung der Chiffren für sexuelle Ängste und seelische Nöte, mit denen Williams den literarischen Konventionen der fünfziger Jahre Tribut zollte, könnten eine Beschäftigung mit den verqueren Charakteren heute noch reizvoll erscheinen lassen.

Doch wie auch in seinen Ballettchoreographien überlagert bei Ulrich eine lupenreine Ästhetik die Inhalte. Zahllose schicke Kostüme, raffinierte Beleuchtung und von Samuelina Tahija im Stil einer amerikanischen Barpianistin vorzüglich gestaltete Songs von Cole Porter bis Janis Joplin sorgen für eine abwechslungsreiche sentimentale Reise zurück in die amerikanische Nachkriegsliteratur.

ALBIN HÄNSEROTH

Ohne Jack Lang: Theaterfestival '83 von Nancy

„Wasser unter" für die Treibhäuser

Was ist aus den Theaterfestspielen von Nancy geworden? So fragte man sich im letzten Jahr, als sie ausfielen. Jack Lang, der vor genau zwanzig Jahren das erste Treffen von Studentenbühnen aus der ganzen Welt dort organisiert hatte, interessiere sich nicht mehr für Nancy, so war zu hören, seitdem er zum Kulturminister der neuen sozialistischen Regierung avanciert und die Stadtverwaltung im Lager der Opposition verblieben ist.

In Paris indes hatte man nicht mit dem Eigensinn der Lothringer gerechnet. Die Stadt nahm die Dinge selbst in die Hand, brachte gemeinsam mit der Region ein schmales Budget zusammen und bestellte als künstlerische Leiterin die Jugoslawin Mira Trailovic, die erfahrene Direktorin des Avantgarde-Theaters „Atelier 212" aus Belgrad und Frau des Chefredakteurs der „Politica", der inzwischen, seit ihrer Ernennung vom Oktober letzten Jahres, seines Postens enthoben wurde.

Die Vorbereitungszeit war kurz, das Festspielbudget wurde im letzten Augenblick noch um ein Drittel auf knappe 400 000 Mark gekürzt. Aber die Festspiele hatten einen Namen und eine Tradition, darauf konnte man bauen. Denn hier in Nancy wurde das Theater von Bob Wilson, Jerzy Grotowski, Tadeusz Kantor, Bread and Puppet und Pina Bausch entdeckt; das waren die führenden Namen der Theater-Avantgarde der sechziger und siebziger Jahre. Die Frage war in diesem Jahr jedoch nicht: Gibt es eine neue Avantgarde unseres Jahrzehnts in einer veränderten Theaterwelt, sondern: Wohin hat die Bühnenrevolution von einst geführt? Mira Trailovic, auf der Suche nach einer neuen Theaterqualität, spricht von einer „Synthese" der Theatererfahrung.

Also eine Parade des etablierten Theaters? Das war zu befürchten. Das Ergebnis war ein anderes: Die Begegnung des Theaters aus dem Osten mit dem des Westens. Von den 30 aufgeführten Stücken (Peter Weiss auf ungarisch, Handke auf französisch, Molière und Shakespeare auf deutsch, T. S. Eliot auf polnisch) kamen die meisten Inszenierungen aus dem Osten. „Konformistisches Theater", so prophezeite ein Kritiker, nachdem er Büchners „Dantons Tod" in der Ostberliner Inszenierung des Deutschen Theaters von Alexander Lang gesehen hatte.

Aber nach der Aufführung von Eliots „Mord im Dom" durch das Krakauer Teatr Stary stellte sich die Frage anders. Gewinnt hier der Inhalt, der in scheinbar klassischer Form dargeboten wird, nicht eine aktuell politische Dimension, die das westliche Theater nur dadurch zu vermitteln imstande ist, indem es ästhetisches Neuland betritt?

Eine andere Inszenierung der gleichen Truppe aus Krakau, diesmal von Andrzej Wajda, machte deutlich, wie sehr die Aufführung noch Träger des Wortes sein kann: Die übersteigerte, fiebernde Sprache Dostojewskis mündet hier in den improvisierten Monolog Rogoschins über Motive des Romans „Der Idiot", der zur Katastrophe, zum Einsturz jener heilen Welt führt, in der der Mensch Träger des Gottesgedankens ist.

Hier wird bei den Polen das Religiöse zur utopischen Gegenkraft zur politischen Welt – eine Polarisierung der Ideen, die wir auch in der ungarischen Aufführung des „Marat/Sade" von Peter Weiss wiederfinden, die in die Erkenntnis der Vergeblichkeit des Handelns münden. Die Kraft der Inszenierung kommt aus der Erschütterung, die ein klassischer Text, konfrontiert mit der Wirklichkeit der Welt im Osten, vermittelt, während das Fehlen der geistigen und existentiellen Bedrohung des Menschen im Westen zur Reduktion der Sprache führt, zur bloßen Mimik und Gestik als Ausdruck der Einsamkeit und des Verlassenseins des Menschen.

Am überzeugendsten wirkte die Aufführung einer kleinen, in Paris noch unbekannten Gruppe aus Aix-en-Provence, „Greta Chute Libre", mit ihren „Treibhäusern", von den Schauspielern gemeinsam geschrieben und erarbeitet. Keiner der bekannten Regisseure, die Frankreich auf internationalen Theatertreffen vertreten und die im kommenden Monat in Avignon zu sehen sein werden, wurde nach Nancy eingeladen, dafür aber fünf Gruppen aus der Provinz. Dies war das umstrittene Konzept von Frau Trailovic, das sich bewährt hat.

„Treibhäuser" findet keinen Vergleich im modernen Theater. Das Ganze wirkt wie eine genau geschriebene Bewegungspartitur, die Gefühle auszudrücken vermag und Beziehungen zwischen vier Personen im Treibhaus verdeutlicht. Das selten gesprochene Wort hat kaum mehr Bedeutung, erscheint nur vertrauter als die sommernächtlichen Geräusche. Einzelne Situationen werden gegeben, nicht mehr, geheimnisvoll, beunruhigend, ironisch, sentimental, aber konkret und konsequent in der Konzeption dieser seltsamen Inszenierung von Dominique Leconte.

Zum ersten Mal war in einer ehemaligen Tabakfabrik ein Festspielzentrum eingerichtet worden, aber zu einem Treffen zwischen den Theatergruppen mit den Zuschauern wollte es nicht kommen. Die Hallen waren ungeheizt, es regnete ununterbrochen, die Unterstadt von Nancy war vom Hochwasser überschwemmt und die Straßen der Oberstadt vom Autoverkehr deshalb um so mehr verstopft. Die Theater lagen weit auseinander, so daß es selten möglich war, die drei angesetzten Aufführungen des Tages hintereinander zu sehen.

Zu einer Begegnung mit den Regisseuren und Schauspielern kam es nur beim Pressetreffen am Vormittag: Hier wurden umstrittene Inszenierungen nicht nur verteidigt, sondern der europäische Zuschauer konnte durch ein gutes Gespräch etwas mehr begreifen von der geheimnisvollen Zeremonie des klassischen Theaters aus Indien und Japan. Eine solche Begegnung mit außereuropäischen Kulturen, in denen anscheinend noch ein klassischer Bildungskanon besteht, der dem Westen aus Eigendünkel abhanden gekommen ist, könnte unserem Theater weiterhelfen, könnte unsere Möglichkeiten erweitern. Hier scheint uns ein Ansatz gegeben, in den kommenden Jahren den Dialog zwischen den Kulturen zu vertiefen und eine neue Konzeption für das internationale Theatertreffen von Nancy zu finden. Der erste Schritt in diese Richtung ist getan. Nancy hat wieder seinen Platz in der internationalen Theaterdiskussion.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Gesellschaft

Das pflegeleichte Kind

Wer die Vierteljahresschrift „Gesellschaft" (Verlag Lothar Ulsamer, Kelterstraße 35, Esslingen-Sulzgries) in die Hand bekommt, der denkt zunächst: wieder eine der vielen halb- oder ganz linken Postillen. Darin bestärkt ihn vieles: der Untertitel „Analysen – Kommentare – Materialien"; die betont nüchternen Schwarzweiß-Umschläge der DIN-A 5-Hefte mit ihren Fotos aus der Alltagswelt; der „Arbeitsheft"-Charakter der Zeitschrift mit ihren Tabellen und Karten; das Hervorheben des Wesentlichen durch Fettdruck.

Bei genauerer Lektüre merkt man dann, daß diese „Gesellschaft" irgendwo in der rechten Hälfte der CDU zu Hause sein muß. In diese Richtung verweisen schon Mitarbeiternamen wie Graf Huyn und Lothar Bossle. Daß ein Sozialdemokrat wie Herbert Weichmann auch mitmacht, widerlegt die Standortbestimmung CDU auch nicht: Mit seinem entschiedenen Antikommunismus paßt der ehemalige Erste Bürgermeister von Hamburg schon lange nicht mehr in die SPD.

Allerdings unterscheidet sich „Gesellschaft" im Ton deutlich von den üblichen antikommunistischen Organen rechts von der Mitte – zum mindesten in den Teilen, denen Chefredakteur Lothar Ulsamer seinen Stil aufprägen kann (nicht jeder Mitarbeiter paßt sich ein). Jene Zeitschriften wirken pathetisch oder sentimental neben der sachlichen, fast unterkühlten Art von „Gesellschaft".

Am besten zeigt man das an einem Beispiel. In dem den Familienproblemen gewidmeten Heft schreibt Ulsamer unter dem Titel „Das pflegeleichte Kind" folgendes: „Selbstverständlich sind nicht Ehe und Familie positive Voraussetzungen für die Erziehung eines Kindes, natürlich ist auch der Vater eine unnötige Randfigur. Kinder werden zum Spielzeug für Erwachsene, das man wegstellen und bei Bedarf wieder aus dem Schrank holen kann. Wenn z. B. eine Frau ein Kind möchte, damit sie ‚aus der Einsamkeit herausfindet', dann sucht sie einen passenden Mann. Selbstverständlich wäre dieser Mann als Vater in der Familie nur eine ‚Belastung', daher leben Mutter und Kind alleine. Ist die Mutter beruflich eingespannt, dann gibt sie das Kind an Freunde weiter. Die Zuwendung auf das Kind wird auf ein Mindestmaß reduziert, und nach den Bedürfnissen des Erwachsenen wird das pflegeleichte Kind zurechtgestutzt."

Wir zitieren diese Sätze nicht als besondere Erleuchtung. Sie sollen vielmehr die Tonlage angeben, in der in dieser Zeitschrift über Nachrüstung, Kunstpolitik oder Kommunismus gesprochen wird. Bei diesem Ton hören nicht nur die bereits Überzeugten hin – es machen dann auch diejenigen die Ohren auf, die zurückschrecken würden, wenn man sie gleich in kollektive Entrüstung einbezöge oder mit dem üblichen Polit-Blabla übergösse.

Im Ulsamer-Teil dieser Hefte kann man lernen, wie man eine „rechte" politische Zeitschrift macht, die mehr sein will als ein Selbstbestätigungsorgan für Veteranen.

ANTON MADLER



Menschenjagd auf Kommando des Fernsehens: Szene aus Yves Boissets Sheckley-Verfilmung „Kopfjagd" FOTO: ASCOT

Yves Boissets neuer Film „Kopfjagd – Preis der Angst" in unseren Kinos

Wenn das Fernsehen mörderisch wird

Das ist nun das dritte Mal, daß eine Kurzgeschichte des amerikanischen Science-fiction-Autors Robert Sheckley die Vorlage zu einem Film abgibt. 1965 verfilmte Elio Petri „Das zehnte Opfer", und bis heute unvergessen ist der Fernsehfilm, den Wolfgang Menge 1971 nach „The Prize of Peril" machte. „Das Millionenspiel". Beide Male geht es um das gleiche Thema: Ein Zukunftsstaat gibt seinen Bürgern die legale Möglichkeit zum Mord, setzt so atavistische Triebe frei und lenkt dadurch von all den Miseren ab, unter denen die Menschen zu leiden haben.

Mit „Kopfjagd – Preis der Angst" hat sich Yves Boisset, französischer Action-Regisseur mit gewissen sozialkritischen Ansprüchen, jetzt als zweiter an „The Prize of Peril" gemacht. Das ist von der Vorlage her eine bissige Mediensatire: Eine Fernsehstation veranstaltet eine Menschenjagd: ein Mann gegen fünf Killer. Kommt er lebendig von dem Punkt, an dem er ausgesetzt wurde, zum Sendesaal zurück, erhält er eine Million Dollar. Der Preis des Versagens ist der Tod. Und alles wird natürlich live im Fernsehen übertragen. Sheckley hat damit Tendenzen im Fernsehen satirisch-kritisch auf die Spitze getrieben.

Zumindest in Deutschland muß Boisset sich mit dem „Millionenspiel" auseinandersetzen und natürlich darüber hinaus mit Sidney Lumets „Network". Beide Male schneidet er nicht sonderlich günstig ab. Das liegt hauptsächlich an einer Verschiebung gegenüber der Kurzgeschichte: Sind es bei Sheckley Verbrecher, die auf den Gejagten angesetzt werden – womit die fiktiven Fernsehzuschauer in ihrem Identifikationsverhalten natürlich von vornherein festgelegt sind – so sind es bei Boisset Normalbürger, die einfach nur einmal ihre Aggressionen ausleben wollen. Entsprechend schwankt bei ihnen das Publikum in seinen Sympathiereaktionen.

Man merkt natürlich, worauf das hinauslaufen soll. Boisset setzt auf den Klotz „Sensationsgier des Fernsehens" noch den Keil „beliebige Manipulierbarkeit der Massen"! Damit freilich übernimmt er sich, obwohl Michel Piccoli den Talkmaster der blutigen Show geradezu hinreißend spielt: ein Mephisto in Pomade. Doch leider hält sich Boisset zugunsten der Action ansonsten nur wenig bei der Charakteristik seiner Personen auf, und über die Beweggründe der Masse, die bei Boisset unversehens vom „Hosianna" ins „kreuzige ihn" fällt und wieder zurück, wird vollends gar nichts gesagt. Leider also etwas oberflächlich das Ganze.

SVEN HANSEN

Darmstadt: Jahrestagung der Theatergemeinden über zeitgenössische Oper

Verachtet mir das Libretto nicht!

Eigentlich hat das neuere Musiktheater längst den Offenbarungseid geleistet. Mehr als 25 000 Opern wurden bis dato komponiert, fast dreitausend nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch an den weitaus meisten deutschen Bühnen bestimmen Einfallslosigkeit, Pragmatismus und die Monokultur der Abonnentenbefriedung die Spielplanstrategie. Rund 95 Prozent der in den Spielplänen ausgewiesenen Komponisten liegen längst unter der Erde.

Damit kamen die Darmstädter Theatergespräche gleich zur eher peinlichen als provozierenden Sache. Die Sklerose des modernen Musiktheaters muß schon weit vorangeschritten sein, wenn eine bedeutende Besucherorganisation, wenn der Bund der Theatergemeinden, mächtig und auch einflußreich durch seine kartenvermittelnde Funktion bei mehr als 160 000 Mitgliedern, mit einer Demarche gegen die immer enger werdenden „Grenzen und Möglichkeiten des neuen Musiktheaters" Publikum und Theatermacher aus der verschlafenen Fafner-Lethargie aufzuwecken sucht. Man war sich dann auch gleich einig darüber, daß die überalterte Struktur unserer Theater, ihre Immobilität oder auch die verminderten Produktionsmöglichkeiten das Engagement für die Moderne zwar erschweren, aber keinesfalls unmöglich machen.

Vor dem Hintergrund des wieder einmal aufgerollten Skandalfalls Neues Musiktheater nahm sich das ironische Nietzsche-Zitat des Hamburger Musikologen Vladimir Kabusicky – „Wir haben die Kunst, damit wir an der Wahrheit nicht zugrunde gehen" – wie blanker Hohn aus. Natürlich wurde auch sonst am Nervus rerum vorbeidiskutiert, blieben Musical und modernes Tanztheater (wo es ja in der Tat ein wenig besser aussieht als in der Oper) völlig ausgespart. Was aber zur Sprache kam, war deprimierend und stellte dem hochsubventionierten Theater in der Bundesrepublik ein miserables Zeugnis aus.

War zur Zeit Mozarts, Beethovens und auch noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Aufführung zeitgenössischer Stücke die Regel, so ist sie längst zur Ausnahme geworden. Mag Werner Egk noch relativ häufig gespielt werden, Wolfgang Fortner oder Giselher Klebe, Ligeti, Kagel und Penderecki, Hans Werner Henze, Aribert Reimann oder Udo Zimmermann sind für die Spielplanprogrammierer unserer „bis zur Risikolosigkeit subventionierten Theater" häufig kaum mehr als ein Alibi des schlechten Gewissens. Längst haben sie erkannt, daß mit einer spektakulären Inszenierung mehr Staat zu machen ist als mit einer beschwerlichen Uraufführung.

Einigermaßen schwer tat man sich bei der Begründung des kulturpolitischen Desasters. Von klassischen Beispielen ausgehend, plädierte Friedrich Hommel (Leiter des Instituts für Neue Musik in Darmstadt) für die Rückkehr zur „Partitur als spannungsvoller Einheit von Wort und Musik". Kurt Horres, künftiger Intendant der Hamburgischen Staatsoper und einer der konsequentesten Protagonisten für das zeitgenössische Musiktheater, meinte, das einstmals so erfolgreiche Wechselspiel von Wort und Ton werde heute systematisch durch die komplizierte Eigengesetzlichkeit der Musik unterminiert. Hans Drewanz sekundierte: die Größe des Orchesters, zumal die hyperdrophen Schlagzeugbatterien, aber auch der schwierige Umgang mit den Komponisten („Jede Note ist ihnen heilig, auch wenn sie den Sänger tötet"), mache jede Uraufführung zu einem Ritt über den Bodensee. Und Claus H. Henneberg, Textautor von Reimanns „Lear"-Oper, nannte zwar das praktikable Libretto als selbstverständliche Voraussetzung für den Erfolg eines Musiktheaterstückes, gab aber zu, daß die moderne Musik fast ausnahmslos den Text zur Quantité négligeable verkommen lasse. In brillanten Formulierungen beklagten Giselher Klebe und vor allem Udo Zimmermann den Verlust der „komplexen musikdramatischen Wahrheit" und deren Kompensation durch zweckentfremdeten Schöngesang, Regiekult und musikalisches Sektierertum.

Hart wurde mit den Intendanten ins Gericht gegangen. Doch es fehlten diejenigen, die eine Erklärung dafür hätten abgeben können, weshalb an ihren Häusern die Gewichte auf so fatale Weise zuungunsten der Moderne verteilt sind. Und so blieb nichts weiter übrig, als die Forderung nachzuschieben, das Mißverhältnis zwischen tradierter Oper und neuzeitlichem Musiktheater zu korrigieren, selbst auf die Gefahr hin, daß Platzausnutzung und Einspielquoten um ein oder zwei Prozent absinken. Sicherlich wäre noch etwas anderes notwendig gewesen: eine Lektion über den Sinn von Subventionen.

HEINZ LUDWIG



Fee Schlapper: Kind mit Tasse (Griechenland), 1956, aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

„22 Fotografinnen" – Eine Ausstellung in Köln

Gibt es den Frauenblick?

Der Weg zur Erkenntnis führt über eine steile Wendeltreppe in die verwinkelten Räume der Kölner Hahnentorburg. „22 Fotografinnen – Ein Querschnitt zeitgenössischer Fotografie" verspricht der Titel, und die Ausstellung – von der Gedok veranstaltet – hält, was er verspricht.

Die ältere Generation der Fotografinnen ist mit Liselotte Strelow, Lucia Moholy oder Lotte Jacobi hier genauso vertreten wie die jüngere der zwischen 1940 und 1950 Geborenen, wobei mehrfach nur Annäherungen möglich sind, weil die Damen, altem Brauch gemäß, ihr Geburtsdatum für unwichtig erachten. Aber das ist auch schon so ziemlich die einzige feminine Eigenheit, die hier ins Auge fällt.

Die Fotografie ist eine Kunst, in der Frauen fast von Anfang an das gleiche Gewicht wie die Männer hatten. Julia Margaret Cameron, Germaine Krull, Aenne Biermann, Florence Henri, Margaret Bourke-White, Marta Hoepffner – um nur einige zu nennen – stehen für einen bestimmten Bildstil, der des mildernden Umstandes „Frauenfotografie" nicht bedarf. Nicht anders ist es mit den Beispielen der Kölner Ausstellung. Da gibt es gute Reporterinnen (wie Barbara Klemm) und weniger gute (wie Angela Neuke oder Uschi Dresing), weil bei ihnen die „Aussage" nicht das Bild, sondern die Bildunterschrift liefert.

Da wird experimentiert, mal mit ansehnlichen Ergebnissen (z. B. Monika Baumgartl) oder mit dem verkrampften Avantgardismus, der auf die Wirkung schielt und nicht das Bild als Bild im Auge hat (z. B. die Polaroids von Else Nord oder Bettina Grubers Farbfotos). Und da gibt es viele Aufnahmen, die eine Handschrift erkennen lassen, beispielsweise die Akte von Karin Szekéssy, die Kinderbilder von Fee Schlapper, die Architekturaufnahmen von Waltraud Krase oder Erika Kiffls Serie „Steinzeit". Es sind keine „Frauenfotos", sondern ganz einfach gute Bilder. (Bis 19. Juni; Katalog 15 Mark)

P. D.

JOURNAL

Kant auf dem „DDR"-Schriftstellerkongreß

dpa, Berlin

In einer Zeit „schärfster Bedrohung des Friedens" gehörten Schriftstellern „Papier und Feder entzogen, wenn sie sich nicht einsetzen, das Gewissen und die Bereitschaft zum Friedenskampf wachzuhalten". Das erklärte der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN zufolge der Verbandspräsident Hermann Kant vor dem zur Zeit in Ost-Berlin tagenden „Neunten Schriftstellerkongreß der DDR". In Anwesenheit Erich Honeckers ging Kant auch auf die Schriftsteller ein, die in den letzten Jahren die „DDR" verlassen haben. „Als bedrückend mutet es uns an, daß einige jener, von denen wir uns im Streit trennten, so lange ihre Fortbewegung betrieben, bis sie nicht nur auf anderem staatlichen Boden, sondern auch auf gänzlich anderen politischen und philosophischen Positionen angelangt waren", sagte Kant laut ADN.

Marriner nach Stuttgart, Sinopoli nach Rom

DW. Stuttgart/Rom

Der Engländer Neville Marriner übernimmt mit Beginn der kommenden Saison die Leitung des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart. Marriner, der Gründer der Londoner Academy of St. Martins-in-the-Fields, gilt vor allem als Spezialist für die Musik der Vorklassik und Klassik. Mit sofortiger Wirkung hat der Verwaltungsrat der römischen Accademia di Santa Cecilia Giuseppe Sinopoli zum Chefdirigenten verpflichtet.

Drei Goethe-Institute werden geschlossen

AP, München

Das Präsidium des Goethe-Instituts hat am Dienstag in München die Schließung der Institute Blaubeuren, Grafing und Lüneburg zum Herbst 1983 bekanntgegeben. Der Schritt sei aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidlich gewesen, um den Bestand der 13 übrigen Inlandsinstitute und des Goethe-Instituts als Ganzes nicht zu gefährden. Durch die Schließung werde das Institutsnetz im Inland an die rückläufige Zahl von Sprachkursteilnehmern angepaßt.

Schauspiel Köln zur Olympiade Los Angeles

Fx. Köln

Der amerikanische Regisseur Bob Wilson inszeniert am Schauspiel Köln ein eigenes Stück mit dem Titel „Civil Wars". Das Projekt ist eines von fünf Stücken gleichen Titels, deren andere in Rotterdam, Rom, Tokio und Minneapolis produziert werden und zum Kulturprogramm der Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles gehören. Die Kölner Premiere ist für Dezember 1983 vorgesehen.

Ludwig-Institut für Kunst der „DDR"

P. D. Oberhausen

Ein „Ludwig-Institut für Kunst in der DDR" wird die Stadt Oberhausen gemeinsam mit der Aachener „Ludwig-Stiftung für Kunst und internationale Verständigung" ins Leben rufen. Der Rat der Stadt soll darüber am 27. Juni entscheiden. Mit seiner Zustimmung wird gerechnet. Dem neuen Institut werden als Leihgabe 150 Skulpturen, Gemälde und Graphiken für zehn Jahre übergeben, die der Aachener Sammler Peter Ludwig seit 1978 in der „DDR" gekauft hat. Damit soll das Institut, das – wie Peter Ludwig hervorhob – über die einzige Sammlung dieser Kunst außerhalb der „DDR" verfügt, zu einem Zentrum für Ausstellung und Dokumentation werden. Oberhausen wird jährlich 100 000 DM für das Institut bereitstellen.

THEATER-KALENDER

2. Aachen, Grenzlandtheater; Brückner: Der Kokon (U) (R: Bäcker)
3. Recklinghausen, Ruhrfestspiele; Capek: Die weiße Krankheit (WE) (R: Richter)
5. Düsseldorf, Schauspielhaus; Pinter: An anderen Orten (DE) (R: Palitzsch)
7. Hamburg, Thalia Theater; Kesselring: Arsen und Spitzenhäubchen (R: Moorse)
8. Basel, Komödie; Frisch: Andorra (R: Beyer)
9. Köln, Schauspiel; Goethe: Faust I (R: Flimm)
Wien, Theater in der Josefstadt; Gray: Versäumte Stunden (DE) (R: Manker)
Zürich, Schauspielhaus; Goethe: Stella (R: Hollmann)
11. Gütersloh, Deutsches Theater Göttingen; Beaumarchais: Die Hochzeit des Figaro (R: Hanuszkiewicz)
München, Residenztheater; Wedekind: Musik (R: Stahl)
16. Bochum, Schauspielhaus; Behan: Richards Korkbein (R: Bockmayer)
17. Kiel, Bühnen der Landeshauptstadt; Motschach u. Tabor: Shakespeares Falstaff (U) (R: Tabor)
Wien, Burgtheater; Werfel: Jacobowsky und der Oberst (R: Schenk)
18. Berlin, Schaubühne; Genet: Die Neger (R: Stein)
19. Heidelberg, Theater der Stadt; Pirandello: Heute abend wird aus dem Stegreif gespielt (R: Hinzpetor)
21. Berlin, Schloßpark-Theater; Hürlimann: Großvater und Halbbruder (R: Jeker)
22. Darmstadt, Staatstheater; Wedekind: Lulu (R: Gramss)
Hamburg, Thalia Theater; Wedekind: Musik (R: Kleinselbeck)
25. Wien, Akademietheater; Broch: Die Erzählung der Magd Zerline (U) u. Aus der Luft gegriffen (R: Berndt)

Wenn Ali Kara „auspackt", lächeln die übrigen Angeklagten höhnisch

In Bonn begann der Prozeß um die Entführung des Bad Honnefer Fabrikanten Wilhelm Brassel

KNUT TESKE, **Bonn**

Gestern begann in Bonn der Prozeß gegen vier der fünf mutmaßlichen Entführer des Bad Honnefer Fabrikanten Wilhelm Brassel. Ein Pakistani ist noch auf der Flucht. Das Verbrechen hatte im vergangenen Jahr großes Aufsehen erregt. Der schwer herz- und zuckerkranke Brassel überlebte seine Verschleppung nicht und starb am Tage seiner Entführung, dem 5. August, an einem Herzinfarkt, vermutlich vor Aufregung.

Nur einer der vier Angeklagten, der Kurde Ali Kara (28), ist geständig. Die übrigen – der 22jährige Hauptangeklagte Sabahattin Yilmaz, der wahrscheinlich erst 21jährige Mustafa Bayrakta, dessen Alter vom Gericht mühsam rekonstruiert worden ist, und der 26jährige Pakistani Shalid Munir – schweigen. Wegen Bayrakta, der zur Tatzeit also höchstwahrscheinlich noch Heranwachsender war, läuft das gesamte Verfahren vor der Jugendkammer des Landgerichts.

Der Prozeß im überfüllten Gerichtssaal 36, zu dessen Zuschauern neben dem Sohn des Opfers, Peter Brassel (33), auch viele Türken gehörten, begann ohne Störungen.

Gestern wurde Ali Kara ausführlich zur Person vernommen. Danach führte er bis zu seinem Einstieg in die Bande ein straffreies Leben. Er verlor zwar hin und wieder seine Arbeitsstellen, weil er häufiger „krankfeierte", dennoch gelang es ihm, sich 10 000 Mark zusammenzusparen.

Vier Jahre lang lebte er bis zu seiner Verhaftung mit einer Deutschen zusammen. „Meine Frau", nannte er sie gestern, verheiratet waren sie gleichwohl nicht. Seine Papiere waren nicht ganz vollständig, wobei offenblieb, ob das türkische Konsulat irgend etwas damit zu tun hatte. Jedenfalls wurde auch nicht geheiratet, als im Sommer '81 Sohn Dennis kam.



Ali Kara, der Mann, der gestanden hat FOTO: DPA

Der äußerst modisch frisierte und gekleidete Angeklagte machte seine Aussagen in Deutsch. Während seiner U-Haft hatte er seine Sprachkenntnisse weiter verbessert. Doch auch vorher waren sie offenbar so gut, daß Kara unter anderem ihretwegen von seinen Komplizen angeheuert worden war. Er sollte den geschäftlichen Teil, die Fragen des Lösegeldes, mit der Familie Brassel übernehmen.

Nach seinem polizeilichen Geständnis, das zur Verhaftung von zwei der drei Angeklagten geführt hatte, gab es aber noch einen zweiten Grund, weshalb sich die Bande an den Kurden gewandt hatte. Zum damaligen Zeitpunkt, als die übrigen Angeklagten, so Kara, längst den Plan gefaßt hatten, Brassel zu entführen, arbeitete er per Zufall auf dem Nachbargrundstück des Honnefer Fabrikanten. Also sollte er die Örtlichkeiten und Gewohnheiten des Opfers ausspionieren.

Diese Absicht bestritt der Angeklagte gestern. Er habe vielleicht einmal mit Frau Brassel geredet, sich ansonsten aber um nichts gekümmert, nur gearbeitet. Bei dieser Aussage konnten sich die anderen Angeklagten ein Lächeln nicht verkneifen. Zwei von ihnen, die beiden Türken, sind der Polizei übrigens schon bekannt. Der Hauptangeklagte Yilmaz, der Brassel entführt haben soll und unter Umständen mit lebenslanger Freiheitsstrafe zu rechnen hat, soll, wie auch Bayrakta, der Benjamin, zum „Königswinterer Kreis" gehört haben – einer Bande, die sich auf Villeneinbrüche spezialisiert hat.

LEUTE HEUTE

Gleitzeit-Werbung

„Dallas"-Star **Victoria Principal** hat einen Zweijahres-Werbevertrag erhalten, der ihr rund fünf Millionen Dollar einbringen wird. Wenn sie in diesen zwei Jahren erfolgreich ist – beurteilt nach den Verkaufsergebnissen der Haarkosmetik-Firma –, muß sie weitere drei Jahre für diese Produkte im Fernsehen und in Magazinanzeigen werben, *ohne zusätzlich* Geld dafür zu bekommen. Schlechtestenfalls also: für fünf Jahre pro Jahr eine Million Dollar.

Unschuldig: Millionär

Eine Entschädigung in Höhe von einer Million Dollar muß der US-Bundesstaat New York einem Mann bezahlen, der fast ein Vierteljahrhundert unschuldig im Gefängnis saß. **Isidor Zimmermann** war als 20jähriger im Jahr 1937 eines Mordes für schuldig befunden worden. Er wurde zunächst zum Tode verurteilt und seine Strafe 1939 in letzter Minute in lebenslange Haft umgewandelt. 1961 kam ein Berufungsgericht zu dem Schluß, daß der zuständige Staatsanwalt Beweise der Unschuld Zimmermanns zurückgehalten hatte, und sprach ihn frei. Erst im Jahr 1981 wurde ihm indessen zugestanden, Klage gegen den Bundesstaat zu erheben.

Dichtung und Wahrheit

Sie lieben sich im Spiel auf der Broadway-Bühne in „Intimitäten", sind aber neuerdings völlig miteinander verfeindet. Sie sprechen nicht einmal mehr miteinander – höchstens, um sich zu beschimpfen: **Liz Taylor** und **Richard Burton**. „Ich bin zweimal von Richard geschieden worden", sagte Liz, „und ich wollte, ich könnte eine dritte Scheidung haben." Burton bezeichnet Liz geringschätzig als „Señorita", unter Anspielung auf ihren mexikanischen Freund, den Millionärs-Rechtsanwalt **Victor Luna**.



Seit 100 Jahren hält Germania, 32 Tonnen schwer, die Wacht am Rhein. FOTO: DPA

Fest für eine große alte Dame

dpa, **Wiesbaden**

Zur Grundsteinlegung im September 1877 erschien Kaiser Wilhelm I. in Uniform und Pickelhaube, die zivile Prominenz trug Frack und Zylinder. Bei der Einweihung der Germania hoch über Rüdesheim am Rhein sechs Jahre später soll der greise Monarch mit den Tränen gekämpft haben, als er das Niederwalddenkmal „dem Andenken an die einmütige siegreiche Erhebung des deutschen Volkes und an die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches 1870/71" widmete. Generationen von deutschen Patrioten sind seitdem zu diesem nationalen Denkmal gepilgert, das in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag feiert. Die Stadt Rüdesheim wird das Jubiläum heute mit einem „Volksfest rund um das Denkmal" feiern.

12,38 Meter hoch und 32 Tonnen schwer, die Linke auf das sieben Meter lange Reichsschwert gestützt, mit der Rechten die zwölf Zentner schwere Krone haltend, wehenden Haares und den Blick über das Rheintal gerichtet, ragt Germania empor. „Den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Anerkennung und den künftigen Geschlechtern zum Nacheifern", wie der Kaiser bei der Grundsteinlegung auf dem Niederwald, einem terrassenförmigen Ausläufer des Rheingaugebirges 250 Meter über dem Binger Loch, sagte. Für jährlich mehr als zwei Millionen Besucher der weltbekannten Drosselgasse in Rüdesheim gehört ein Abstecher zu der bronzenen Dame mit dem 50 Zentner schweren Kopf zum festen Programm.

Als „Symbol der Einigung und Verschmelzung" wurden Steinquader aus dem Teutoburger Wald, vom Kyffhäuser, aus Harz und Riesengebirge zu dem 25 Meter hohen Sockel und Standplatz der Germania gefügt. Ihn ziert ein Relief mit etwa 200 Figuren: Neben dem Kaiser, Fürst Bismarck und Generalen ist auch einfaches Kriegsvolk zu erkennen.

75 Tonnen Metall wurde für Germania samt Thronsessel mit Adlerköpfen und die sie flankierenden Figuren „Krieg" und „Frieden" verarbeitet. Der Kaiser höchstselbst gestattete es, dafür auch Kanonen einzuschmelzen. Den Entwurf für das Denkmal, das in Erzgießereien zu Nürnberg und München entstand, lieferte der Bildhauer Johann Schilling, der in der Germania angeblich seine Tochter dargestellt haben soll. Schilling erhielt außer einem Honorar ein Ehrengeschenk von 37 000 Mark, Erlös aus der Verlosung eines silbernen Modells des Denkmals. Für seinen Bau, der 1,2 Millionen Goldmark kostete, spendete das deutsche Volk eine Million.

Im nächsten Jahrzehnt gibt die Bahn Gas

dpa, **Frankfurt**

Erheblich kürzere Reisezeiten auf einem modernisierten Schienennetz verspricht die Deutsche Bundesbahn (DB) ihren Fahrgästen für das kommende Jahrzehnt. Insgesamt vier Neubau- und 13 Ausbaustrecken sollen vor allem auf den Fernverbindungen zum Teil beträchtliche Zeitgewinne ermöglichen. So wird, wie aus einer von der Bahn in Frankfurt veröffentlichten Übersicht hervorgeht, die größte Zeitersparnis – in absoluten Zahlen – auf der Verbindung Hamburg-Stuttgart erzielt: Hier soll sich die Fahrzeit um 96 von 426 auf 330 Minuten verringern. Um 93 auf 185 Minuten verkürzt sich die Fahrzeit zwischen Kassel und Stuttgart.

Auch von Bremen wird man künftig schneller in die schwäbische Landeshauptstadt kommen: Statt 402 werden die Intercity-Züge der Bundesbahn nur noch 310 Minuten unterwegs sein. Um jeweils 88 Minuten reduzieren sich nach DB-Angaben die Reisezeiten auf den Verbindungen Kassel–Würzburg und Kassel–München.

Für die in der ersten Ausbaustufe vorgesehenen zwei Streckenneubauten und sechs Streckenausbauten sind zunächst rund 18 Milliarden Mark vorgesehen. Von der Beschleunigung des Zugverkehrs erhofft sich die Bahn unter Hinweis auf das Beispiel Frankreich auch zusätzliche Fahrgäste: Seitdem dort der Hochgeschwindigkeitszug TGV die 426 Kilometer lange Strekke zwischen Paris und Lyon in zwei Stunden und 40 Minuten zurücklegt, haben sich die Passagierzahlen auf diesem Abschnitt mehr als verdoppelt.

Luftzusammenstoß

dpa, **Mainz**

Zwei amerikanische Düsenjäger sind gestern mittag in der Nähe von Breitenbach (Kreis Kusel/Rheinland-Pfalz) zusammengestoßen und abgestürzt. Einer der Piloten kam dabei ums Leben.

Kidnapper gefaßt

dpa, **Göttingen**

Nach der Entführung der 14jährigen Tochter eines Göttinger Geschäftsmannes, die sich wenige Stunden nach ihrer Verschleppung befreien konnte, hat die Polizei Dienstag abend einen 21jährigen festgenommen. Der voll geständige Mann wurde in der Wohnung seines 54jährigen Komplizen festgenommen, der noch flüchtig ist.

Luftpiraten angeklagt

AFP, **Seoul**

Die sechs chinesischen Hijacker, die vor einem Monat eine chinesische „Trident" nach Südkorea entführt hatten, sind in Seoul formell unter Anklage gestellt worden. Die von dem Büroangestellten Zhuo Changren (35) angeführten bewaffneten Hijacker hatten die Verkehrsmaschine auf einem Inlandsflug kurz nach dem Start in Shanghai in ihre Gewalt gebracht.

„Ariane"-Start

AFP, **Paris**

Der sechste Flug der europäischen Trägerrakete „Ariane" wird am kommenden 16. Juni gestartet. Dies gab gestern in Paris der Leiter der französischen Weltraumbehörde „CNES" bekannt.

Zweiter Versuch

rtr, **Stockholm**

Um eine Frau von der Parkinsonschen Krankheit zu heilen, haben schwedische Chirurgen Zellen der Nebennierendrüse in das Gehirn einer 45jährigen eingepflanzt. Die Ärzte des Karolinska-Hospitals in Stockholm hatten die Operation im letzten Jahr zum ersten Mal bei einem Mann durchgeführt, der den Eingriff zwar überlebte, von der Krankheit jedoch nicht geheilt wurde.

ZU GUTER LETZT

Aus dem Nachrichtenblatt einer Suffolk-Pfarrgemeinde: „Als ich mit 24 Jahren heiratete, glaubte ich weder an die Existenz Gottes noch an die der Hölle. Innerhalb eines Jahres ist es meiner Frau gelungen, mich vom Gegenteil zu überzeugen."

Das Drama in der Avenue Troudaine führt zu heftigen Diskussionen

Zwei Pariser Polizisten kaltblütig erschossen / Parlament schaffte „Sicherheitsgesetz" ab

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Die kaltblütige Erschießung von zwei französischen Polizisten auf einer belebten Straße des Pariser Stadtzentrums am Dienstag hat in Frankreich die bereits äußerst heftige Diskussion über die Sicherheit der Bürger auf Siedehitze steigen lassen. Das Drama in der Avenue Troudaine fiel zeitlich zusammen mit der neuesten Verbrechensstatistik der Polizei für die letzten fünf Jahre, die eine Zunahme der Einbrüche um 130 Prozent ausweist, sowie der Abschaffung eines Gesetzes aus der Giscard-Ära, das mit der Einführung verschärfter Polizeikontrollen die Sicherheit und die persönlichen Freiheiten der Bürger in Einklang zu bringen versucht hatte.

Reform des Strafgesetzes

Gegen 14.30 Uhr am Dienstag hatten drei Polizeibeamte in Zivil vom Sonderdezernat Verbrechensbekämpfung der Pariser Polizeipräfektur drei Männer und eine Frau, die sich auf verdächtige Weise an einem geparkten Auto zu schaffen machten, aufgefordert, sich auszuweisen. Statt ihrer Ausweise zogen die vier Pistolen und feuerten aus nächster Nähe mehrere Schüsse auf die Beamten ab. Zwei waren sofort tot, ein dritter schwer verletzt. Die Gangster nahmen auf ihrer Flucht eine ältere Autofahrerin als Geisel und konnten unerkannt entkommen.

In der Nacht zuvor hatte die Nationalversammlung mit 329 gegen 155 Stimmen einen Gesetzestext des Justizministers Robert Badinter angenommen, der das am 2. Februar 1981 kurz vor dem Regimewechsel in Frankreich eingeführte „Gesetz über Sicherheit und Freiheit" der Regierung Barre abschafft. Badinter, ein liberaler, aber umstrittener ehemaliger Strafverteidiger und enger Freund des Präsidenten Mitterrand, hatte in seinem umfangreichen Reformwerk für die französische Strafgesetzordnung die Ausmerzung dieses von der Linken als reaktionär und antidemokratisch qualifizierten Gesetzes zum vordringlichen Ziel erklärt. Es sah unter anderem spontane Kontrollen der Polizei auf der Straße auch unverdächtiger Personen, Autodurchsichten, Verhaftung von verdächtigen oder gewaltsamen Demonstranten und deren Festhaltung für höchstens sechs Stunden sowie in schweren Fällen die Feststellung der Identität und erkennungsdienstliche Behandlung vor. Nach seiner Abschaffung dürfen festgenommene Personen jetzt nur noch höchstens vier Stunden in Polizeigewahrsam bleiben und können nach Belieben Personen ihrer Wahl zu ihrer Entlastung herbeizitieren.



Geriet wieder ins Kreuzfeuer der Kritik: Robert Badinter FOTO: DIE WELT

Der Ruf nach mehr Härte

Die Opposition führte eine monatelange, letztlich vergebliche Kampagne zur Bewahrung des ursprünglichen Gesetzes, das seinerzeit sogar mit Stimmen der Linken zustande gekommen war. Gaullisten und Giscardisten wissen nur zu genau, daß die seit Jahren regelmäßig steigende Verbrechensquote, darunter vor allem die Zunahme der Gewaltverbrechen wie bewaffneter Raubüberfall, Bankraub, Polizistenmord und Geiselnahme, von der Bevölkerung immer mehr mit dem Ruf nach mehr Härte quittiert wird. Dies führte Ende der siebziger Jahre zur spontanen Bildung von Bürgerwehren und der Gründung eines quasi offiziellen „Vereins für Notwehr" unter dem Vorsitz des ehemaligen Generalstaatsanwaltes Romerio. Rechte wie linke Regierungschefs haben diese Ausuferungen stets verurteilt. Sie führten aber letztlich zum Gesetz vom Februar 1981.

Prominenter Muntermacher servierte Berlinern „Klassik zum Frühstück"

Berlins Regierender Bürgermeister von Weizsäcker als Gastmoderator auf Kanal 31

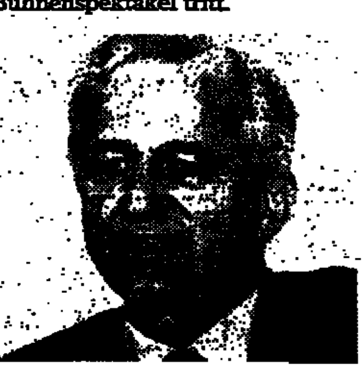
F. DIEDERICHS, **Berlin**

Die Stimme des Herrn, die gestern früh über Kanal 31 der Ultrakurzwelle in mehr als 150 000 Wohnstuben im West- und Ostteil Berlins getragen wurde, dürfte jenen Frühaufstehern am geläufigsten gewesen sein, die Liebe zu klassischer Musik mit Interesse an hoher Politik verbinden. Um Punkt acht Minuten nach 7 Uhr feierte gestern ein Muntermacher von besonderem Rang Premiere auf den Ätherwellen der Spree-Metropole.

„Ich erinnere mich an keinen Morgen, auf den ich mich in Berlin so gefreut habe", verkündete Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker (62), bislang wohl prominentester in einer Reihe von prominenten Gastmoderatoren, zur Morgenstunde im dritten Hörfunkprogramm des Senders Freies Berlin, als er im Rundfunkhaus neben SFB-Redakteur Georg Quander als zweiter „Disc-Jockey" der Hörerschaft „Klassik zum Frühstück" servierte.

Während seiner Moderatoren-Premiere konnte dann Berlins CDU-Spitzenpolitiker am Mikrophon jene Philosophien verbreiten, die ihn seit seiner Jugend, in der er sogar einmal mit dem Gedanken spielte, Opernsänger zu werden, beschäftigen. Den „aufbauenden und ordnenden Wert", den Berlins Bürgermeister klassischer Musik zugesteht, mit der er „gerne den Tag beginnt", sieht er vor allem in den Werken Johann Sebastian Bachs. Den Klassiker zum Auftakt der Sendung, den ersten Satz des Bachschen Violinkonzertes Nr. 2 in E-Dur, hätte der passionierte Operngänger am liebsten auf der Geige begleitet.

Den Klassikfreunden des regionalen Senders gestand der prominente Moderator wenig später, daß sein Wissen um die Texte zahlreicher Opern-Arien ihm nicht nur Freude, sondern auch Seitenhiebe im ursprünglichsten Sinne des Wortes einbringen. „In der Oper bekomme ich immer Rippenstöße von meiner Frau", wußte er über Gattin Marianne zu berichten, die damit verhindern wolle, daß im Parkett des Politikers Sangeslust in Konkurrenz zum offiziellen Bühnenspektakel tritt.



Kam zum Frühstück über den Äther: Richard von Weizsäcker FOTO: DIE WELT

Während ihm so das Mitsingen verwehrt wird, kann jedoch auch die Begleiterin durch Leben und Konzerte nicht verhindern, daß sich dann und wann in den Augen des Bürgermeisters eine Träne rührt. Nichts geht Richard von Weizsäcker so zu Herzen wie Beethovens Oper „Fidelio". Bei der großen Befreiungsszene, so berichtete er unlängst einer Berliner Lokalzeitung, „da muß ich jedesmal weinen ...".

Menschliche Regungen verspürte der Hobby-Tischtennisspieler auch zur Ouvertüre des „Concerto Grosso" von Georg Friedrich Händel, dessen Musik er über die Ätherwellen eine „besondere Körperlichkeit" zugesteht. „Es fällt mir schwer, sitzen zu bleiben", offenbarte er sich nach den Takten der Händel-Ouvertüre. Doch angesichts der Fotografenschar, die im Studio seine Funkpremiere festhielten, konnte er sich nicht zum letzten Schritt durchringen. „Ich hätte schon das Bedürfnis, jetzt hier zu tanzen – natürlich in aller Zurückhaltung."

Als schließlich fachkundige Hörer beim Sender telefonisch Auskunft begehrten, ob denn der musikalische Horizont des Regierenden Bürgermeisters bei Bach und Händel ende, gab die wohl nicht zufällig ausgewählte „Arie des Bürgermeisters" aus der Lortzing-Oper „Zar und Zimmermann" die klare Antwort: „Ich bin ein ganzer Mann".

WETTER: Vereinzelt Gewitter

Wetterlage: Der über Deutschland liegende gewittrige Ausläufer des Tiefs mit Kern über den britischen Inseln zieht im Tagesverlauf ostwärts ab. Auf seiner Rückseite setzt sich im weiteren Verlauf wieder Hochdruckeinfluß durch.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C, ● bedeckt, ... Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Berlin: Zunächst wechselnde, *vielfach starke Bewölkung* und einzelne Schauer oder Gewitter, in der zweiten Tageshälfte allmählich auflockernde Bewölkung und zum Abend abklingende Schauerneigung. Tageshöchsttemperaturen 20 bis 23 Grad. Tiefstwerte in der Nacht 12 bis 15 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Sonnig und warm.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	23°	Kairo	28°
Bonn	24°	Kopenh.	19°
Dresden	25°	Las Palmas	22°
Essen	23°	London	19°
Frankfurt	17°	Madrid	17°
Hamburg	22°	Mailand	24°
List/Sylt	17°	Mallorca	22°
München	25°	Moskau	15°
Stuttgart	23°	Nizza	23°
Algier	25°	Oslo	16°
Amsterdam	21°	Paris	19°
Athen	24°	Prag	24°
Barcelona	21°	Rom	25°
Brüssel	21°	Stockholm	16°
Budapest	25°	Tel Aviv	31°
Bukarest	26°	Tunis	27°
Helsinki	15°	Wien	24°
Istanbul	22°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.10 Uhr, Untergang: 21.31 Uhr; **Mondaufgang:** 2.23 Uhr, Untergang: 12.20 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Expertenstreit über ein Milliardenspiel

Vor- und Nachteile des Video-Booms / Es mangelt an überzeugenden Untersuchungen

dpa, **New York**

Haben elektronische Video-Spiele einen negativen oder positiven Einfluß auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen? Die Meinung von Ärzten, Eltern, Psychologen und Pädagogen über diese in den USA wie auch in Deutschland viel diskutierte Frage ist geteilt. Der Kinderpsychologe Michael Lewis von der Rutgers Universität in New Jersey weist auf den wunden Punkt der Diskussion hin: „Es gibt keine bedeutenden Untersuchungen, die uns nützliche Informationen über die Folgen dieser Spiele geben." Aber es sei ein Unterschied, ob ein Kind passiv Gewalt im Film erlebt oder sie selbst durch einen Knopfdruck erzeugen kann.

In etwa 15 Millionen amerikanischen Haushalten stehen heute schon Video-Spielgeräte. Außerdem, so schätzen Experten, stekken die Amerikaner jährlich bis zu acht Milliarden 25-Cent-Münzen (rund fünf Milliarden Mark) in die Schlitze von Video-Spielautomaten. Diese Münzapparate stehen praktisch überall: in Spielhallen, Supermärkten, Kinos, Tante-Emma-Läden, Schnellimbissen, Restaurants und Tankstellen. Steffen Leff von der Medizinischen Fakultät der Harvard-Universität glaubt, daß diese Spiele Jugendliche davon abhalten könnten, auf Rauschgift zu verfallen: „Drogen werden benutzt, um Probleme zu umgehen. Die Faszination von Video-Spielen und Computern liegt aber in der Lösung von Problemen."

Bei einem in der Harvard-Universität veranstalteten Symposium über das Pro und Contra von Video-Spielen unterstützte eine Reihe von Psychologen die These, daß Spiele wie der Video-Renner „Pac Man" die Aufnahmefähigkeit und Augen-Hand-Koordination von Kindern verbessern könnten. Die Experten äußerten sich aber besorgt über „eine gefährliche Tendenz" *zur Gewalt sowie* „sexistische, rassistische und sadistische Übertöne" bei einigen der Spiele.

Die Psychologin Patricia Greenfield ist der Auffassung, daß Video-Spiele zur Entwicklung des Reaktions- und Wahrnehmungsvermögens jugendlicher Spieler beitragen könnten. Die Computer-Beraterin und Pädagogin Virginia Stone, die in New York jugendliche Strafgefangene betreut, machte nach eigenen Angaben die Erfahrung, daß Video-Spiele das Selbstbewußtsein dieser Häftlinge stärken können, weil sie eigene Entscheidungen treffen müßten.

Skeptiker wie Michael Lewis argumentieren, daß Kinder beim Video-Spiel im Gegensatz zu anderen Aktivitäten keine nennenswerte Spielerfahrung sammeln würden. Sie bekämen vielmehr ein Mittel in die Hand, mit dem der Spieler „Zerstörung schaffen kann". Der Psychologe Philip Zimbardo von der Stanford Universität kritisiert, daß die „meisten Spiele maskuline Phantasien von Kontrolle, Macht, Zerstörung nähren". In Frauen könnten sie ein „Gefühl der Unzulänglichkeit" entstehen lassen.

Das neueste in den USA vorgestellte Video-Spiel heißt „Killer-Zelle T". Der Spieler kämpft auf dem Bildschirm gegen Krebs-Tumore. Wie das Wissenschafts-Magazin „Science Digest" in seiner neuesten Ausgabe berichtet, wurde das Spiel vom Biologen Elton Stubblefield in der Universitätsklinik von Texas erfunden. Der Spieler verfolgt mit einer „T-Zelle" krebskranke Zellen, die gesundes Gewebe erfassen. Um zu gewinnen, müssen alle bösartigen Zellen getötet werden. „Ein Patient, der Krebs in einem Spiel besiegt, könnte weniger ängstlich und mehr optimistisch über seine eigene Situation werden", sagt der Spielerfinder.

Zittern an der Saône

Katastrophale Hochwassersituation auch in Frankreich

AFP, **Chalon**

Zwischen Chalon und Mâcon im Bourgogne-Departement „Saône-et-Loire" gibt es seit einer Woche nur ein Thema: Wird die Saône weiter ansteigen und damit eine der schwersten Überschwemmungen seit Jahrzehnten herbeiführen? Obwohl zahlreiche Ortschaften in unmittelbarer Nähe des Flusses unter Wasser stehen und mit einem merklichen Rückgang des Wasserstandes erst in einigen Tagen gerechnet wird, geben sich die Behörden gemäßigt optimistisch. „Wir haben die Situation im Griff", heißt es in der Präfektur in Mâcon, wo der vom Katastrophenplan „Orsec" vorgesehene Krisenstab tagte.

Von der bisher historischen Höchstmarke der Saône, als sie 1840 einen Stand von 7,04 Metern erreichte, ist man derzeit zwar noch weit entfernt. Gestern wurden in Mâcon 6,60 Meter gemessen. Heute soll die Saône, die flußaufwärts bei Chalon von der Doubs gespeist wird, einen Wasserstand von 6,80 Meter erreichen. Ganze Landstriche entlang des Flusses wurden allerdings schon evakuiert. Aus der Umgebung des Präfekten des Departements wurden 200 Stück Vieh ausgerudert, rund 1700 weitere Stück Vieh sind noch von den Wassermassen eingeschlossen und müssen täglich mit Futter versorgt werden.

Auch die Bevölkerung mehrerer Ortschaften bei Chalon ist seit mehreren Tagen von der Außenwelt abgeschnitten. Lebensmittel und Briefpost werden auf dem Wasserweg in die Ortschaften gebracht. Weite Bereiche des Geschäftsviertels von Mâcon, der „Hauptstadt" des Departements, stehen seit einer Woche unter Wasser. Etwa 120 Geschäfte mußten bisher wegen Hochwasser schließen, hieß es im Rathaus von Mâcon. Der Schaden soll sich bisher jedoch in Grenzen halten: „Die Geschäftsleute wurden zeitig gewarnt, sie entfernten die Warenvorräte aus den Kellern und Erdgeschossen und brachten sie zum Teil bei Kollegen in höher liegenden Teilen der Stadt unter."

In Chalon, etwa 50 Kilometer nördlich, hält die Bevölkerung den Atem an. Feuerwehr, Zivilschutz, städtische Arbeiter und Einheiten der Armee legten entlang der Saône Notdeiche an. Ob diese allerdings halten werden, bleibt fraglich. „Einige Zentimeter mehr, und der Druck des Wassers wird zu stark sein", hieß es im Rathaus.